



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die Mehrkinderfamilie in Deutschland

**Zur demographischen Bedeutung der Familie mit drei
und mehr Kindern und zu ihrer ökonomischen Situation**

Prof. Dr. Hans Bertram

**Expertise für das Kompetenzzentrum
für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Die Mehrkinderfamilie in Deutschland

Erstellt durch:

Prof. Dr. Hans Bertram

**Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften,
Februar 2008**

Im Auftrag:

**Geschäftsstelle des Kompetenzzentrums
für familienbezogene Leistungen, prognos AG**

Inhalt

1. Nachhaltige Familienpolitik als Dreiklang von Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik	1
2. Demographische Entwicklung als Polarisierung von Lebensformen	5
3. Wandel der Berufsstruktur und Kinderlosigkeit	9
4. Ausbau der Infrastruktur, Zeitpolitik und die Weiterentwicklung der Polarisierung von Lebensformen	15
5. Die Mehrkinderfamilie und ihre demographische Bedeutung	22
6. Lebensformen der Mehrkinderfamilien	28
7. Arbeit und Bildung in Mehrkinderfamilien	30
8. Die ökonomische Situation der Mehrkinderfamilie	36
9. Das dreifache demographische Dilemma	46
10. Internationale Vergleiche: Kultur und Traditionen	57
11. Internationale Vergleiche: Integration von Zeit- und Infrastrukturpolitik	62

12. Lebenszeit und Arbeitszeit: Allianz für Familien	69
13. Arbeitsmarkteffekte und demographische Effekte	71
14. Bildung und Mehrkinderfamilie	74
15. Finanzielle Transferleistungen, demographische Entwicklung und ökonomische Lage von Kindern	77
16. Fazit	80
17. Literaturverzeichnis	86
18. Anhang	90
18.1. Datenvalidität	90
18.2. Grundgesamtheit und Hochrechnungen	96
18.3. Partitions	97
18.4. Arbeitslosengeld II-Berechnungen	99

Tabellen

Tabelle 1: Hochgerechnete Zahl von Kindern	43
Tabelle 2: Frauen in verschiedenen Lebensphasen, differenziert nach Lebensformtypen, Kinderzahl* und Einkommen anhand des Mikrozensus 2004 und Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung	55
Tabelle 3: Lebensformtypen nach Kinderzahl	56
Tabelle 4: Beschreibung der Fallzahlen der Frauen der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1981 und die Fallzahl deren Kinder* im Mikrozensus (SUF) 2004	96
Tabelle 5: Hochrechnung MZ 2004 (SUF) auf die Gesamtbevölkerung - Vergleich mit MZ 2004	97
Tabelle 6: Die Güte des Lebensformtypenmodells	98
Tabelle 7: Regelsatz-Leistungen aus ALGII	99
Tabelle 8: Berechnungen der Wohnkosten	100
Tabelle 9: Geldleistungen aus dem ALG-II nach Lebensform: Summe und pro Kopf	100

Abbildungen

Abbildung 1: Frauenanteil mit Kindern pro 100 Frauen in ausgewählten europäischen Ländern der Geburtsjahrgänge 1935, 1950 und 1960	6
Abbildung 2: Kinderlosigkeit von Männern in Abhängigkeit von beruflichen Tätigkeiten 2004	10
Abbildung 3: Kinderlosigkeit von Frauen in Abhängigkeit von beruflichen Tätigkeiten	11
Abbildung 4: Berufsposition, Familienstand und Kinderlosigkeit bei Frauen (Abb. 5, 19.10.07)	16
Abbildung 5: Freistellung vom Beruf bei Geburt eines Kindes im Vergleich der europäischen Länder	18
Abbildung 6: Wochenarbeitszeit von Frauen in Schweden in Abhängigkeit vom Alter des Kindes (Kenjoh 2005)	19
Abbildung 7: Wochenarbeitszeit von Frauen in Deutschland in Abhängigkeit vom Alter des Kindes	20

Abbildung 8: Haushaltszusammensetzung und Familienform	23
Abbildung 9: Der relative Anteil von Kindern zwischen 0 und 14 Jahren an unterschiedlichen Geschwisterkonstellationen	24
Abbildung 10: Alter der Frau bei Geburt nach Paritäten und Kinderzahl (Frauen mit abgeschlossener Fertilität 40 bis 43 Jahre)	26
Abbildung 11: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1967 geboren sind, differenziert nach der Lebensform, 2004	28
Abbildung 12: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Lebensform, 2004	29
Abbildung 13: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind, differenziert nach der wöchentlichen Arbeitszeit der Mutter bzw. des Partners, 2004	30
Abbildung 14: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der wöchentlichen Arbeitszeit der Mutter bzw. des Partners, 2004	31
Abbildung 15: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Bildung der Mutter bzw. des Partners der Mutter, 2004	33
Abbildung 16: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Bildung der Mutter bzw. des Partners der Mutter, 2004	34
Abbildung 17: Pro-Kopf-Einkommen von Familien, je nach Alter der Mutter	38
Abbildung 18: Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im Altersverlauf von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind	39
Abbildung 19: Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf von Frauen, die zwischen 1975 bis 1981 geboren sind	41
Abbildung 20: Heiratsmuster und Fertilität deutscher Frauen von 1970 bis 2000	52
Abbildung 21: Lebensformtypen der 1961 bis 1981 geborenen Frauen in Deutschland, 2004	54
Abbildung 22: Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den europäischen Ländern	61
Abbildung 23: Wandel der Geburtenraten in den europäischen Ländern	63
Abbildung 24: Geburtenraten in unterschiedlichen Alterskohorten im europäischen Vergleich	65

Abbildung 25: Geburtenraten und finanzielle Transferleistungen im europäischen Vergleich	77
Abbildung 26: Kinderarmut und finanzielle Transfers	79
Abbildung 27: Kinderlosigkeit nach Bildung und Berufsabschluss 1971 und 2003	90
Abbildung 28: Fallauswahl: Frauen geboren 1961 bis 1981 im MZ 2004 (SUF)	91
Abbildung 29: Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau der Geburtsjahrgänge 1961-1967 im Mikrozensus 2004 (SUF), in der amtlichen Statistik der Europäischen Union sowie in den Registerdaten des Statistischen Bundesamtes	92
Abbildung 30: Altersspezifische Geburtenziffern für Frauen der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1967 - Vergleich Mikrozensus (SUF) 2004, eigene Berechnungen mit Geburtenstatistik des Statistischen Bundesamts	93

1. Nachhaltige Familienpolitik als Dreiklang von Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik

Nachhaltige Familienpolitik ist an den Wünschen und Bedürfnissen von Kindern und Eltern orientiert. Ihr Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die junge Erwachsene unterstützt, Kinder als einen Teil der eigenen Lebensperspektive zu begreifen und sich für sie zu entscheiden. Im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik ist es von großer Bedeutung, dass junge Erwachsene heute in diesem Entscheidungsprozess die gleichen Freiheiten und persönlichen Entscheidungsmöglichkeiten haben wie ihre Elterngeneration. Da sich aber heute die Lebensbedingungen, die Lebensperspektiven und auch die Anforderungen an die nachwachsende Generation gegenüber der Elterngeneration deutlich gewandelt haben, kann eine nachhaltige Familienpolitik, die gerade solche Freiheitsspielräume erhalten will, nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie bei der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer auch diese gesellschaftlichen Veränderungen mit bedenkt. Daher kann es im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik auch nicht darum gehen, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen so zu beeinflussen, dass jene Bedingungen wieder entstehen wie zu Zeiten der Elterngeneration, sondern es sind genau jene Bedingungen zu berücksichtigen, die heute und in vorhersehbarer Zukunft gelten werden.

Das lässt sich am Beispiel des geänderten Bildungsverhaltens der jungen Erwachsenen gut verdeutlichen. Wenn Eltern zu Zeiten des Babybooms Mitte der sechziger Jahre ihr erstes Kind relativ früh mit 23 bis 25 Jahren bekamen, war das auch Konsequenz des Tatbestands, dass damals die meisten jungen Menschen, nämlich mehr als 80 Prozent, bei ihrer Volljährigkeit von damals 21 Jahren mit Volksschulabschluss und Lehrabschluss auch ökonomisch auf eigenen Beinen standen. Wenn demgegenüber heute etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs Abitur machen und auch diejenigen mit einem mittleren Abschluss längere Ausbildungen absolvieren, ist es gut nachvollziehbar, dass sich die jungen Erwachsenen heute später für Kinder und Partnerschaft entscheiden. Denn heute wie damals gilt, zumindest im westeuropäischen Familienmodell (Laslett 1997, Mitterauer 2003), dass die jungen Leute ihre ökonomische Selbstständigkeit und die Unabhängigkeit von ihren Eltern als wesentliche Voraussetzung für die eigene Familiengründung ansehen.

Eine nachhaltige Familienpolitik hat solche und andere Wertvorstellungen der jungen Erwachsenen zu respektieren. Heute wenden junge Erwachsene viel Zeit und Aufwand für ihre Qualifikationen auf und wollen die Fähigkeiten, die sie dabei entwickeln, auch in der beruflichen Praxis anwenden. Eine nachhaltige Familienpolitik muss dies ebenso akzeptieren wie die Tatsache, dass mit der Veränderung der Werte und Rollenvorstellungen von jungen Frauen und Männern heute andere gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen erforderlich sind als in den sechziger Jahren, als die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung

der Auffassung war, für junge Männer seien Ausbildung und Qualifikation wichtig, für junge Frauen, die sich in ihrem Leben vor allem über die Hausfrauen- und Mutterrolle definieren würden, vor allem die Aussteuer (v. Friedeburg, 1965).

Daher ist eine nachhaltige Familienpolitik unter dieser Perspektive immer mit der Schwierigkeit konfrontiert, möglicherweise fortbestehende Wertvorstellungen und Lebensperspektiven, etwa die ökonomische Unabhängigkeit vom Elternhaus als Grundvoraussetzung für die Gründung einer Familie, unter den geänderten aktuellen Bedingungen von Bildungs- und Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Der Siebte Familienbericht hat daher vorgeschlagen, Familienpolitik nicht in Form alternativer Strategien zu konzipieren, wie bisher üblich, sondern einen "Policy Mix" unterschiedlicher Strategien zu versuchen (Siebter Familienbericht, 2006). Denn üblicherweise werden viele Maßnahmen zur Unterstützung von jungen Erwachsenen und Familien politisch sehr kontrovers und sich wechselseitig ausschließend diskutiert. So wird der Ausbau der Kinderbetreuung als ein wichtiges und zentrales Infrastrukturangebot an Eltern, um sie in der Förderung ihrer Kinder zu unterstützen, häufig als Alternative zu finanziellen Transferleistungen interpretiert, die es Eltern ermöglichen soll, solche Unterstützungsleistungen und Hilfestellungen durch eine Infrastruktur für Kinder nicht in Anspruch zu nehmen.

Im Gegensatz zu solchen konträren Interpretationen geht eine nachhaltige Familienpolitik davon aus, dass nur eine intelligente Mischung ("Policy Mix") von Infrastrukturangeboten für Kinder und Familien, finanziellen Transferleistungen und einer auf die Bedürfnisse von jungen Erwachsenen und Familien hin orientierte Zeitpolitik den jungen Erwachsenen die Möglichkeit gibt, sich entsprechend ihrer eigenen Lebensvorstellungen für Kinder zu entscheiden und gleichzeitig nach der Geburt der Kinder auch entsprechend ihrer eigenen Lebensvorstellungen eine persönliche Perspektive zu entwickeln, wie sich ihre unterschiedlichen Lebensoptionen und die Partizipation an unterschiedlichen Lebensbereichen angemessen realisieren lassen. Denn anders als in den fünfziger und sechziger Jahren, als die Partizipation insbesondere der Mütter am Erwerbsleben eher als Notlösung interpretiert wurde, die gewählt wurde, wenn das Einkommen des Ehemannes nicht reichte (Pfeil, 1961), ist heute die Entscheidung junger Frauen, sich in Beruf und Familie zu engagieren, eine Option, die sich aus ihren eigenen subjektiven Lebenserfahrungen und ihrem persönlichen Engagement in Ausbildung, Beruf und Partnerschaft ergibt. Daher ist es nicht sinnvoll, die Diskussionen der sechziger und siebziger Jahre mit dem Denken in sich ausschließenden Alternativen fortzuführen, weil jene Vorstellungen der sechziger und siebziger Jahre die Wahlfreiheit der jungen Erwachsenen heute aus der Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik einschränken. Daher ist heute auch die Politik hinsichtlich der zeitlichen Gestaltung der Lebensverläufe als Frage der Vereinbarkeit unterschiedlicher Optionen im Leben von viel größerer Bedeutung als in den sechziger Jahren. Denn auch die Organisation der Alltagszeit mit ihren täglichen Zeitabläufen ist durch die veränderten modernen Zeitstrukturen heute nicht mehr so zu lösen wie in der Industriegesellschaft in den sechziger

und siebziger Jahren. Diese Wandlungstendenzen hat der Siebte Familienbericht ausführlich dargestellt. Als Konsequenz ist eine nachhaltige Familienpolitik darauf angewiesen, durch eine Mischung von Strategien aus dem Bereich der Entwicklung von Infrastruktur für Kinder, von finanziellen Transfers zur Unterstützung der ökonomischen Situation von Familien und einer intelligenten Zeitpolitik angemessen auf diese veränderte Situation zu reagieren.

Als neue Herausforderung, wie sie in den sechziger Jahren noch gar nicht absehbar war, muss eine nachhaltige Familienpolitik heute auch immer das Wohl und die Chancen von Kindern aus Familien mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund mitdiskutieren und auch diese Perspektive in ihr Lösungskonzept einbauen. In einer kulturell homogenen Gesellschaft mit einem wenig ausdifferenzierten Bildungs- und Berufssystem konnte zunächst angenommen werden, dass die Förderung der Kinder unter sechs Jahren durch die Eltern hinreichend ist, um ihnen in Schule und Ausbildung die gleichen Lebenschancen zu ermöglichen. Seit der Bildungsdiskussion in den siebziger Jahren und vielen nachfolgenden Berichten zur Diskussion über die unterschiedlichen Lebenschancen von Kindern aus unterschiedlichen Schichten und mit unterschiedlichem Migrationshintergrund (Sechster Familienbericht, 2000) ist aber auch deutlich, dass eine nachhaltige Familienpolitik neben der Wahlfreiheit der Eltern und der Unterstützung der Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, immer auch das Wohl des Kindes in einer kulturell ausdifferenzierten Gesellschaft mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen der Eltern, so berücksichtigt werden muss, dass die Chancen des Kindes sich entsprechend seiner Fähigkeiten entwickeln und an der Gesellschaft teilhaben zu können, den gleichen Stellenwert hat wie die Optionen der Eltern, unterschiedliche Lebensbereiche miteinander zu verbinden.

Vor dem Hintergrund dieser dem Siebten Familienbericht entlehnten Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik soll im Folgenden geprüft werden, ob und inwieweit auf der Basis vorhandener Daten davon auszugehen ist, dass in Deutschland die Entscheidung für Kinder durch familien- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen mit beeinflusst wird und ob und inwieweit die Entscheidung für mehrere, das heißt für drei und mehr Kinder auch von unterschiedlichen Wertvorstellungen hinsichtlich der eigenen Lebensgestaltung der jungen Erwachsenen abhängt. Dabei werden wir zum einen die These vertreten, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer langjährigen nur in Alternativen gedachten familienpolitischen Tradition selbst mit dazu beigetragen hat, die Polarisierungstendenzen zwischen denjenigen, die sich für Kinder entscheiden, und denjenigen ohne Kinder zu verstärken. Diese Polarisierung ist in Deutschland besonders ausgeprägt zwischen qualifizierten und kinderlosen jungen Berufstätigen in den neuen und modernen Berufsfeldern und den jungen Berufstätigen mit Kindern in den eher traditionellen Berufsfeldern. Hier folgen wir der Argumentation, die Lebalier beim Vergleich von Frankreich und Großbritannien herausgearbeitet hat (Lebalier). Diese Analyse wird ergänzt durch den Vergleich von Frankreich, Deutschland und den USA, aus dem deutlich wird, dass bei einer

Familienpolitik ohne Zeit- und Infrastrukturpolitik solche Polarisierungstendenzen stärker ausgeprägt sind als in den europäischen Ländern, die frühzeitig solche unterschiedlichen Politiken betrieben haben.

Darüber hinaus werden wir auch zeigen, dass sich in Deutschland die jungen Menschen, die sich für mehrere Kinder entscheiden, hinsichtlich ihrer Werthaltungen und der Entscheidungen, diese im Lebensverlauf zu gestalten, deutlich von der Mehrheit derjenigen unterscheiden, die sich viel später für (wenige) Kinder entscheiden. Damit wird die Frage verknüpft, ob eine nachhaltige Familienpolitik nicht auch im Sinne der Vielfalt von Entscheidungsoptionen hier mit unterschiedlichen Strategien reagieren muss für diejenigen, die in ihrem Leben der Familie eine andere Gewichtung geben, als für diejenigen, die sich frühzeitig für viele Kinder entscheiden.

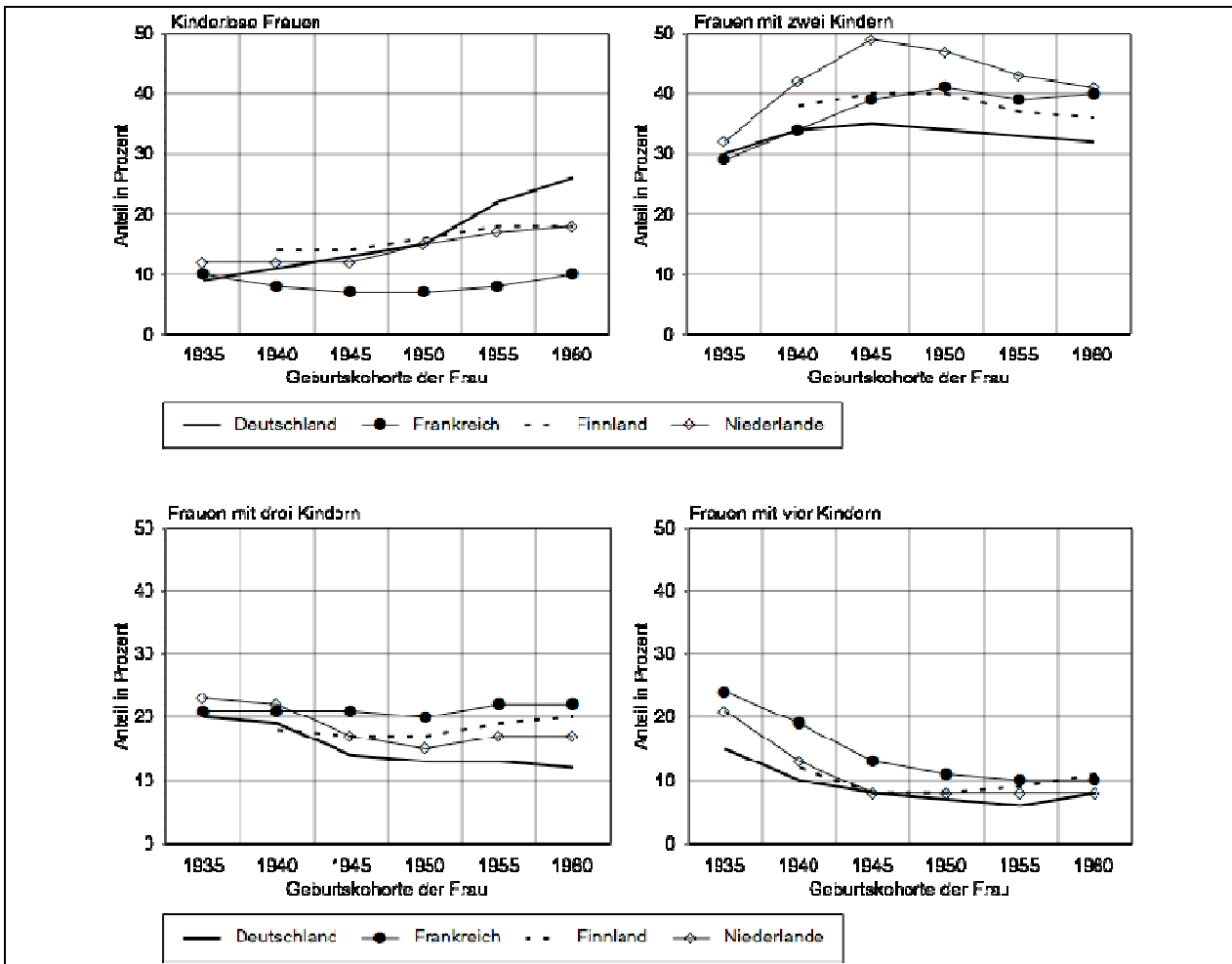
Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass eine nachhaltige Familienpolitik so organisiert sein muss, dass diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, ihr Leben in einem langen Lebensverlauf so gestalten können, dass die Entscheidung für Kinder und auch für mehrere Kinder nicht in Form eines „Entweder/Oder“ gestaltet wird, sondern es offen lässt, die unterschiedlichen Lebensbereiche nicht unbedingt nebeneinander gestalten zu müssen, sondern möglicherweise auch nacheinander gestalten zu können. Daher müssen Konzepte und Perspektiven entwickelt werden, die einen sequenziellen Wechsel zwischen unterschiedlichen Lebensphasen zulassen. Diese Überlegungen können wir nur skizzieren, aber sie gehören aus unserer Sicht zwingend zur nachhaltigen Familienpolitik, weil die jetzt nachwachsende junge Generation bei einer Lebenserwartung zwischen 85 und 90 Jahren nicht mehr davon ausgehen kann, dass selbst bei der Entscheidung für mehrere Kinder der gesamte weitere Lebenslauf durch die Entscheidung für Kinder geprägt ist.

2. Demographische Entwicklung als Polarisierung von Lebensformen

Schon 1995 hat Franz-Xaver Kaufmann darauf hingewiesen, dass die demographische Entwicklung in Deutschland zu einer Polarisierung der Lebensformen zwischen Kinderlosen und Erwachsenen mit Kindern führen wird, weil bei einem wachsenden Anteil derjenigen, die in ihrem Leben auf Kinder verzichten, und denjenigen, die mit Kindern leben, nicht nur erhebliche ökonomische Differenzen auftreten werden, sondern sich auch die unmittelbare Lebenserfahrung mit Kindern, das heißt, zu lernen, für Schwächere und Abhängige verantwortlich zu sein als eine wichtige Form gelebter Solidarität, sich auf einen immer kleineren Kreis der Bevölkerung konzentrierte (Kaufmann, 1995).

Manche Autoren sehen in der steigenden Kinderlosigkeit in Deutschland mit angeblich 36 Prozent eine der Hauptursachen für die geringen Geburtenraten in Deutschland (Adema OECD 2007). So überzeugend solche Thesen zunächst auch zu sein scheinen, so halten sie empirischen Überprüfungen nicht stand. Vergleicht man ausgewählte europäische Länder mit unterschiedlichen Geburtenraten, so zeigt sich, dass die Geburtenentwicklung in Deutschland im Wesentlichen durch das Verschwinden der Mehrkinderfamilie geprägt ist.

Abbildung 1: Frauenanteil mit Kindern pro 100 Frauen in ausgewählten europäischen Ländern der Geburtsjahrgänge 1935, 1950 und 1960



* Ehemalige DDR nicht eingeschlossen

Quelle: Eurostat, 2001, Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2001, Luxemburg, außer: für Frankreich für Geburtskohorte 1960 aus: Dague, Fabienne: *Un siècle de fécondité française. Caractéristiques et évolution de la fécondité de 1901 à 1999*, Insee Paris; für Deutschland für Geburtskohorte 1960: Birg, Herwig, 2001: *Die demographische Zeitenwende*. S. 77

Der Anteil der kinderlosen Frauen lag beim Jahrgang 1935 in Deutschland mit etwa 10 Prozent etwa auf der gleichen Höhe wie in Frankreich, Finnland und den Niederlanden. Bis zum Geburtsjahrgang 1950 ist die Entwicklung in diesen Ländern mit Ausnahme Frankreichs gleich verlaufen mit einem kontinuierlichen Anstieg von 10 auf 15 bis 17 Prozent, während Frankreich eine leichte Abnahme erlebte. Ab dem Geburtsjahrgang 1950 bis 1960 gab es in Deutschland einen deutlichen Anstieg auf 26 bis 27 Prozent, also 10 Prozent weniger, als die OECD behauptet. In den anderen Ländern vollzog sich der Anstieg der Kinderlosigkeit viel sanfter, so liegt Frankreich heute wieder bei 10 Prozent und Finnland und die Niederlande bei 18 bis 19 Prozent. Diese Entwicklung in Deutschland lässt natürlich annehmen, dass vor allem die Kinderlosigkeit Ursache für den Geburtenrückgang sei. Die genauere Analyse der Entwicklung der Zahl der Frauen mit drei und vier Kindern macht

jedoch deutlich, dass der größte Teil des Geburtenrückgangs in Deutschland auf den Rückgang der Mehrkinderfamilie zurückzuführen ist. In allen europäischen Ländern ist ein deutlicher Rückgang bei den Familien mit vier und mehr Kindern festzustellen. Ihr Anteil liegt heute in Deutschland bei den 1960 geborenen Frauen, die ihre Reproduktionsphase beendet haben, bei etwa 8 Prozent; dieser Anteil liegt in Frankreich ähnlich wie in Finnland bei etwa 10 Prozent. Bei den 1935 geborenen Frauen lag dieser Anteil in Deutschland noch bei 15 Prozent, was bedeutet, dass damals 60 Kinder auf 100 Frauen gegenüber heute 32 Kinder auf 100 Frauen mit drei und mehr Geschwistern aufwuchsen. Diese Entwicklung ist in ganz Europa zu beobachten und trotz recht unterschiedlicher Familienpolitiken in den einzelnen europäischen Ländern ziemlich parallel verlaufen.

Die entscheidende Abweichung von der europäischen Entwicklung liegt in Deutschland bei der Familie mit drei Kindern. Waren es bei den 1935 geborenen Frauen noch 20 auf 100 Frauen, die drei Kinder hatten, sind es heute noch etwa 12 Prozent. Dagegen haben in Frankreich, Finnland und den Niederlanden auch heute noch zwischen 22 Prozent (Frankreich) und 18 Prozent (Niederlande) der 1960 geborenen Frauen drei Kinder. Lebten also bei 100 in 1935 geborenen Frauen noch 60 Kinder mit zwei Geschwistern, sind es heute nur noch etwa 36 Kinder. Die Konsequenzen für die Geburtenraten in den einzelnen Ländern sind klar nachzuvollziehen. Um zu einer Geburtenrate von etwa 210 Kindern pro 100 Frauen zu kommen, fehlen jene 50 Kinder, die in der Generation der heutigen Mütter mit zwei, drei oder mehr Geschwistern aufwuchsen; zudem fehlen die etwa 17 bis 20 Kinder aufgrund der gestiegenen Kinderlosigkeit.

Diese deutliche Abnahme der Mehrkinderfamilie ist vermutlich auch damit zu erklären, dass die Generation der Frauen, die zwischen 1935 und 1940 geboren wurden, Mitte der sechziger Jahre als 25- bis 30-Jährige bei dem damals üblichen, recht frühen, Erstgeburtsalter ihr erstes und vielleicht auch ihr zweites Kind bereits hatten, nun aber aufgrund der breiten Einführung der sicheren Empfängnisverhütungsmittel die Möglichkeit hatten, Kinderwunsch und Kinderzahl zur Deckung zu bringen. Damals lag die Zahl der gewünschten Kinder bei etwa zwei (Jürgens/Pohl, 1975). Für diese These spricht auch, dass dieser Prozess des Rückgangs, gerade der Vierkinderfamilie, in allen europäischen Ländern verhältnismäßig ähnlich, nur zu unterschiedlichen Zeitpunkten verlief.

Aus dieser Entwicklung ergeben sich zwei Problemstellungen, die unabhängig voneinander zu behandeln sind. Zum einen ist zu erklären, warum in Deutschland die Kinderlosigkeit bei den nach 1950 geborenen Frauen viel stärker anstieg als in den anderen europäischen Ländern, und zum zweiten, warum sich neben dem Verschwinden der Vier- und Mehrkinderfamilie ähnlich wie im gesamten europäischen Kontext in Deutschland außerdem auch ein übergroßer Rückgang der Dreikinderfamilie vollzog. Diese genauere Analyse ist deswegen erforderlich, weil unter der Perspektive des notwendigen Policy Mix im Bereich der Familienpolitik zu prüfen ist, ob dieses unterschiedliche Verhalten der ver-

schiedenen Generationen nicht einfach auch auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen ist, die entsprechend mit unterschiedlichen Konzepten von Politik zu beantworten sind.

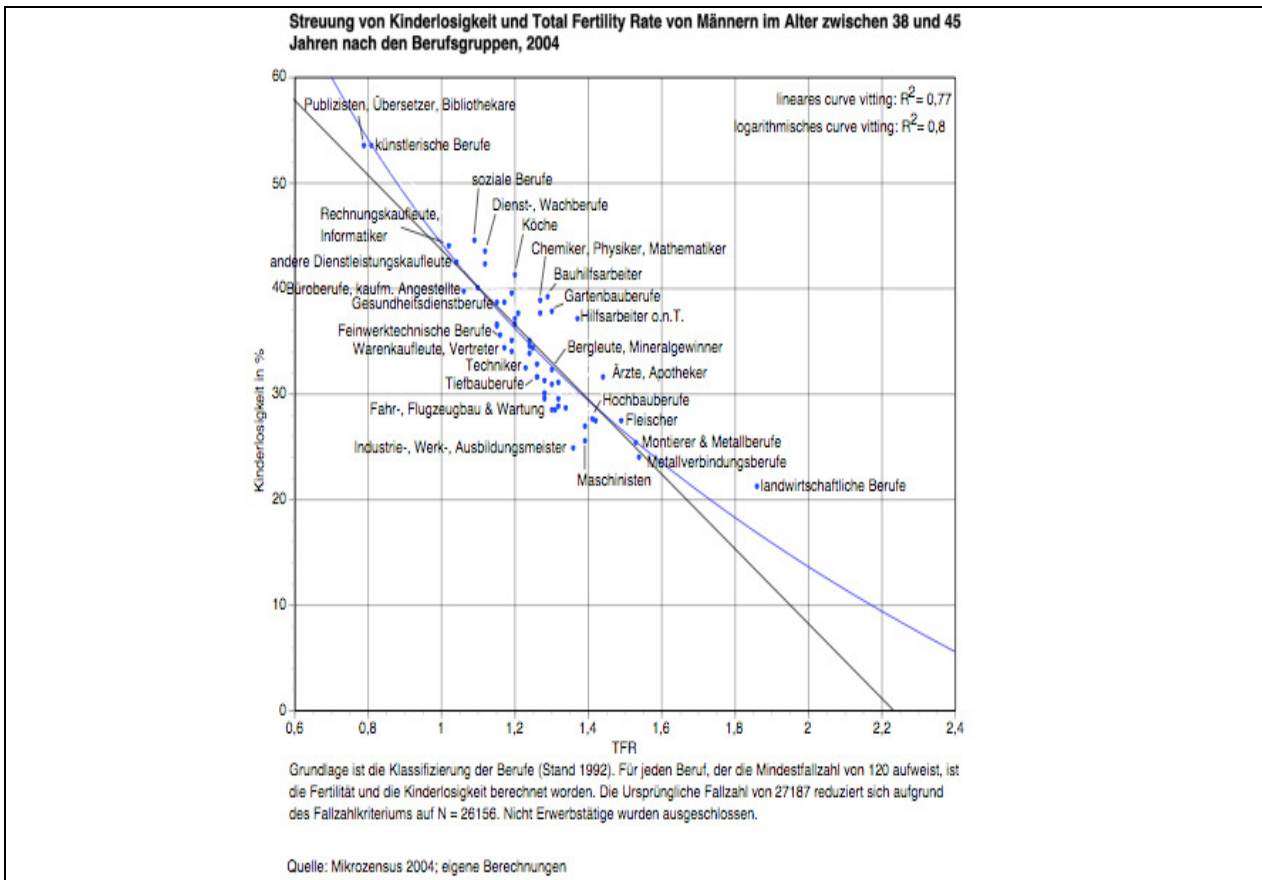
3. Wandel der Berufsstruktur und Kinderlosigkeit

Die öffentliche Debatte hat sich lange Zeit darauf konzentriert, die zunehmende Kinderlosigkeit allein auf die steigende Zahl der akademisch qualifizierten Frauen zurückzuführen, die aufgrund ihrer langen Ausbildung sich erst nach ihrer Etablierung im Beruf für Kinder entscheiden und dies aus biologischen Gründen dann schon zu spät sein kann. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass das Hinausschieben der Entscheidung zum Kind auch zu einer Veränderung der Lebensperspektiven und Lebensvorstellungen führt und sich die Optionen im Leben so verändern, dass ein Leben ohne Kinder als eine sinnvolle und befriedigende Perspektive wahrgenommen wird.

Nun zeigt aber der Vergleich mit Frankreich, wo die Kinderlosigkeit mit 10 Prozent sehr niedrig ist, dass das durchschnittliche Erstgeburtsalter in Frankreich mit etwa 30 Jahren sich im europäischen Durchschnitt auf demselben Niveau bewegt wie bei der ersten Geburt in Deutschland (Eurostat: Europäischer Datenservice). Zudem zeigt der Vergleich der Kinderlosigkeit nach Bildung und Berufsabschlüssen in historischer Perspektive (Grafik im Anhang), dass entgegen der öffentlichen Debatte die Kinderlosigkeit von Frauen mit Hochschulabschluss deutlich zurückgegangen ist, nämlich von 40 Prozent in 1971 auf rund 30 Prozent in 2004. Allerdings ist ein Anstieg der Kinderlosigkeit in allen Bildungsgruppen zu verzeichnen. Dabei ist aber hervorzuheben, dass in der Öffentlichkeit im Wesentlichen die Kinderlosigkeit bei Frauen diskutiert wird, um dabei völlig zu übersehen, dass die Zahl der Männer, die ihr Leben ohne Kinder führen, in allen Bildungs- und Berufsgruppen deutlicher gestiegen ist als bei den Frauen. Leider ist die öffentliche Debatte allein auf die Frage fixiert, welche Ursachen zur weiblichen Kinderlosigkeit geführt haben, obwohl die Analyse der Kinderlosigkeit der Männer möglicherweise von ebenso großer Bedeutung ist wie die der Frauen. Denn wenn sich die Kinderlosigkeit bei beiden Geschlechtern in etwa parallel entwickelt, ist zumindest auszuschließen, dass allein in der Veränderung der weiblichen Lebensperspektive die Ursache für die steigende Kinderlosigkeit liegt.

Von allen Variablen, die sich als mögliche Ursache für die steigende Kinderlosigkeit heranziehen lassen, scheint nicht die Ausbildung, und zwar weder die Schul- noch die Berufsbildung, der entscheidende Faktor zu sein. Vielmehr wirken sich bei Männern und bei Frauen viel stärker die berufliche Tätigkeit und die mit der beruflichen Tätigkeit verbundenen Lebensumstände und beruflichen Anforderungen auf die Kinderlosigkeit aus. Der Vergleich der Kinderlosigkeit von Frauen und Männern bei den heute etwa 38- bis 44-Jährigen zeigt zunächst, dass es vor allem die neuen beruflichen Tätigkeitsfelder sind, die es in den siebziger und achtziger Jahren noch gar nicht gegeben hat, in denen die Kinderlosigkeit besonders hoch ist, während in den traditionellen Berufsfeldern, die die Industriegesellschaft geprägt haben, die Kinderlosigkeit auch heute noch eher gering ausfällt.

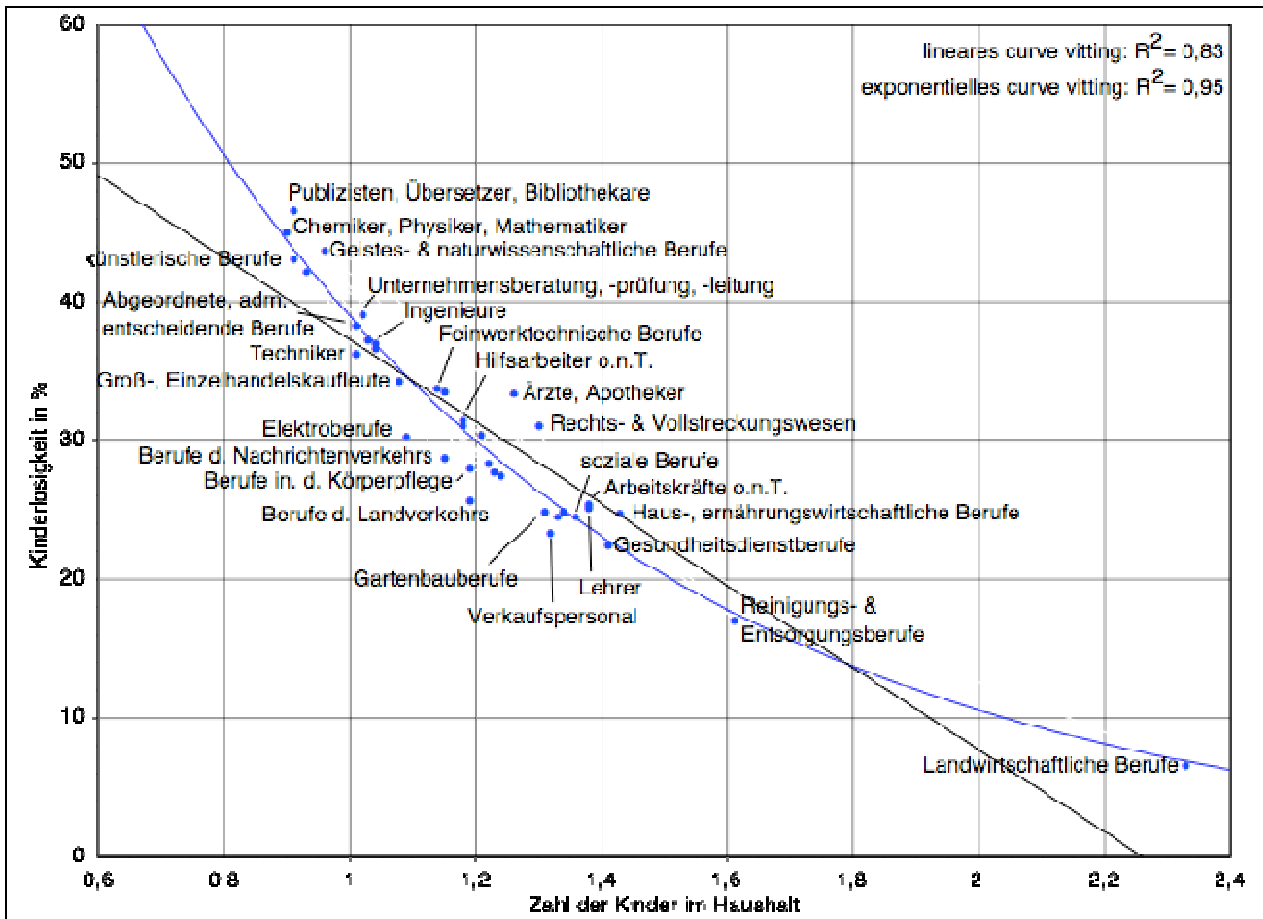
Abbildung 2: Kinderlosigkeit von Männern in Abhängigkeit von beruflichen Tätigkeiten 2004



Es sind vor allem die neuen Berufe im Bereich der Software-Entwicklung und der Medienindustrie, die in den letzten Jahrzehnten stark expandiert sind. Daher existiert der schlichte Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und Kinderlosigkeit in der angenommenen Form nicht, vielmehr spielen die beruflichen Tätigkeiten und Tätigkeitsfelder und möglicherweise auch das berufliche Milieu eine erhebliche Rolle. So sind die Medienberufe, die eine durchschnittliche Geburtenrate von 0,8 Kindern bei den Männern haben, ähnlich wie die künstlerischen Berufe, auch geprägt durch unregelmäßige Arbeitszeiten, hohe berufliche Unsicherheit, lange Wegstrecken, lange Phasen bis zur beruflichen Etablierung und vermutlich auch durch ein Milieu, in dem Ehe und Familie als traditional und nicht zukunftsorientiert gelten. In diesen Berufen ist es nicht einfach, in einer Partnerschaft mit Kindern zusammenzuleben. Ähnliches gilt sicherlich auch für andere Berufe, die unter anderen Bedingungen mit ähnlichen Problemen zu tun haben. Viele soziale Berufe kennen ähnliche Schwierigkeiten beim Berufseinstieg wie die Medienberufe und die ökonomische Situation ist hier bei flexiblen Diensten und Nachtdiensten sicherlich ähnlich unsicher und wird auch schlecht bezahlt. Daher können die gemeinsamen Merkmale dieser Berufe, nämlich ein hohes Maß an Flexibilität mit einer hohen Unsicherheit und einem Milieu, das bestimmten Lebensformen eher distanziert gegenübersteht, möglicherweise als Erklärungsmuster dafür dienen, dass die Berufe, die in der Wissensgesellschaft an Bedeutung gewin-

nen, wie Informatiker oder Gesundheitsdienstleister, sich eher durch eine hohe Kinderlosigkeit und geringe Kinderzahlen auszeichnen; das müsste im Einzelnen noch untersucht werden. Demgegenüber erleichtern die klassischen industriegesellschaftlichen Berufe in der Metallverarbeitung und Industrie, aber auch auf dem Bau oder in der Landwirtschaft sowohl vom Milieu wie aber auch von der Struktur der beruflichen Entwicklung in diesen Bereichen die Entscheidung für Kinder und Partnerschaft. Am Beispiel der Ärzte und Apotheker, die tendenziell zu den Berufsgruppen mit mehr Kindern gehören, wird deutlich, dass die Entscheidung für Kinder nicht allein von der beruflichen Qualifikation und auch nicht deren Länge abhängt, sondern vermutlich eher vom beruflichen Milieu und den Tätigkeitsfeldern beeinflusst ist.

Abbildung 3: Kinderlosigkeit von Frauen in Abhängigkeit von beruflichen Tätigkeiten¹



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Der Vergleich dieser Ergebnisse mit den Berufsgruppen bei den Frauen zeigt in der Tendenz ganz ähnliche Entwicklungen. Das spricht für die These, dass eher die beruflichen Tätigkeitsfelder und weniger die Quali-

¹ Grundlage ist die Klassifizierung der Berufe (Stand 1992). Für jeden Beruf, der die Mindestfallzahl von 120 aufweist, ist die Fertilität und die Kinderlosigkeit berechnet worden.

fikation als Ursache für die doch erstaunlichen Variationen von Kinderlosigkeit und Kinderzahlen zwischen den einzelnen Berufen anzusehen sind. Auch bei den Frauen führen die Berufsgruppen aus der Medienindustrie und die künstlerischen Berufe die Liste hoher Kinderlosigkeit und geringer Kinderzahlen an. Allerdings finden sich hier gleichfalls die naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Berufe insbesondere im akademischen Bereich, die zu hoher Kinderlosigkeit und geringen Kinderzahlen führen. Aber auch administrative Berufe, wie Abgeordnete, oder technische Berufe, wie Ingenieurinnen, oder die Arbeit bei Unternehmensberatungen führen Frauen dazu, dass sie zu 30 bis 50 Prozent kinderlos sind und entsprechend im Durchschnitt weniger als ein Kind haben. Demgegenüber gehen die Berufe in der Landwirtschaft, in der Reinigungsbranche, im Gesundheitsbereich und im Verkauf, also in den klassischen weiblichen Berufen in unserer Gesellschaft, eher mit geringer Kinderlosigkeit und hoher Kinderzahl einher. Auch hier gilt, dass diese Situation nicht allein auf die Ausbildung zurückzuführen ist, weil Lehrerinnen oder auch Ärztinnen tendenziell mehr Kinder haben als die anderen vorerwähnten Berufe.

Dieser sehr eindeutige Zusammenhang zwischen beruflichen Tätigkeiten und Kinderlosigkeit insbesondere bei den Berufen, die für die Wissensgesellschaft immer wichtiger werden, zeigt auch eine bestimmte politische Perspektive auf. Wie auch immer das klassische Modell der industriegesellschaftlichen Familie mit dem Vater als Haupternährer, der Hausfrau und Mutter, die für den Haushalt und die Kinder sorgt, eingeschätzt wird, so war dieses Modell auch Ausdruck des Versuchs, in einer hoch arbeitsteilig organisierten Industriegesellschaft eine Balance zwischen der ökonomisch geprägten Arbeitswelt und der Familie herzustellen. Auch wenn schon Mitte des 19. Jahrhunderts einer Reihe von Autoren klar war, dass dieses Modell die Mütter aus dem ökonomischen Prozess ausgliedert und damit eine strukturelle Ungleichheit der Geschlechter impliziert, war es doch nach Arlie Hochschild ein "traditionell-warmes" Modell, das die Fürsorge für Kinder und Angehörige in dieser Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sicherte (Hochschild, 1995). Wie aus beiden Grafiken aber deutlich wird, gilt heute für Männer wie für Frauen in den sich neu entwickelnden Berufen, etwa der Informationstechnik oder der Medien, dass dieses Modell für Männer wie für Frauen keine Zukunftschancen mehr hat, unabhängig davon, wie es im Einzelnen normativ bewertet wird. Denn als Voraussetzung für dieses Modell waren sichere Arbeitsplätze als ökonomische Basis in der Familiengründungsphase, ein regelmäßiges Einkommen in dieser Phase, das für die Familie reichte, Wohnraum zu angemessenen Preisen in relativer Nähe zur Arbeitsstelle und eine klare zeitliche Struktur der Arbeit gegeben. Denn wenn in der Industriegesellschaft die Industriearbeiter auch im Drei-Schichtenbetrieb arbeiteten, war doch die Zeitstruktur der Schichten mit dem Alltagsleben der Familie relativ gut verknüpft. Der Beginn der Frühschicht um 6:00 Uhr morgens definierte in den meisten Industriestaaten den Beginn des Tages, da mit diesem Beginn der Frühschicht zwei Stunden später die Schulen und Behörden ihren Betrieb aufnahmen, die Kaufhäuser etwas später öffneten, dafür wiederum um 18:00 Uhr schlossen, so dass trotz des variablen Zeitablaufs der

Schichtarbeit Berufsarbeit und Familienalltag in eine kohärente zeitliche Struktur gebracht werden konnten. Das galt zwar nicht für jede Arbeitswoche, war aber möglich.

Demgegenüber kennen heute viele der neuen Berufe keinen festen Zeitrhythmus mehr, sondern werden als Projektarbeit organisiert, und zwar sowohl in Medienberufen, im Bereich der Informationstechnik wie auch in vielen anderen sich neu entwickelnden Berufen. In der Konstruktion eines projektorientierten Berufes sind die Zeitrhythmen von der Projektarbeit bestimmt, und die private Zeit für Partnerschaft und Kinder hat sich dem unterzuordnen. Mit dieser Projektorganisation verbunden ist in vielen Bereichen ein unsicheres oder befristetes Beschäftigungsverhältnis mit gleichzeitig auch unregelmäßigem Einkommen.

Dieser Zusammenhang ist keine Vermutung. Vielmehr sind befristete Arbeitsverträge und ein häufiger Wechsel der Arbeitsplätze kennzeichnend vor allem für die jungen Erwachsenen, während ältere Arbeitnehmer, die die Familiengründung und die Erziehung ihrer Kinder hinter sich haben, meist auf relativ stabile Arbeitsverhältnisse bauen können. Die Unsicherheit am Arbeitsmarkt findet sich nach den Daten des Mikrozensus 2004 vor allem bei den jungen Erwachsenen, wohingegen bei den über 35- bis 55-Jährigen eine erhebliche Stabilität am Arbeitsmarkt zu beobachten ist. Ganz im Gegensatz zur öffentlichen Meinung hat auch die Kontinuität der Beschäftigung beim selben Arbeitgeber eher zugenommen und nicht abgenommen (Statistisches Bundesamt, 2007).

Diese Unsicherheit in der Familiengründungsphase gilt besonders für die modernen Berufe, so dass damit zwei Grundvoraussetzungen des klassischen industriegesellschaftlichen Familienmodells entfallen sind. Ökonomische Sicherheit und kontinuierliche Beschäftigung als Grundvoraussetzung dieses Modells finden sich auch heute noch bei den Industriearbeitern, aber nicht mehr bei Projektentwicklern, Wissenschaftlern, Publizisten und anderen Berufen, die die Wissensgesellschaft auszeichnen. So ist davon auszugehen, dass die Menschen in diesen Berufen nicht a priori auf Partnerschaft und Familie verzichten, sondern dass dies Ergebnisse eines Lebenswegs sind, der sich in den ersten Jahren der beruflichen Entwicklung einfach aus der ökonomischen und zeitlichen Struktur ihrer beruflichen Tätigkeit ergibt.

Unter einer historischen Perspektive ist das kein neues Phänomen. Auch in der Industriegesellschaft und ihren Vorläufergesellschaften hat es immer Berufe gegeben, die für Familiengründung und das Aufziehen von Kindern weniger geeignet waren. Das galt nicht nur für die wandernden Handwerksgesellen, sondern auch für die meisten einfachen Militärberufe oder auch für die jungen Erwachsenen in der Landwirtschaft, die wegen fehlendem Grund und Boden nur als Tagelöhner arbeiten konnten. Auch bei vielen weiblichen Berufen, etwa den Hausangestellten, war es eher unüblich zu heiraten. So zeigen die Heiratsdaten etwa aus den Zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, dass es immer einen signifikanten Prozentsatz von Menschen gab, der nicht in Partnerschaft lebte und kinderlos war. So ist Kinderlosigkeit keinesfalls

ein Phänomen der Moderne, sondern eher Ausdruck der Tatsache, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Familiengründung und das Aufziehen von Kindern offenkundig auch der gesellschaftlichen Analyse und Planung bedürfen, um sicherzustellen, dass ökonomische Sicherheit und Zeit für Kinder auch in Tätigkeitsfeldern erreicht werden kann, deren Struktur das zunächst nicht ermöglicht.

4. Ausbau der Infrastruktur, Zeitpolitik und die Weiterentwicklung der Polarisierung von Lebensformen

Auch wenn die hier beschriebene Entwicklung neuer beruflicher Tätigkeitsfelder und neue spezifische Anforderungen an Flexibilität und Mobilität in diesen Tätigkeitsfeldern Traditionsformen familiären Lebens infrage stellt, lässt sich natürlich schon die Frage stellen, ob diese Prozesse zu beeinflussen sind.

Eine französisch-britische Forschergruppe (Ekert-Jaffé et al., 2002) hat einen Vergleich der Fertilitätsentwicklung in Frankreich und Großbritannien durchgeführt und gezeigt, dass sich der Trend zu hoher Kinderlosigkeit in Großbritannien möglicherweise auch darauf zurückzuführen lässt, dass Großbritannien nicht auf die sich abzeichnenden Veränderungen der Berufsstruktur, der Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt und des Wandels der Familienstrukturen reagiert hat. Hingegen sind in Frankreich, wo Staat und Gesellschaft schon frühzeitig auf diese Veränderungen von Berufsstruktur, weiblicher Erwerbsbeteiligung und Familienstrukturen reagiert haben, die berufsspezifischen Variationen der Kinderzahlen zwar auch nicht eliminiert, zeichnen sich aber nicht in derselben Deutlichkeit ab wie in Großbritannien.

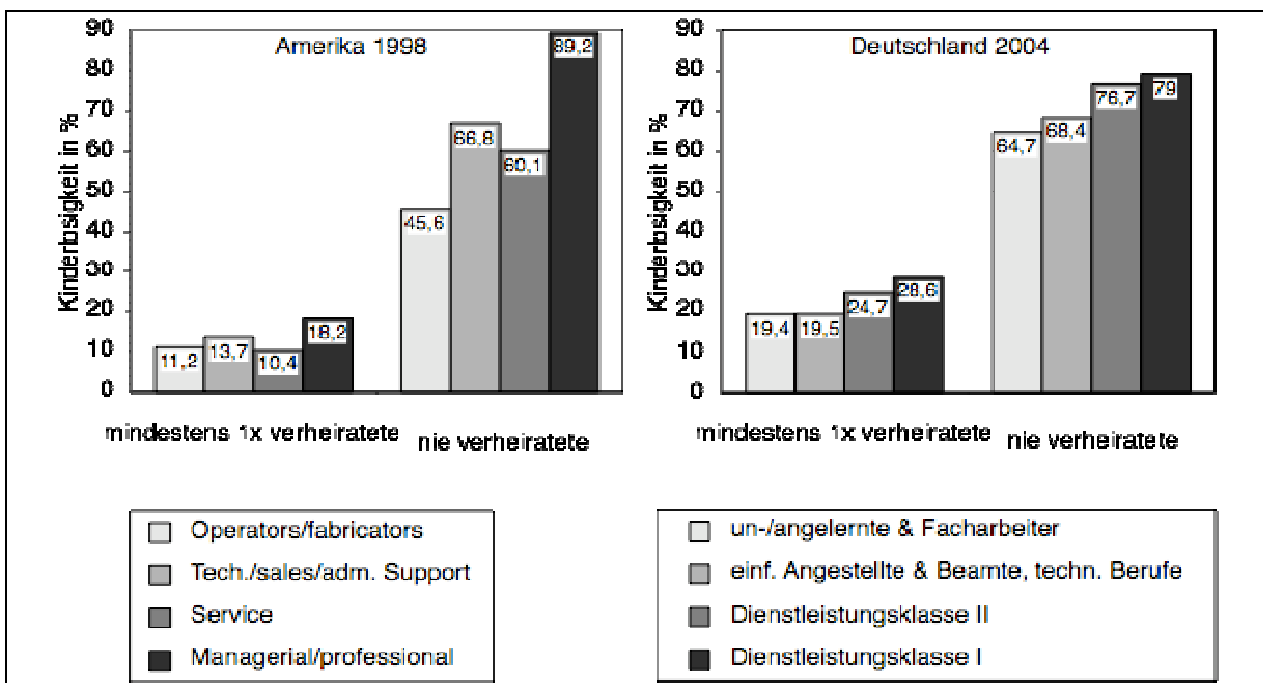
Bei diesem Vergleich zeigt sich ähnlich wie in Deutschland, dass Frauen mit qualifizierter Ausbildung in den oberen Führungspositionen deutlich weniger Kinder haben als Frauen, die **ökonomisch nicht aktiv** sind. Auch lässt sich zeigen, dass in den Berufen, die in ihren zeitlichen Arrangements besser mit der Entscheidung für Kinder übereinstimmen als Berufe, die vor allem durch Projektarbeit definiert sind, nämlich beispielsweise Berufe im Erziehungswesen, höhere Kinderzahlen zu finden sind als in jenen anderen Berufen. Als entscheidender Unterschied zwischen den beiden Ländern sind vermutlich die Polarisierungstendenzen in England ausgeprägter als in Frankreich. Als wichtigstes Ergebnis dieses Vergleichs führen in Frankreich diese Polarisierungstendenzen wohl nicht zu steigender Kinderlosigkeit, sondern zum Verzicht auf ein zweites und drittes Kind; ein erstes Kind bekommen dort fast alle Frauen.

Die Autoren führen diese unterschiedlichen Effekte im Wesentlichen darauf zurück, dass in Frankreich auf der einen Seite eine entsprechende Infrastruktur für kleine Kinder zur Verfügung steht, die es auch bei einer Karriereorientierung ermöglicht, die Berufstätigkeit kurzzeitig zu unterbrechen, um dann wieder in den Beruf zurückzukehren, während diese Leistungen in England mehr oder minder durch die Eltern selbst und auf eigene Kosten organisiert werden müssen.

Die haitianische Statistikerin Bachu hat 40- bis 44-jährige Frauen, differenziert nach Familienstand und Stellung im Beruf, auf ihre Kinderzahl überprüft und stellte dabei fest, dass bei den Frauen im Management 90 Prozent der nie verheirateten Frauen keine Kinder hatten, während in

allen anderen Berufsgruppen die nicht verheirateten Frauen nur zwischen 45 und 68 Prozent kinderlos waren (Bachu and O'Connell, 1998). Vergleicht man diese Ergebnisse mit der entsprechenden Altersgruppe in Deutschland, fallen die Differenzen nicht so extrem, aber ähnlich aus: 80 Prozent aller Frauen in den oberen sozialen Gruppen, die nie verheiratet waren, sind kinderlos, während in den anderen Gruppen die Kinderlosigkeit zwischen 64 und 46 Prozent variiert. Bachu hat vermutlich als eine der ersten Autorinnen gezeigt, dass Kinderlosigkeit durch Partnerlosigkeit mit beeinflusst wird und offenbar die ganz formale Form der Ehe den Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und qualifizierten Berufspositionen noch einmal erheblich bestimmt.

Abbildung 4: Berufsposition, Familienstand und Kinderlosigkeit bei Frauen (Abb. 5, 19.10.07)



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen; American Census; Berechnungen: A. Bachu (Population Division Working Paper No. 37)

In vielen dieser Spitzenpositionen fehlt jene Zeit für den Aufbau einer verlässlichen auf Dauer angelegten Partnerschaft, die von den meisten Frauen und Männern als eine wichtige Voraussetzung für die Entscheidung für Kinder angesehen wird. Als logische Folge ist dann die Tatsache zu werten, dass das gemeinsame Lebensprojekt eines Kindes unter solchen Bedingungen nicht realisiert wird. Dieser Zusammenhang gilt in den Vereinigten Staaten nicht nur für hohe berufliche Positionen, sondern lässt sich auch für die Spitzeneinkommen wie für die langen Ausbildungszeiten nachweisen. Frauen mit einem Einkommen von mehr als 100.000 Dollar haben mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit keine Kinder; 22 Prozent der verheirateten Frauen mit 17 Bildungsjahren sind kinderlos, und von den nicht verheirateten Frauen sind es 96 Prozent (Bachu and O'Connell, 1998). Insoweit sind die USA und Großbritannien ein interessantes demographisches Vergleichsland für Deutschland, weil

trotz der hohen Kinderlosigkeit in den qualifizierten Berufen und den obersten akademischen Rängen die Geburtenraten insgesamt hier zwischen 1,8 und 2,0 liegen. Das bedeutet, dass die nicht so qualifizierten und mit geringeren akademischen Graden ausgezeichneten Frauen das Geburtendefizit dieser Spitzengruppe von Frauen ausgleichen.

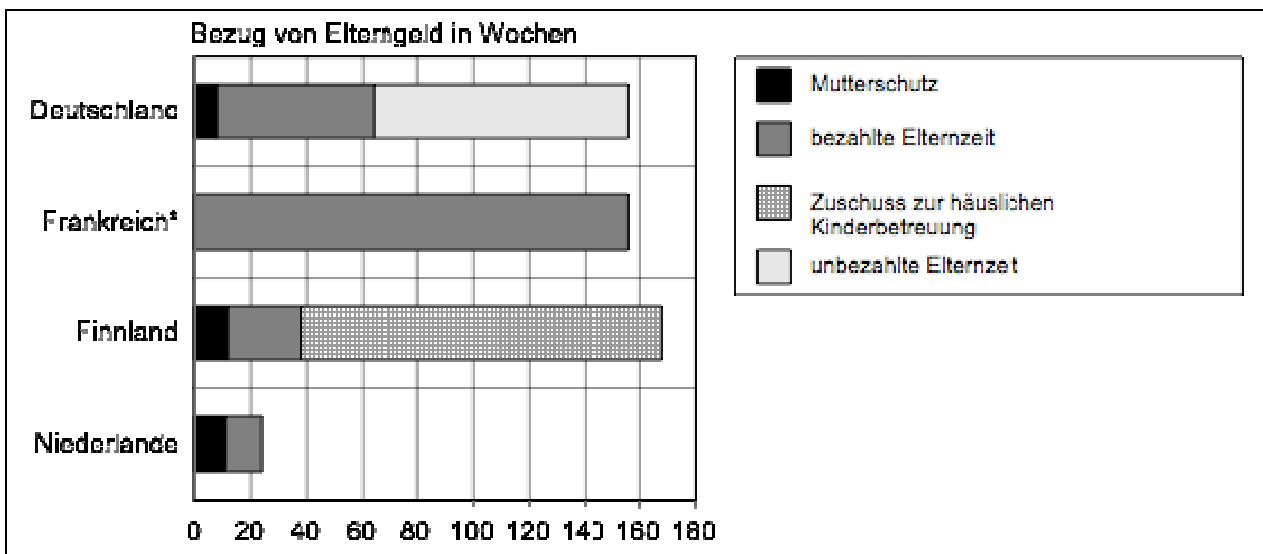
Bei der Suche nach Erklärungen für diese Polarisierungstendenzen, dass in den USA die hoch und höchst qualifizierten Frauen eher selten Kinder haben, obwohl das für sie ökonomisch möglich wäre, ist eine zentrale Antwort, dass in einer Berufswelt, in der qualifizierte und gute Berufspositionen nur auf der Basis von Leistung und individueller Präsenz und Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt zu erreichen sind, die jungen Frauen, die viel in ihre Ausbildung investiert haben und ihre Fähigkeiten auch entsprechend ausprobieren und sich beruflich bewähren wollen, letztlich gezwungen sind, sich mehr oder weniger den männlichen Karrieremustern zu unterwerfen. Dabei zählt nicht "Zeit für Partnerschaft" oder "Zeit für Kinder", sondern vor allem Flexibilität und Einsatzbereitschaft für den Beruf. Das ist am leichtesten dadurch zu bewältigen, dass zunächst die Fragen der Partnerschaft und der Kinder geringer gewichtet werden als die Fragen beruflicher Qualifikation und das Durchsetzen gegenüber den Mitbewerbern (Akademie Wissenschaft, Opting Out).

Nach den Überlegungen der französischen Autoren lassen sich solche Entwicklungen nur dadurch stoppen, wenn zunächst eine flexible und ausdifferenzierte Infrastruktur den jungen Frauen, die sich für Partnerschaft und Kinder entscheiden, die Sicherheit gibt, dass die Zeitspanne, die sie sich für Partnerschaft und Kinder nehmen, ihnen in ihrer beruflichen Entwicklung nicht zum Nachteil gereicht. Zudem setzt es voraus, dass sich die Frage der zeitlichen Präsenz und der zeitlichen Entwicklung der eigenen beruflichen Optionen so gestalten lässt, dass eine Balance zwischen Familie und Arbeitswelt entstehen kann, die nicht allein durch das Paar zu bewältigen ist. Amerikanische Autorinnen (Waldfoegel, 2005) gehen angesichts dieser Ergebnisse trotz der relativ hohen Geburtenraten in den USA daher auch relativ kritisch mit der Entwicklung in USA um, weil dort ähnlich wie in Großbritannien die Infrastruktur im Wesentlichen privat finanziert wird und die Möglichkeiten, Zeit für Kinder und Partnerschaft zu bekommen, im Gegensatz zum übrigen europäischen Kontext relativ schlecht organisiert sind.

Auf diese Polarisierungstendenzen der hohen Kinderlosigkeit bei Männern und Frauen in vielen der Berufe, die die modernste Gesellschaft repräsentieren, und der geringen Kinderlosigkeit in den eher traditionellen Berufen, die sich in der Industriegesellschaft entwickelt haben, ist nur dann angemessen zu reagieren, wenn man nicht allein auf die private Initiative der betroffenen Paare setzt, sondern aus der Entwicklung familiärer Lebensformen in der Industriegesellschaft die Erkenntnis ableitet, dass die Rahmenbedingungen auf allen Ebenen des staatlichen Handelns so zu gestalten sind, dass Zeit für Kinder, Zeit für Partnerschaft und eine Balance zwischen Familie und Beruf möglich werden. Nach der Argumentation der französischen Autoren setzt das voraus,

nicht nur eine Infrastruktur für Kinder unter drei Jahren zu entwickeln, sondern diese Infrastruktur auch möglichst vielfältig auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien und Kindern anzupassen. Nur die Pluralität des Angebots, sowohl hinsichtlich der Zeitstruktur wie auch hinsichtlich des institutionellen Kontextes, schafft jene Rahmenbedingungen, die aus der Sicht der Paare die Möglichkeiten eröffnen, unterschiedliche Lebensbereiche miteinander zu verknüpfen.

Abbildung 5: Freistellung vom Beruf bei Geburt eines Kindes im Vergleich der europäischen Länder

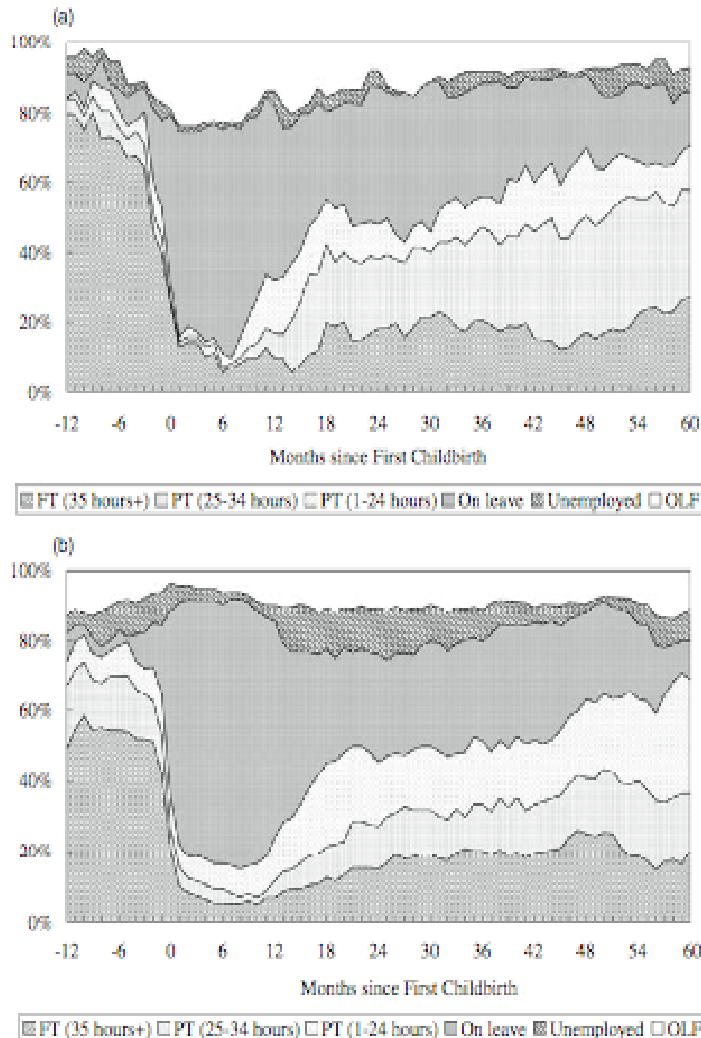


Quelle: Bezug von Elterngeld: BMFSFJ Elterngeldregelungen in Europa

Mindestens ebenso wichtig ist es aber, die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten so zu organisieren, dass die jungen Erwachsenen, wenn sie sich für Kinder entscheiden, die Chance haben, sich in gleicher Weise beruflich entwickeln zu können wie diejenigen, die sich nicht für Kinder entscheiden. Dabei geht es nicht um die Länge von Mutterschutz und Elternzeit, denn Deutschland gehört mit Finnland, Frankreich, Island Spanien und der Slowakei zu den europäischen Ländern, die eine relativ lange Freistellung von der Arbeit ermöglichen, sondern vor allem darum, wie jene hoch berufsorientierten jungen Frauen auch die Möglichkeit haben, sich entsprechend ihrer eigenen Einschätzung und Fähigkeiten kontinuierlich wieder in die Berufswelt zu integrieren. Kenjoh hat auf der Basis von Längsschnittdaten aus Schweden verdeutlicht, wie sich eine solche Rückkehr in den Beruf kontinuierlich über einen längeren Zeitraum organisieren lässt (Kenjoh, 2005).

Abbildung 6: Wochenarbeitszeit von Frauen in Schweden in Abhängigkeit vom Alter des Kindes (Kenjoh 2005)

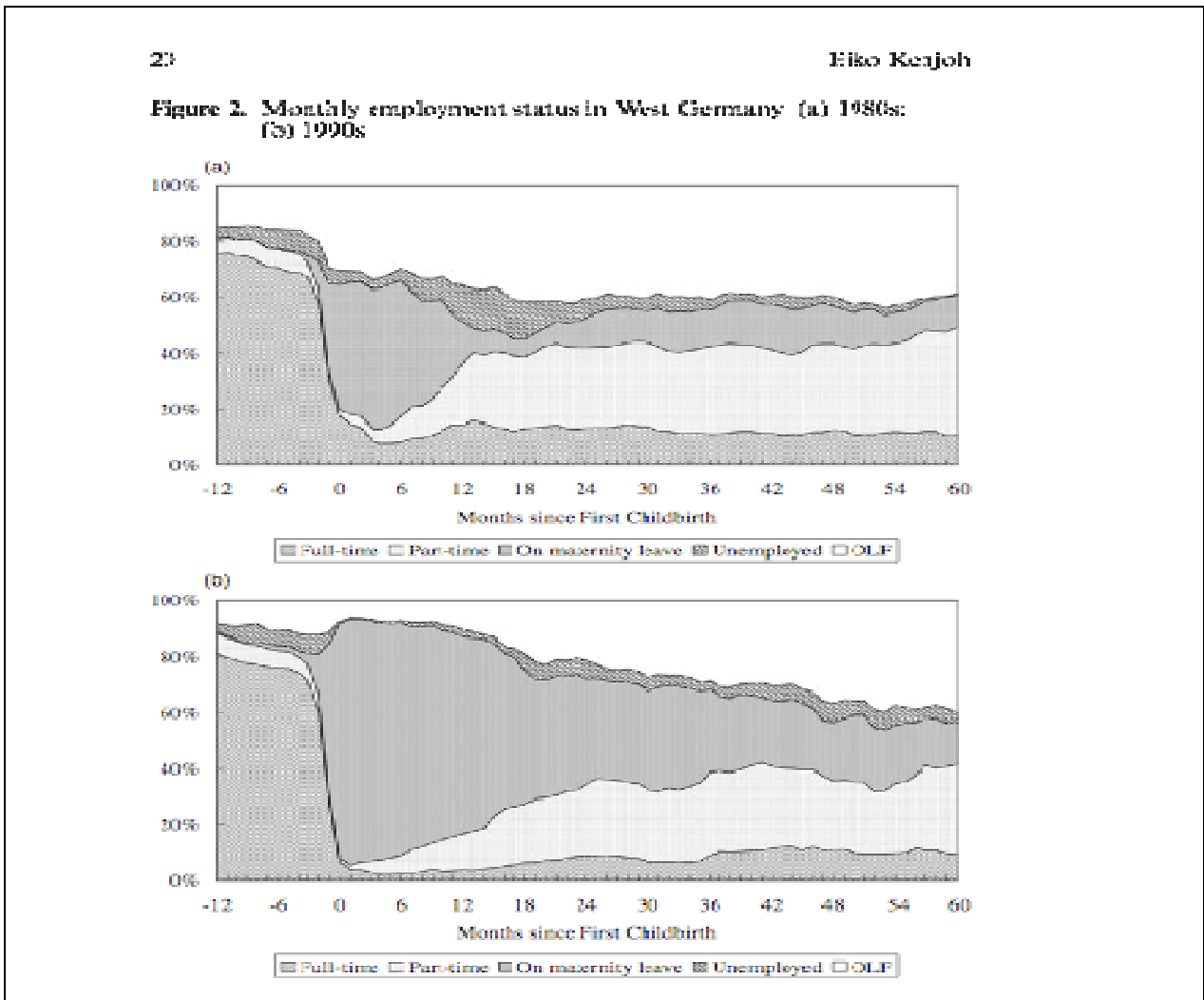
Figure 3. Monthly employment status in Sweden: (a) 1980s; (b) 1990s.
 F: full-time; PT: part-time



Quelle: Kenjoh 2005

Bis zur Geburt des ersten Kindes arbeiten in Schweden etwa 85 Prozent der Frauen, davon etwa 60 Prozent in Vollzeit. Ab dem 10. Monat des Kindes fängt ein Teil der Frauen an, wieder verstärkt zu arbeiten, zum Teil weniger als 24 Stunden pro Woche, zum Teil bis 35 Stunden, und zum Teil wiederum mit Vollzeit. Das ist ein kontinuierlicher Prozess der Arbeitsausweitung, wobei die Mütter in den ersten 60 Monaten des Kindes die Vollzeit nur auf etwa 20 Prozent ausweiten, während der größte Teil der Frauen unterschiedliche Teilzeit-Varianten wählt. Die Beschäftigungsquote insgesamt verändert sich kaum.

Abbildung 7: Wochenarbeitszeit von Frauen in Deutschland in Abhängigkeit vom Alter des Kindes



Quelle: Kenjoh 2005

In Deutschland gibt es ein etwas anderes Muster. Ähnlich wie in Schweden liegt die Beschäftigungsquote vor der Geburt des Kindes bei etwa 90 Prozent, mit einem höheren Anteil der Vollzeitbeschäftigten als in Schweden. Nach der Geburt des Kindes sinkt die Beschäftigungsquote auf weniger als 10 Prozent, beginnt sich zwischen dem 6. und 12. Monat zu erhöhen, aber nur im Teilzeitbereich, der bis zum 60. Monat etwa 40 Prozent ausmacht. Dagegen hat der Vollzeitbereich praktisch keine Bedeutung. Als entscheidender Unterschied zu Schweden ist aber nach 60 Monaten die Erwerbsquote in Deutschland von knapp 90 Prozent auf etwa 50 Prozent abgesunken. Diese doch deutlichen Unterschiede, die auch in anderen Ländern zu beobachten sind, führt Kenjoh darauf zurück, dass Schweden seit langem eine Familienpolitik praktiziert, die es Frauen und Männern ermöglicht, bezahlte Arbeit und Zeit für Kinder zu kombinieren.

Jedenfalls ist ein Modell wie in Schweden für junge Mütter und Väter, die sehr berufsorientiert sind und sich doch auch für Kinder entscheiden, recht attraktiv, weil sich in ihrem Verhalten zeigt, dass sich Beruf und Familie, wenn man sich dann für Kinder entschieden hat, vereinbaren lassen, indem die Arbeitszeiten neu organisiert werden. Hier bleiben die jungen Frauen nicht wie in Deutschland in großen Teilen dann dem Arbeitsmarkt fern. Eine solche Lebensverlaufsperspektive macht noch einmal deutlich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Verringerung der entsprechenden Polarisierungstendenzen nur dann möglich sind, wenn auf der einen Seite eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, die die Eltern unterstützt, und auf der anderen Seite die Arbeitswelt auch Zeitmodelle anbietet, die es den Eltern ermöglichen, die unterschiedlichen Lebensbereiche zufrieden stellend aufeinander zu beziehen.

5. Die Mehrkinderfamilie und ihre demographische Bedeutung

Das Statistische Bundesamt teilte im November 2007 mit, dass der Mikrozensus 2006 in Deutschland nur noch 8,8 Millionen Familien mit Kindern unter 18 Jahren gezählt hat gegenüber noch 9,4 Millionen Familien in 1996 (Statistische Bundesamt, 2007). Aus dieser nüchternen Mitteilung wird in den Medien ein "Rückzug der Familien in Deutschland" (Tagesspiegel, November 2007). Die genauere Betrachtung der Zahlen zeigt allerdings, dass dieser Rückgang fast ausschließlich Ergebnis der Veränderungen in den neuen Bundesländern ist, wo nach 1989 eine längere Zeit nur wenige Kinder geboren wurden. Nimmt man jedoch statt der Zahl der Familien die Zahl der Personen, die in familiären Lebensformen zusammenleben, sieht die Botschaft ganz anders aus: 1996 lebten in den alten Bundesländern 63,645 Millionen Menschen, von denen 26,8 Millionen als Familien, das heißt Eltern oder Elternteile und ihre Kinder zusammenlebten. 2006 sind es in den alten Bundesländern 26,3 Millionen Menschen, die in dieser Form zusammenleben. In den neuen Bundesländern hat sich diese Zahl von 7,8 Millionen in 1996 auf 5,3 Millionen in 2006 vermindert. Dieser Verlust ist Ergebnis der Tatsache, dass zwischen 1990 und 1996 infolge des politischen Übergangs die Geburtenrate in den neuen Bundesländern um 50 Prozent zurückgegangen war. Zumindest für Westdeutschland ist also von einer relativen stabilen Zahl von Personen auszugehen, die mit Kindern unter 18 Jahren zusammenleben.

Unter Berücksichtigung der Kinder über 18 Jahren im elterlichen Haushalt ist für Deutschland festzustellen, dass heute bei 81,6 Millionen Einwohnern rund 34 bis 36 Millionen Menschen in einer familiären Lebensform zusammenleben. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist also zunächst festzustellen, dass gegenwärtig rund 40 Prozent der Bevölkerung in einem familiären Lebensverbund in einem gemeinsamen Haushalt leben.

Abbildung 8: Haushaltszusammensetzung und Familienform

Mikrozensus 2006
Pressekonzferenz am 18. November 2007 in Berlin

Tabelle 1: Bevölkerung - darunter in Familien mit Kindern unter 18 Jahren

Zeitraum	Insgesamt	darunter in Familien mit Kindern unter 18 Jahren				
		zusammen	Eltern/Teile	Kinder		
				zusammen	Minderjährige	Volljährige
1 000						
Deutschland						
April 1996	81 114	34 575	17 554	17 111	15 607	1 512
April 1997	81 300	34 569	17 527	17 142	15 572	1 567
April 1998	81 196	34 376	17 366	17 009	15 447	1 562
April 1999	81 299	34 371	17 190	16 842	15 280	1 601
Mai 2000	81 475	33 976	17 064	16 812	15 192	1 620
April 2001	81 557	33 535	16 856	16 679	15 029	1 582
April 2002	81 783	33 506	16 823	16 632	15 044	1 632
Mai 2003	81 823	33 101	16 623	16 478	14 864	1 614
März 2004	81 816	32 593	16 397	16 296	14 680	1 615
Jahr 2005	81 725	32 271	16 239	16 032	14 374	1 652
Jahr 2006	81 690	31 542	15 904	15 738	14 099	1 632

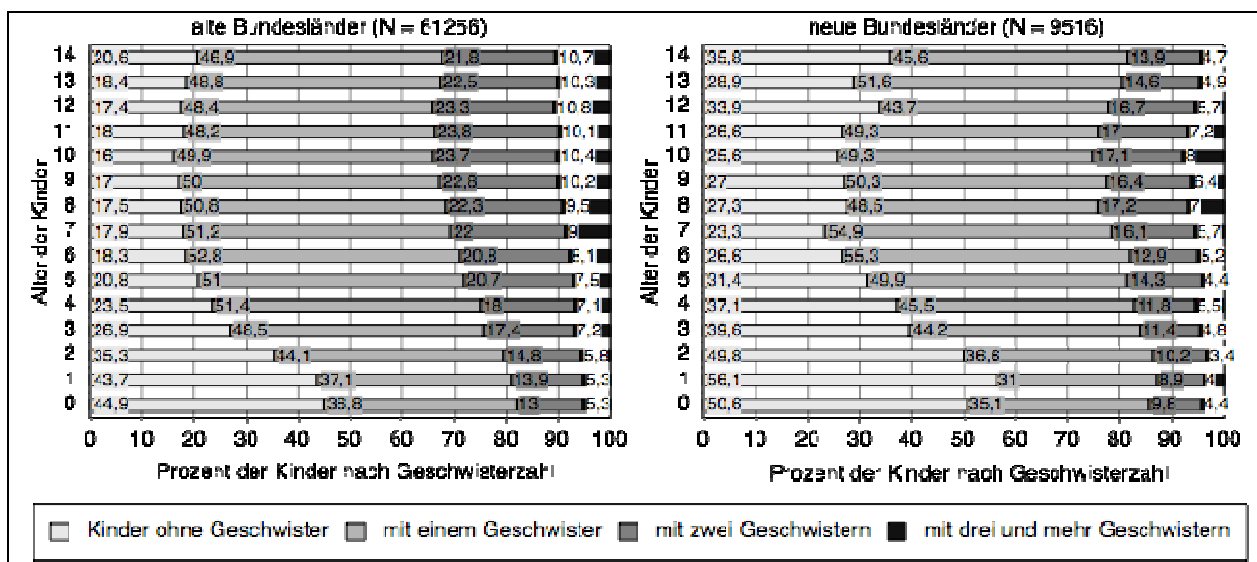
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

Dazu kommt, dass ein Teil derjenigen, die nicht mit Kindern gemeinsam im Haushalt leben, Eltern sind, deren Kinder aus dem Elternhaus ausgezogen sind und die deswegen von der Amtlichen Statistik nicht mehr als Familien erfasst werden. Eine Gesellschaft, die so stark altert wie Deutschland, wird bei der Zählweise des Statistischen Bundesamtes, nur Kinder unter 18 Jahren im Haushalt zu berücksichtigen, notwendigerweise einen immer geringeren Anteil von Familien ausweisen, weil die alt gewordenen Eltern im eigenen Haushalt leben. Gleichzeitig muss die relative Zahl der Familien auch deswegen abnehmen, weil durch das höhere Alter bei der Erstgeburt eines Kindes von etwa 28 bis 30 Jahren auch der Anteil der Personen, die zunächst ohne Kinder leben, in Folge des Hinausschiebens der ersten Geburt größer wird. Auch wenn durch die geringen Geburtenraten von etwa 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau die Zahl der potenziellen Mütter kleiner wird und damit auch die Zahl derjenigen, die potenziell in einer Familie leben können, ist für die Gegenwart davon auszugehen, dass für die große Mehrheit der Bevölkerung zwischen dem 30. und 50. Lebensjahr ein Zusammenleben mit Kindern relativ selbstverständlich ist.

Die Betrachtungsweise der Bevölkerung in Haushalten, wie die Amtliche Statistik das generell vornimmt, führt aber auch dazu, dass die Verringerung der Haushaltsgröße als Ausgangspunkt für die Überlegung dient, in kleiner werdenden Familien gehe die Zahl der Geschwister zurück, während die Zahl der Einzelkinder steige. Das ist als eine typische Betrachtungsweise aus Erwachsenenperspektive zu werten. Bei Betrachtung dieses Zusammenhangs hingegen aus der Perspektive der Kinder ist die Zahl der Einzelkinder in Deutschland relativ gering. Die Zahl der Kinder, die mit einem Geschwister aufwachsen, bildet die größte Gruppe aller Kinder; aber auch die Mehrkinderfamilie, das heißt Kinder mit zwei, drei

oder mehr Geschwistern kommen viel häufiger vor, als zunächst aus der Perspektive des Haushalts und der Durchschnittsbetrachtung der Kinder pro Haushalt abgeleitet wird.

Abbildung 9: Der relative Anteil von Kindern zwischen 0 und 14 Jahren an unterschiedlichen Geschwisterkonstellationen



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

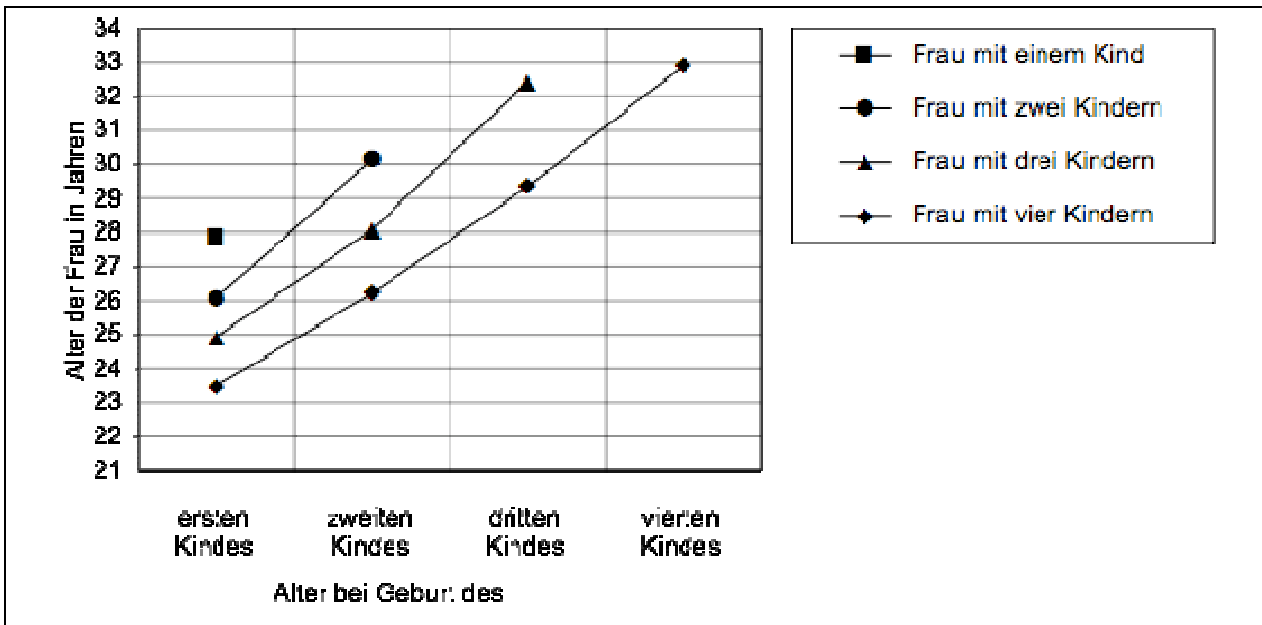
In Grafik 9 ist die Familiensituation aus Kinderperspektive in ihrem dynamischen Verlauf zwischen 0 und 14 Jahren dargestellt. Für 2004 ist davon auszugehen, dass in den westlichen Bundesländern nur 17 Prozent aller Kinder als Einzelkinder aufwachsen. In den östlichen Bundesländern gibt es mit 23 Prozent erheblich mehr Einzelkinder. Aus der Grafik wird deutlich, dass die erstgeborenen Kinder bis zur Geburt des zweiten und dritten Kindes logischerweise als Einzelkind beziehungsweise mit einem Geschwister leben; und bei einem durchschnittlichen Abstand zwischen den Kindern von etwas mehr als zwei Jahren ergibt sich notwendigerweise, dass erst mit dem siebten bis achten Lebensjahr eines Kindes die volle Geschwisterzahl einer Familie erreicht wird. Da aber gleichzeitig durch Scheidungen und auch den teilweisen Auszug der älteren Geschwister nach dem zehnten Lebensjahr ein Teil der Kinder schon wieder den Haushalt der Eltern verlässt, führt eine querschnittliche Betrachtung der durchschnittlichen Geschwisterzahl zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Geschwisterzahlen und der damit verbundenen Dynamik der Entwicklung von Familien. Darin ist sicherlich ein zentraler Grund zu sehen, warum in der öffentlichen Debatte, als Folge der Haushaltsperspektive, die Zahl der Mehrkinderfamilien als so gering eingeschätzt wird, obwohl aus der Sicht der Kinder rund 24 Prozent aller Kinder mit zwei Geschwistern und etwa 10 Prozent aller Kinder mit drei und mehr Geschwistern aufwachsen. Das bedeutet, dass ein gutes Drittel aller Kinder mit zwei und mehr Geschwistern und 50 Prozent aller Kinder mit einem Geschwister aufwachsen; nur eine Minderheit zwischen 17 und 20 Prozent der Kinder wachsen als Einzelkinder auf.

Hier gibt es allerdings deutliche Unterschiede zu den neuen Bundesländern, wo zwar auch die Mehrheit aller Kinder, nämlich etwa 55 Prozent, mit einem Geschwister aufwachsen, aber nur etwa 17 Prozent mit zwei Geschwistern und etwa 7 Prozent mit drei Geschwistern. In Ostdeutschland wächst also etwa ein Viertel aller Kinder mit zwei und mehr Geschwistern auf, und das sind immerhin genauso viele Kinder, wie in den neuen Bundesländern ohne Geschwister leben. Daher sind die jüngeren Prognosen, die die Einzelkinder als die zentrale zukünftige Lebensform von Kindern in den neuen Bundesländern vermuten (Roloff, 2007), möglicherweise Ergebnis der nur im Querschnitt betrachteten Geburtenentwicklung und Geschwisterkonstellationen, ohne die Dynamik der Familienentwicklung in den ersten Lebensjahren einer Familie zu berücksichtigen.

Aus diesen Ergebnissen wird zudem deutlich, dass die Entwicklung der Mehrkinderfamilie unter einer demographischen Perspektive, wie schon bei der Analyse der Geburtenraten gezeigt wurde, von sehr großer Bedeutung ist, weil sich nur durch das Verhalten von den Frauen, die sich für mehr als ein Kind zu entscheiden, die Kinderlosigkeit jener Frauen, die sich ,aus welchen Gründen auch immer, nicht für Kinder entscheiden, ausgleichen lässt. Schon bei der Diskussion der Kinderlosigkeit wurde betont, dass in der hoch ausdifferenzierten Dienstleistungsgesellschaft mit der zunehmend flexibel und projektbezogen organisierten Arbeit, bei gleichzeitig hoher Qualifikationserwartung, in vielen Berufen der Anteil der kinderlosen Frauen vermutlich immer höher sein wird als in Industriegesellschaften. Daher wird in einer solchen Gesellschaft neben der Diskussion um die Verminderung von Polarisierungstendenzen zwischen den kinderlosen Frauen und den Frauen mit Kindern eine zweite Diskussion zu führen sein, die sich zentral mit der Frage der Förderung von Mehrkinderfamilien befasst.

Ganz unabhängig von einer demographischen Fragestellung gibt es dafür auch sehr reale ökonomische Überlegungen, die sich direkt aus den Lebensentscheidungen der jungen Frauen für Kinder ergeben. Denn es gehört zu den alten demographischen Einsichten (Schubnell, 1973; Schwarz, 1984), dass das Hinausschieben der Entscheidung für Kinder zu insgesamt weniger Kindern führt. Die Entscheidung, mit 30 Jahren ein Kind zu bekommen, wird in einer völlig anderen Lebenssituation, in einem anderen Kontext und unter anderen Bedingungen getroffen als eine solche Entscheidung in einem jüngeren Lebensalter.

Abbildung 10: Alter der Frau bei Geburt nach Paritäten und Kinderzahl (Frauen mit abgeschlossener Fertilität 40 bis 43 Jahre)



Quelle: MZ 2004 (SUF) alle Frauen 40-43 Jahre N=12.598, eigene Berechnungen

Auch wenn es außerordentlich schwierig ist, die Ursachen herauszufinden, warum sich die jungen Frauen, die mit 28 Jahren ihr erstes Kind bekommen, durchschnittlich nicht mehr für weitere Kinder entscheiden, so zeigt die Differenz des Erstgeburtsalters zu den Frauen mit mehreren Kindern, dass diese bereits in jungem Alter andere Lebensentscheidungen treffen als jene Frauen die sich eher spät oder auch gar nicht für ein Kind entscheiden. Diese unterschiedlichen Entscheidungen zu unterschiedlichen Zeiten des Lebenslaufs haben aber für die Mütter erhebliche Konsequenzen. Junge Frauen, die sich schon früh für Kinder entscheiden, können nicht die gleiche Zeit in ihre Qualifikation investieren wie Frauen, die sich später entscheiden, ob sie ein Kind bekommen. Das erklärt auch teilweise, warum, wie bereits dargestellt, gerade in vielen neuen und gerade in den hoch und höchst qualifizierten Berufen die Kinderlosigkeit oder eine geringe Kinderzahl pro Frau viel deutlicher ausgeprägt ist als in Berufen mit einem geringeren Qualifikationsniveau, etwa Lehre oder Fachschule, die eine relativ frühe ökonomische Selbstständigkeit und ein relativ frühes Etablieren im Beruf ermöglichen; das ist in vielen Berufen, die eine höhere Qualifikation voraussetzen, nicht möglich.

Auch wenn sich aus dieser Querschnittsbetrachtung von Frauenquoten, die ihre Reproduktionsphase gegenwärtig abgeschlossen haben, keine Wandlungstendenzen ableiten lassen, ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die weiter vorn beschriebenen Polarisierungstendenzen sich nicht nur auf die Frauen bezieht, die sich nicht für Kinder entscheiden, im Verhältnis zu den Frauen mit Kindern, sondern dass daneben noch einmal eine deutliche Differenzierung zwischen den Frauen zu beachten ist, die sich für mehr als zwei Kinder entschei-

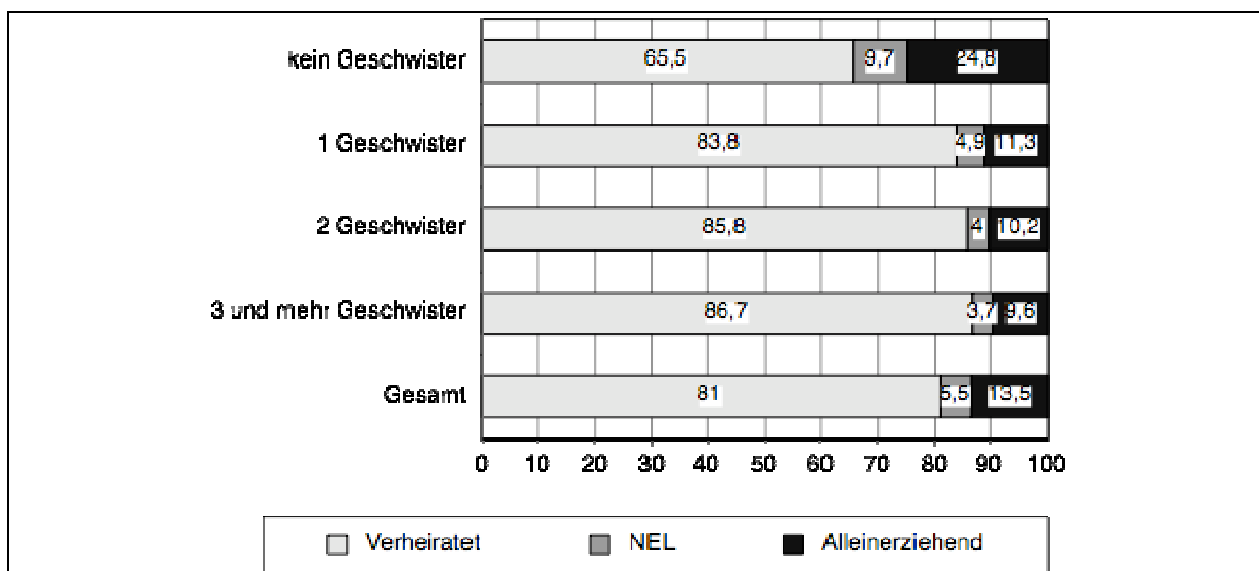
den, und denjenigen mit einem oder zwei Kindern. Denn die Mütter, die sich für vier Kinder entscheiden, können bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt keine akademische Ausbildung abgeschlossen haben, weil das mit 23 Jahren in Deutschland kaum möglich ist. Auch für die Frauen, die sich für drei Kinder entscheiden, ist eine Berufspraxis mit akademischem Hintergrund bei einem Erstgeburtsalter von 25 Jahren kaum denkbar. Das ist bei den Frauen vorstellbar, die sich für nur ein Kind entscheiden.

Zudem hat eine Frau mit vier Kindern bei einem durchschnittlichen Geburtenabstand von etwa drei Jahren für einen Zeitraum von rund 12 Jahren immer ein Kind im Alter unter drei Jahren zu betreuen. Notwendigerweise bedeutet das einen erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand, den diese Frau gemeinsam mit ihrem Partner in die Kinder investiert und der demgemäß nicht für weitere Qualifikationen und berufliche Aktivitäten zur Verfügung steht. Das gilt in fast gleicher Weise für die Frauen mit drei Kindern. Demgegenüber haben die Frauen mit einem oder zwei Kindern sowohl mehr Zeit vor der Geburt des ersten Kindes für ihre Qualifikation und ihre berufliche Entwicklung zur Verfügung, wie aber auch während der langen Periode, wenn auch das jüngere Kind älter als drei Jahre ist. Diese Zeit ist in Deutschland für die meisten Berufe entscheidend für die später erreichte berufliche Position. Eine Balance zwischen diesen unterschiedlichen Optionen, nämlich der Qualifikation, der beruflichen Entwicklung und den Karrierechancen auf der einen Seite und der Fürsorge für Kinder auf der anderen Seite, ist für diese Frauen durch die weit gehende Parallelität der Entscheidung für Kinder und der Entwicklung einer beruflichen Perspektive zumindest in diesem Lebensabschnitt eigentlich nur dann möglich, wenn sie sich im Beruf und in der Familie gegenüber allen anderen Frauen mehr als überdurchschnittlich engagieren.

6. Lebensformen der Mehrkinderfamilien

Aus den Geschwisterrelationen wird aber auch deutlich, dass vor allem die mit zwei und mehr Geschwistern aufwachsenden Kinder häufiger in Familien leben, in denen die Eltern miteinander verheiratet sind, als die Kinder ohne Geschwister. Die Ehe und damit die steuerliche Förderung der Ehe betrifft gerade bei den Mehrkinderfamilien die große Mehrheit dieser Kinder. Denn bei den zwischen 1961 und 1983 geborenen Frauen leben die Kinder mit drei und mehr Geschwistern zu über 85 Prozent bei verheirateten Eltern, während von den Kindern ohne Geschwister nur 64 Prozent bei verheirateten Eltern aufwachsen, 13 Prozent in nichtehelichen Lebensgemeinschaften und 22 Prozent bei Alleinerziehenden.

Abbildung 11: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1967 geboren sind, differenziert nach der Lebensform, 2004²

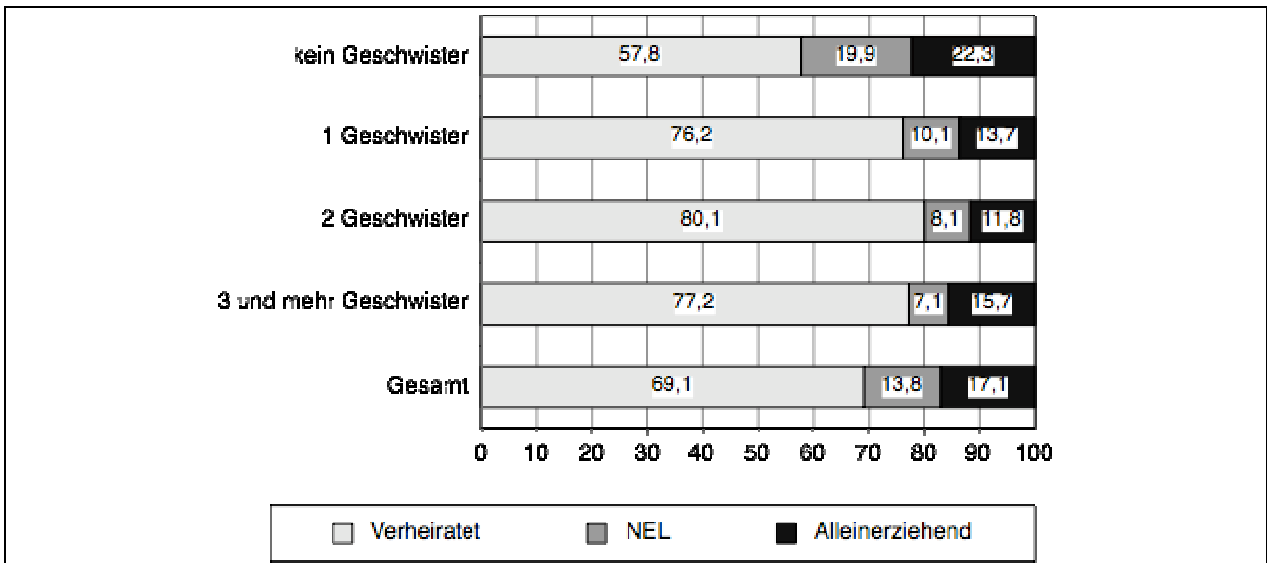


Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Allerdings scheint sich hier eine neue Entwicklung abzuzeichnen, dass bei den jüngeren, nach 1975 geborenen Frauen der Prozentsatz der Kinder, die nicht in Familien mit verheirateten Eltern aufwachsen, rückläufig zu sein scheint, weil nun die Zahlen in dieser Altersgruppe der Mütter bei den Drei- und Mehrkinderfamilien auf 77 Prozent zurückgegangen ist und auch bei den anderen Familien mit mehreren Kindern ist ein deutlicher Rückgang des Verheiratetenstatus zu beobachten. Allerdings wächst nach wie vor die große Mehrheit der Kinder in dieser Altersgruppe, nämlich etwa 69 Prozent, unabhängig von der Zahl der Geschwister, bei verheirateten Eltern auf.

² * Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1961 bis 1967 geborenen Frauen.

Abbildung 12: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Lebensform, 2004³



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

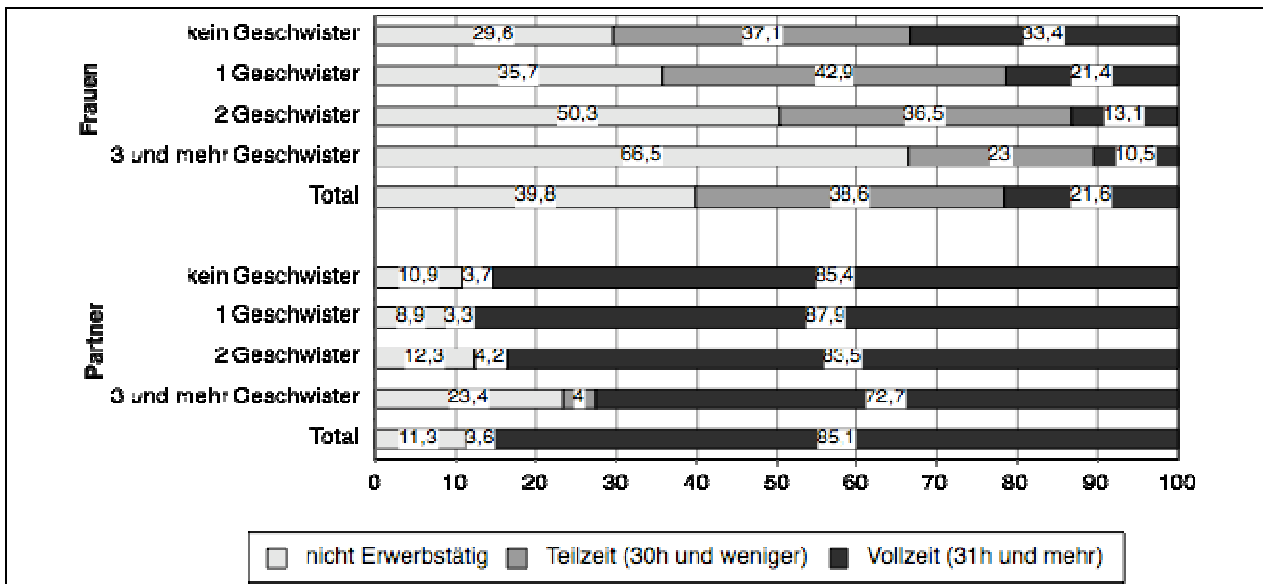
Dabei ist allerdings auch zu erkennen, dass die größte Gruppe der Kinder, die nicht bei verheirateten Eltern aufwächst, bei allein erziehenden Müttern lebt. Die wichtigste Lebensform von Kindern in der gegenwärtigen Gesellschaft scheinen nicht alternative Lebensformen zur Ehe zu sein, so scheint es gegenwärtig zumindest, sondern neben der Familie mit verheirateten Eltern das Leben nur mit der Mutter. Das ist unter einer familienpolitischen Perspektive von besonderer Bedeutung, da insbesondere Mütter mit mehreren Kindern, die sich nicht auf die ökonomische Unterstützung des Partners oder Ehemanns verlassen können, vor allem in der Phase mit kleinen Kindern, aufgrund der Parallelität der beruflichen Entwicklungsperspektiven und der Entscheidung für Kinder zwangsläufig in eine ökonomisch schwierige Situation geraten. Denn selbst dann, wenn sie neben ihren Kindern noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen können und entsprechend außerordentlich gut organisiert sind, können sie kein hinreichendes Einkommen erzielen, um ihre Kinder und sich selbst in dieser Situation ökonomisch angemessen zu unterhalten. Daher ist es außerordentlich problematisch, wenn aktuell in den öffentlichen Debatten über die relative Armut von Kindern eher undifferenziert argumentiert wird, weil sich dahinter nicht nur verschiedene Lebensformen verbergen, sondern auch unterschiedliche Lösungsansätze zu suchen sind.

³ Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1975 bis 1981 geborenen Frauen.

7. Arbeit und Bildung in Mehrkinderfamilien

Beim Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern in Abhängigkeit von der Zahl ihrer Kinder überrascht es nicht, dass Mütter mit einem Kind zu einem guten Drittel mehr als 32 Stunden arbeiten, etwa 37 Prozent weniger als 32 Stunden und 29 Prozent nicht erwerbstätig sind. Hingegen sind bei drei und mehr Geschwistern lediglich 10 Prozent der Mütter mehr als 32 Stunden erwerbstätig, aber etwa 66 Prozent arbeiten nicht. Erstaunlicher ist, dass die Erwerbsquote der Väter beziehungsweise Partner bei vier und mehr Kindern auf 73 Prozent sinkt, während diese Quote bei den Vätern sonst um etwa 85 Prozent schwankt.

Abbildung 13: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind, differenziert nach der wöchentlichen Arbeitszeit der Mutter bzw. des Partners, 2004⁴



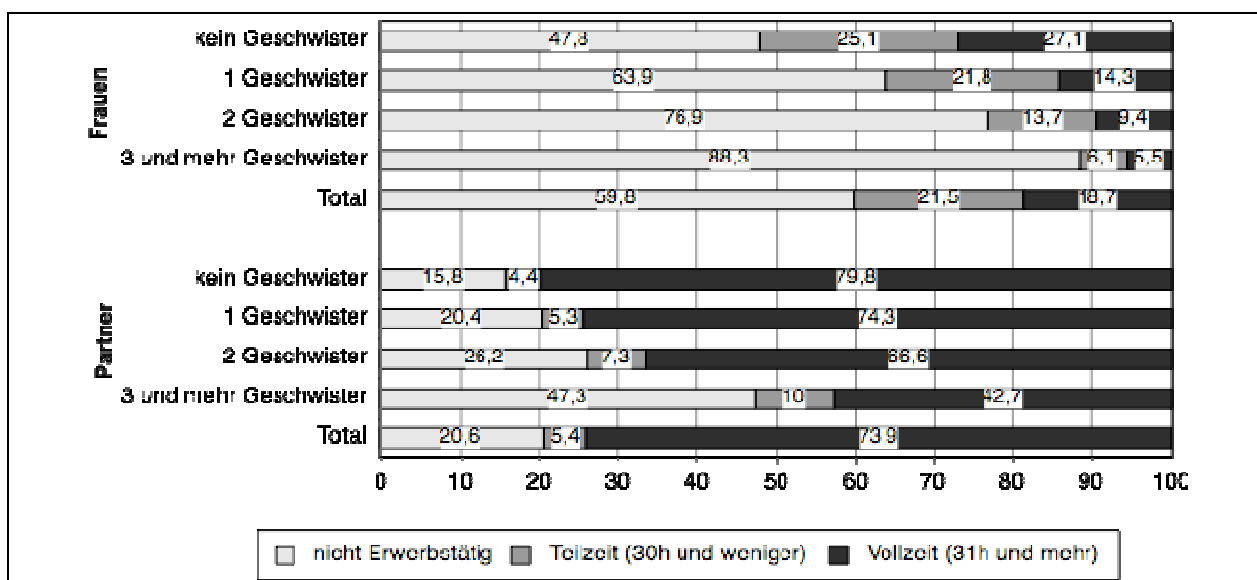
Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Dieser Rückgang der Vollerwerbstätigkeit der Ehemänner beziehungsweise Partner der Mütter ist noch ausgeprägter bei den Mehrkinderfamilien, wenn die Mütter zwischen 1975 und 1981 geboren wurden. Hier reduziert sich die Gruppe der Väter bei vier Kindern, die mehr als 32 Stunden arbeiten, auf 43 Prozent. Es zeigt sich auch ein klarer Trend, dass in den Einkindfamilien die Väter zu 80 Prozent Vollzeit erwerbstätig und mit 4,4 Prozent Teilzeit erwerbstätig sind, und mit zunehmender Kinderzahl die Erwerbsquote der Männer in dieser Altersgruppe systematisch abnimmt und mit fast 50 Prozent bei den Vierkinderfamilien sich von

⁴ Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1961 bis 1981 geborenen Frauen.

allen älteren Altersgruppen und anderen Gruppen in der Gesellschaft deutlich unterscheiden.

Abbildung 14: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der wöchentlichen Arbeitszeit der Mutter bzw. des Partners, 2004⁵



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Demgegenüber erscheint es nicht verwunderlich, dass in der Gruppe der jüngeren Mütter, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, die Erwerbsquote viel geringer ist als in den darüber liegenden Altersgruppen. Denn diese Frauen sind zwischen 23 und 29 Jahre alt und haben relativ kleine Kinder zu versorgen; sie folgen damit einem in ganz Europa verbreiteten Muster, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern auf der einen Seite vom Alter der Kinder und auf der anderen Seite von der Zahl der Kinder abhängt. Dass aber ein vergleichbarer Effekt auch bei den Vätern zu beobachten ist, erstaunt insoweit, als man vermuten könnte, diese jungen Väter verzichteten besonders emanzipiert ihrer Kinder wegen auf die Erwerbsarbeit.

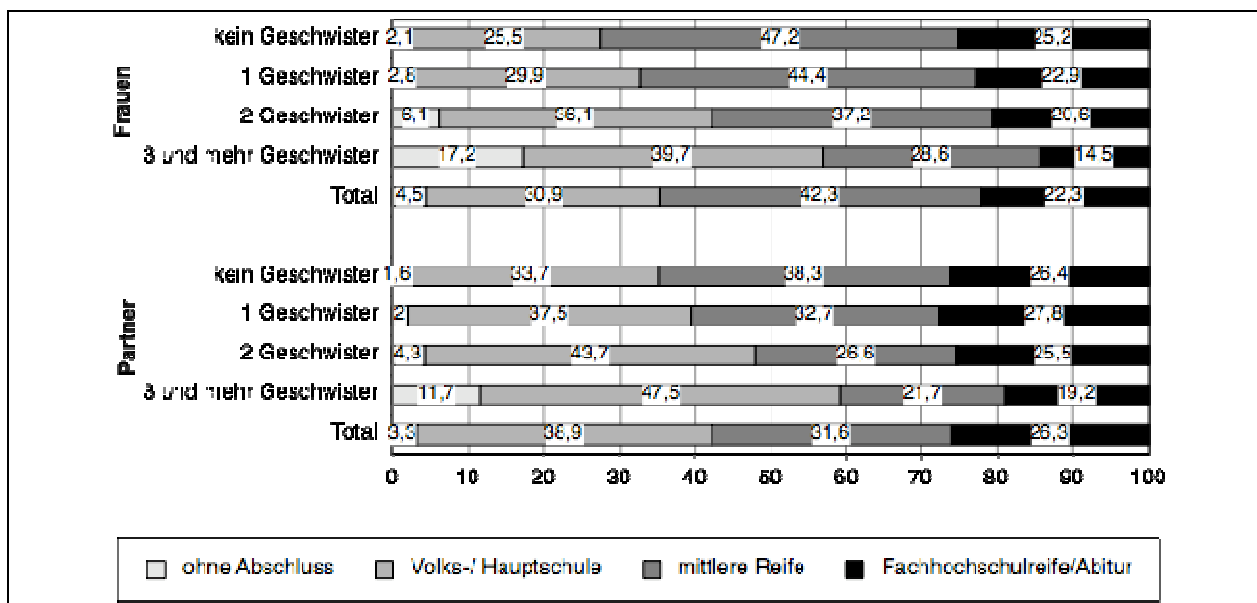
Eine solche positive Interpretation, die sicher in dem einen oder anderen Fall auch zutreffen mag, ist insgesamt aber vermutlich falsch. Denn auf der einen Seite ist nicht auszuschließen, dass es sich hierbei um Väter handelt, die aufgrund ihrer Qualifikation und/oder aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes nicht in unsere Erwerbskultur und die Arbeitswelt gut integriert sind, so dass die geringe Erwerbsbeteiligung auch Ausdruck einer gewissen Distanz gegenüber unserer Arbeitskultur und der Erwerbsgesellschaft sein kann.

⁵ Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1975 bis 1981 geborenen Frauen.

Denn die geringe Erwerbsbeteiligung dieser jungen Männer korrespondiert mit einer extrem geringen Erwerbsbeteiligung der jüngeren Mütter mit mehreren Kindern. Wir haben schon gezeigt, dass gerade in Mehrkinderfamilien mit drei und vier Kindern die Mütter das erste Kind im Alter von etwa 23 bis 25 Jahren zur Welt bringen und die anderen Kinder in einem Abstand von jeweils etwa zwei bis drei Jahren folgen. Diese jungen Mütter mit mehreren Kindern sind schon aufgrund der zeitlichen Inanspruchnahme durch ihre Kinder, völlig unabhängig von möglichen Betreuungsangeboten, kaum in der Lage, so viel Zeit für die Erwerbsarbeit aufzuwenden, wie notwendig wäre, um den Ausfall des Einkommens des Partners auszugleichen.

Ähnlich wie bei den allein erziehenden Müttern vor allem mit kleinen Kindern, die kaum das notwendige Einkommen erzielen, um gemeinsam mit ihren Kindern oberhalb der relativen Armut zu leben, zeigt sich hier eine zweite Familiengruppe, für die sich infolge der geringen Erwerbspartizipation der Väter und der Mütter eine Einkommenssituation oberhalb der relativen Armutsgrenze als unrealistisch herausstellt, nämlich junge Familien mit mehreren Kindern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die in der Öffentlichkeit und auch in der Politik bisher als alleiniges Problem an die Mütter für eine Balance zwischen dem Zeitaufwand für die Kinder und den beruflichen Verpflichtungen adressiert wird, scheint für die jungen Väter mit mehreren Kindern ein ähnliches Problem darzustellen, möglicherweise aus anderen Gründen. Denn auch in der höheren Altersgruppe der Partner, bei denen die Mütter über 29 Jahre alt sind, liegt die männliche Erwerbsbeteiligung bei mehreren Kindern deutlich niedriger als bei den Vätern von einem oder zwei Kindern. Hier scheint ein zwingender Forschungsbedarf auf, diese Gruppe der Väter mit mehreren Kindern genauer zu untersuchen. Denn wenn in einer Familie mit mehreren Kindern die Sicherung einer angemessenen ökonomischen Situation, nämlich oberhalb der relativen Armutsgrenze, ein volles Einkommen zumindest eines der beiden Partner und zudem ein ergänzendes Einkommen des anderen Partners erfordert, ist offenbar eine solche ökonomische Basis sowohl bei den Familien mit drei Kindern wie mit vier und mehr Kindern bei einem signifikanten Anteil der Familien nicht mehr gegeben.

Abbildung 15: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Bildung der Mutter bzw. des Partners der Mutter, 2004⁶



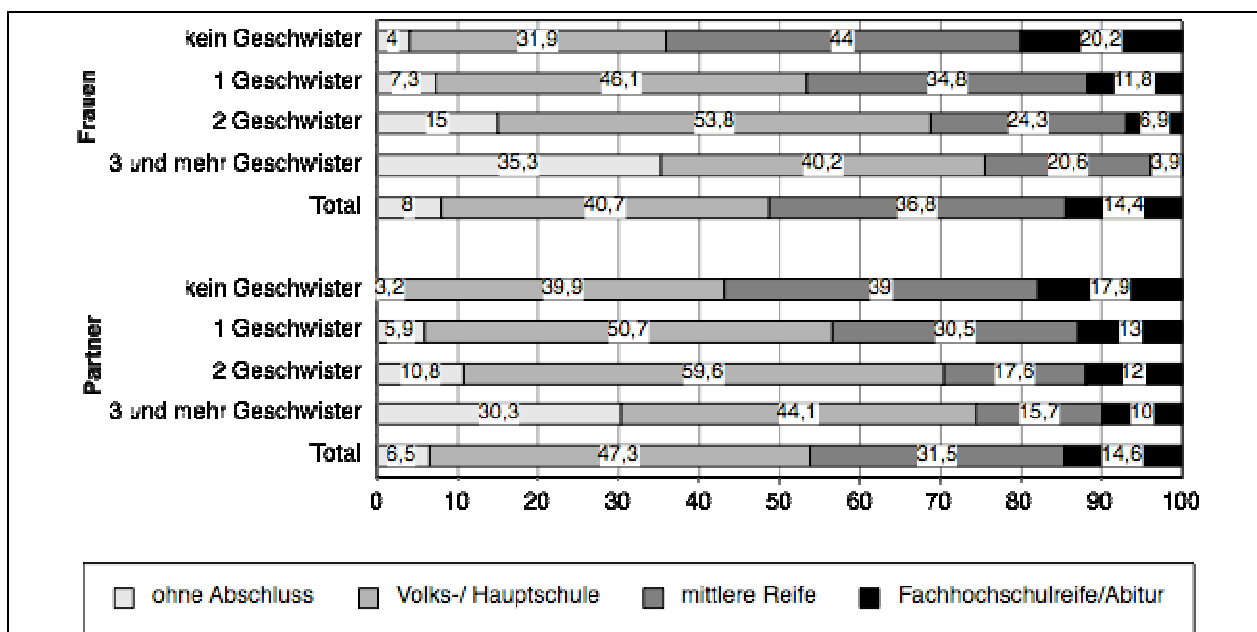
Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Wie schon das frühe Erstgeburtsalter der Mütter mit vier und mehr Kindern erwarten lässt, haben von den zwischen 1961 und 1981 geborenen Müttern nur 14,5 Prozent das Abitur oder einen äquivalenten Abschluss, andererseits 17,2 Prozent gar keinen Schulabschluss. Demgegenüber sind von den Müttern mit einem Kind nur 2,1 Prozent ohne einen Abschluss und 25,2 Prozent haben Abitur oder einen äquivalenten Abschluss, darüber hinaus verfügen 47 Prozent dieser Gruppe über den mittleren Abschluss, so dass die Mütter mit einem Kind überdurchschnittlich gebildet sind. Auch bei den Müttern mit zwei Kindern bilden die Mütter ohne Abschluss mit 2,8 Prozent eine relativ kleine Gruppe. Bei den Familien mit drei Kindern sind nur 6,1 Prozent der Mütter ohne Abschluss, es haben aber noch 20,6 Prozent der Mütter Hochschulreife und 37 Prozent den mittleren Abschluss. Daher lässt sich für die Familien mit einem, zwei und drei Kindern festhalten, dass hier die Mütter über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügen und vor allem nur eine geringe Gruppe aufweisen, die sich ohne Abschluss für Kinder entscheiden. Auch bei den Vätern verteilen sich die Bildungsabschlüsse ähnlich: Sowohl mit einem, zwei und drei Kindern hat gut ein Viertel der Väter die Hochschulreife, während der Anteil der Väter mit mittlerem Abschluss deutlich geringer ist als bei den Müttern; dafür ist hier der Anteil mit Hauptschulabschluss höher.

6 * Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1961 bis 1981 geborenen Frauen.

Allerdings haben auch hier in den Vierkindfamilien fast 12 Prozent der Väter keinen Abschluss und 47,5 Prozent einen Hauptschulabschluss. In der Gruppe mit einem, zwei oder drei Kindern verfügen die Väter fast alle über einen qualifizierten Schulabschluss, während hier nur die Familien mit vier und mehr Kindern aus dem Rahmen fallen.

Abbildung 16: Zahl der Geschwisterkinder im Haushalt von Frauen, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind, differenziert nach der Bildung der Mutter bzw. des Partners der Mutter, 2004⁷



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Dieses Muster wiederholt sich auch bei den sehr jungen Müttern, die zwischen 1975 und 1981 geboren sind. Allerdings ist hier die Differenzierung zwischen Familiengröße und Bildungsgrad der Mütter noch stärker ausgeprägt als in der Gesamtgruppe der zwischen 1961 und 1981 geborenen Frauen. Denn in dieser jungen Altersgruppe haben 35 Prozent der Mütter mit vier Kindern keinen Abschluss und nur 4 Prozent die Hochschulreife. Auch bei den Vätern sind in den Vierkindfamilien 30 Prozent ohne Abschluss und nur 10 Prozent haben die Hochschulreife.

Diese Daten machen sehr eindringlich deutlich, dass die frühe Entscheidung für Kinder vor allem bei den Müttern, aber auch bei den Vätern, dazu führt, dass sie weniger in ihre eigene Bildung investieren. Das hat zur Konsequenz, dass die berufliche Teilhabe und die beruflichen Entwicklungsperspektiven für Väter wie für Mütter vor allem für Familien mit drei und mehr Geschwistern weniger gut gelingen, was wiederum mit einschränkenden ökonomischen Konsequenzen verbunden ist. Entscheidender aus Sicht der Kinder ist jedoch der Tatbestand, dass die

7 * Die Zahl der Geschwisterkinder umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1975 bis 1981 geborenen Frauen.

Eltern, die über keinen Schulabschluss verfügen, für die kognitive und intellektuelle Entwicklung ihrer Kinder weniger Ressourcen mobilisieren können als Eltern mit einem Schulabschluss, möglicherweise auch mit Hochschulreife.

Dieser enge und hoch signifikante Zusammenhang zwischen der Entscheidung für Kinder, und zwar für mehrere Kinder, in einem eher jungen Alter und dem Zurückstellen der eigenen Qualifikationsansprüche verdeutlicht auf fatale Weise die doppelte Benachteiligung der in sich sehr positiven Lebensentscheidung, die Kinder sehr früh zu bekommen. Auf der einen Seite bedeutet diese frühe Entscheidung für diese Eltern, auf die Gestaltung ihrer eigenen Entwicklungspotenziale bei einer angemessenen Bildung zu verzichten. Dieser Verzicht kann aber auch zu der Konsequenz führen, dass sich die Distanz zum Bildungssystem in gewisser Weise auf die Kinder überträgt, weil unser Bildungssystem zwingend darauf setzt, dass die Eltern ihre Kinder im schulischen Lernprozess intensiv in ihrer Entwicklung unterstützen. In anderen Ländern, die frühzeitig auf die Ganztagschule gesetzt und gleichzeitig in eine umfassende frühe Förderung der Kinder investiert haben, wurde möglicherweise klüger auf solche Lebensentscheidungen reagiert als in Deutschland.

Nun ist die Entscheidung für ein Kind die private Angelegenheit eines jungen Paares, und niemand hat das Recht, sich dabei einzumischen. Aber daneben gibt es trotzdem die Verantwortung der Gesellschaft, auch junge Eltern zu unterstützen, damit sie ihre eigenen Entwicklungspotenziale wahrnehmen können, wie aber auch durch eine entsprechende Förderung ihrer Kinder sicherzustellen, dass die Kinder aus Mehrkinderfamilien die gleichen Entwicklungschancen haben wie die Kinder aus kleinen Familien. Denn in der modernen Gesellschaft muss die Entscheidung von Eltern, ihre Kinder sehr früh zu bekommen und deswegen möglicherweise weniger in ihre eigene Bildung zu investieren, nicht als eine Entscheidung hingenommen werden, die dann die Lebenschancen ihrer Kindern in einem Bildungssystem benachteiligt, das a priori die intensive Mitarbeit der Eltern für eine erfolgreiche Bildungskarriere der Kinder erwartet. Eine nachhaltige Familienpolitik, die die individuellen Entscheidungen von Eltern respektiert, wird also gleichzeitig alles daransetzen müssen, dass eine Infrastruktur für Eltern und Kinder entsteht, die es sowohl den Eltern wie den Kindern ermöglicht, die eigenen Bildungspotenziale und die eigenen Qualifikationen auch entsprechend auszudifferenzieren.

8. Die ökonomische Situation der Mehrkinderfamilie

Bei der Betrachtung der ökonomischen Situation von Familien dürfte aus der bisherigen Argumentation deutlich geworden sein, dass es neben der Differenzierung nach den familiären Lebensformen, wie Einelternfamilien und Familien mit zwei Eltern, aber einem Einkommen und Familien ohne eigenes Einkommen, mindestens ebenso wichtig ist, bei der Analyse der ökonomischen Situation der Familie auch das Alter der Eltern und der Kinder zu berücksichtigen. Denn aufgrund der unterschiedlichen Zeitpunkte, zu denen sich junge Paare entscheiden, Kinder zu haben, ist die ökonomische Leistungsfähigkeit der Paare sehr unterschiedlich. Je früher sich jemand für Kinder entscheidet, umso geringer ist die erreichte Qualifikation der jungen Mutter und des jungen Vaters, wie im vorigen Abschnitt gezeigt. Auch variiert die Präsenz der jungen Eltern am Arbeitsmarkt in erheblichem Umfang mit der Entscheidung der jungen Paare für Kinder und für die Zahl ihrer Kinder.

Dabei ist es für eine Frau unter einer biologischen und medizinischen Perspektive außerordentlich vernünftig, sich Anfang 20 für das erste Kind zu entscheiden und dann die weiteren Kinder im Abstand von etwa zwei bis drei Jahren zu bekommen, weil diese Lebensphase medizinisch und biologisch für die Entscheidung für Kinder am unkompliziertesten ist; unter einer ökonomischen Perspektive ist die Entscheidung, mit 21 bis 25 Jahren Kinder zu bekommen, jedoch problematisch. Denn für die meisten jungen Erwachsenen ist in der Phase zwischen dem 21. und 25. Lebensjahr, selbst ohne akademische Ausbildung, allenfalls ein erster Einstieg ins Berufsleben und der Beginn der beruflichen Etablierung möglich. Denn auch die jungen Erwachsenen mit einem mittleren Bildungsabschluss und anschließender Lehre sind meist 21 bis 22 Jahre, wenn sie ihre erste Arbeitsstelle antreten, die aber meist nur den Eintritt in den Arbeitsmarkt bedeutet. Für alle jene, die einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss anstreben, ist im Alter zwischen 23 und 25 Jahren der Arbeitsmarkt noch in weiter Ferne. Selbst diejenigen, die ihr Studium schon relativ früh abschließen, haben meist keine Chance, in ein festes und gut bezahltes Arbeitsverhältnis zu gelangen.

Wenn heute manche Demographen und Sozialwissenschaftler die Forderung erheben, möglichst in dieser frühen Lebensphase die Kinder zu bekommen, übersehen sie, dass sich seit den sechziger Jahren alle Ausbildungswege in die Berufswelt deutlich verlängert haben. Denn einerseits dauert die Hauptschule heute in allen Bundesländern 9 bis 10 Jahre und andererseits erfolgt die Einschulung eher im 7. Lebensjahr, so dass auch eine unmittelbar an die Schule anschließende Lehre selten vor dem 20. bis 21. Lebensjahr beendet ist. Für alle anderen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nach dem mittleren Abschluss oder dem Abitur eine Fachschul- oder Hochschulausbildung absolvieren, das heißt für ihre große Mehrheit, ist die Ausbildung erst im ersten oder zweiten Drittel des dritten Lebensjahrzehnts zu Ende. Zum Vergleich mit den sechziger Jahren, als das Erstgeburtsalter für die meisten jungen Frauen bei 23 bis 25 Jahren lag, waren die Bildungszeiten nur für eine

kleine Minderheit der jungen Erwachsenen, nämlich etwa 8 Prozent, erst in der Mitte des dritten Lebensjahrzehnts abgeschlossen.

Heute geht niemand davon aus, man könne die Bildungszeiten der sechziger Jahre zurückholen, denn die eher kurzen Ausbildungszeiten waren für die damalige Industriegesellschaft angemessen. Heute aber muss man für die Wissensgesellschaft nicht nur eine längere Investition in Bildung akzeptieren, sondern sie zugleich für die Mehrheit der Bevölkerung fordern und fördern.

Die eher kurzen Ausbildungszeiten der sechziger Jahre mit dem frühen Berufseintritt als Facharbeiter oder Facharbeiterin führten allerdings zu einer, verglichen mit heute, relativ guten Einkommenssituation der jungen Familien. Denn damals waren neben der qualifizierten Ausbildung in einem Lehrberuf körperliche Geschicklichkeit, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit in körperlich eher anstrengenden Berufen wichtige Merkmale, um in dem damals vorherrschenden Entlohnungssystem einen relativ guten Verdienst zu erzielen. In den industriesoziologischen Studien der fünfziger und sechziger Jahre ist nachzulesen, dass der Industriearbeiter, der körperliche Geschicklichkeit, Verständnis der Arbeitsprozesse, Ausdauer und Körperkraft gut zu vereinen wusste, auch unter den damaligen Arbeitsbedingungen über ein relativ gutes Einkommen verfügte, während der ältere Arbeitnehmer im fünften Lebensjahrzehnt hier bereits Abstriche zu machen hatte (Popitz/Bahrtdt, 1957, 1961).

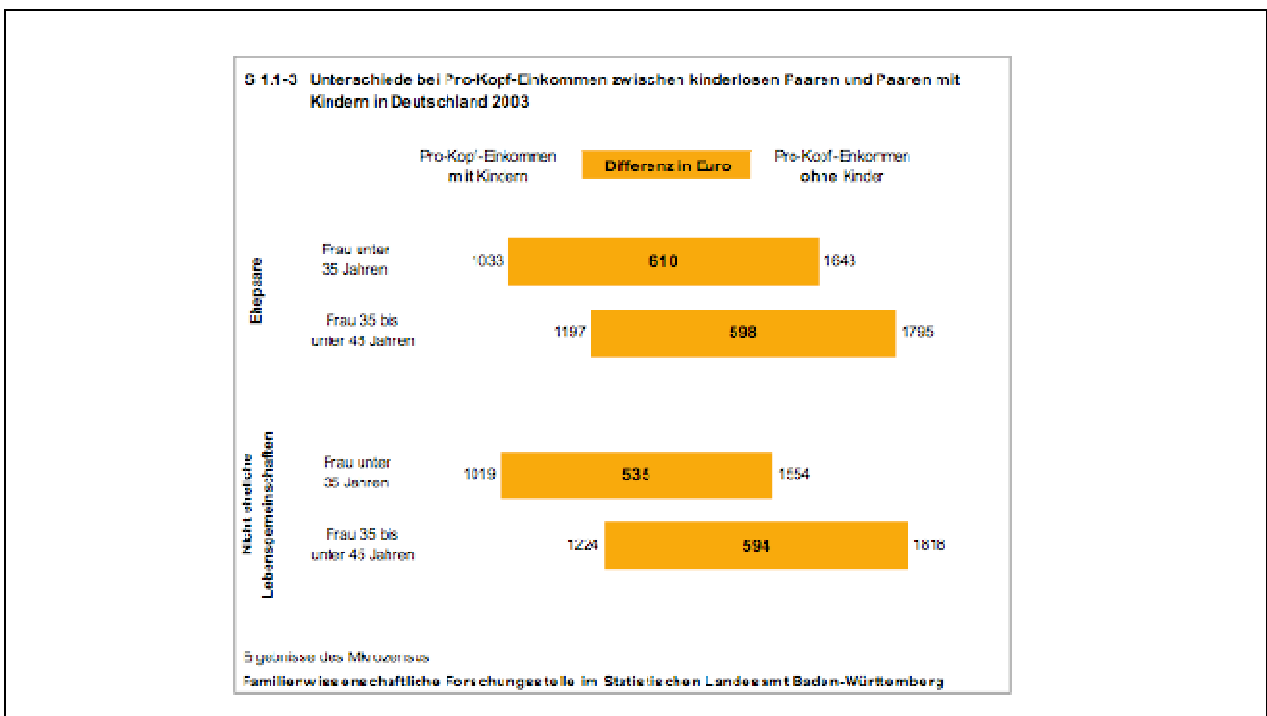
Mit aller Zurückhaltung lässt sich die These formulieren, dass in den sechziger Jahren zwischen Ausbildung, beruflicher Selbstständigkeit, angemessener Einkommenserwartung, Familiengründung und der Erziehung kleiner Kinder ein solcher zeitlicher Zusammenhang bestand, dass die Entscheidung für Kinder mit 23 bis 25 Jahren, und dann auch für mehrere Kinder, weder die Kinder noch die Familie in relative Armut stürzte. Es verwundert daher nicht, dass sich die Sozialwissenschaftler, die sich in den fünfziger Jahren mit den Fragen relativer Armut auseinandersetzen, mit den ökonomischen Problemen von allein erziehenden Eltern, vor allem den Kriegerwitwen (Schmucker, 1959, 1954), und von Familien befassten, bei denen die Eltern nicht über die Fachqualifikationen verfügten, die für entsprechende Berufe erforderlich waren.

Diese Zusammenhänge müssen deswegen wieder dargestellt werden, weil die aktuelle, sehr undifferenzierte Diskussion über die relative Armut von Kindern in Deutschland übersieht, dass diese Armut wesentlich auf das unterschiedliche Lebensalter der Eltern und ihre familiären Lebensformen zurückzuführen ist. Denn zwischen früher Familiengründung, eigentlich wünschenswert aus einer medizinisch-biologischen Sicht, und der Möglichkeit, sich in der Wissensgesellschaft beruflich zu etablieren, besteht heute ein fast unüberbrückbarer Gegensatz. Denn die Berufe mit den größten Gewinnerwartungen weisen lange Ausbildungszeiten auf und erwarten von den jungen Erwachsenen eine hohe Flexibilität im Übergang von der Ausbildung zum Beruf in Form von Projektstellen. Eine berufliche Etablierung ist meist erst in einem Alter möglich, in dem

die meisten jungen Frauen, die sich für mehr als ein Kind entschieden haben, schon ihr drittes oder viertes Kind zur Welt gebracht haben.

Nach den empirischen Ergebnissen von Bernd Eggen für die ökonomische Situation von Familien (Eggen, 2006), ist zunächst einfach festzustellen, dass junge Familien in West- wie Ostdeutschland, wenn die Mutter jünger als 35 Jahre alt ist, immer über ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen verfügen als Familien, wo die Mütter zwischen 35 und 45 Jahren oder noch älter sind.

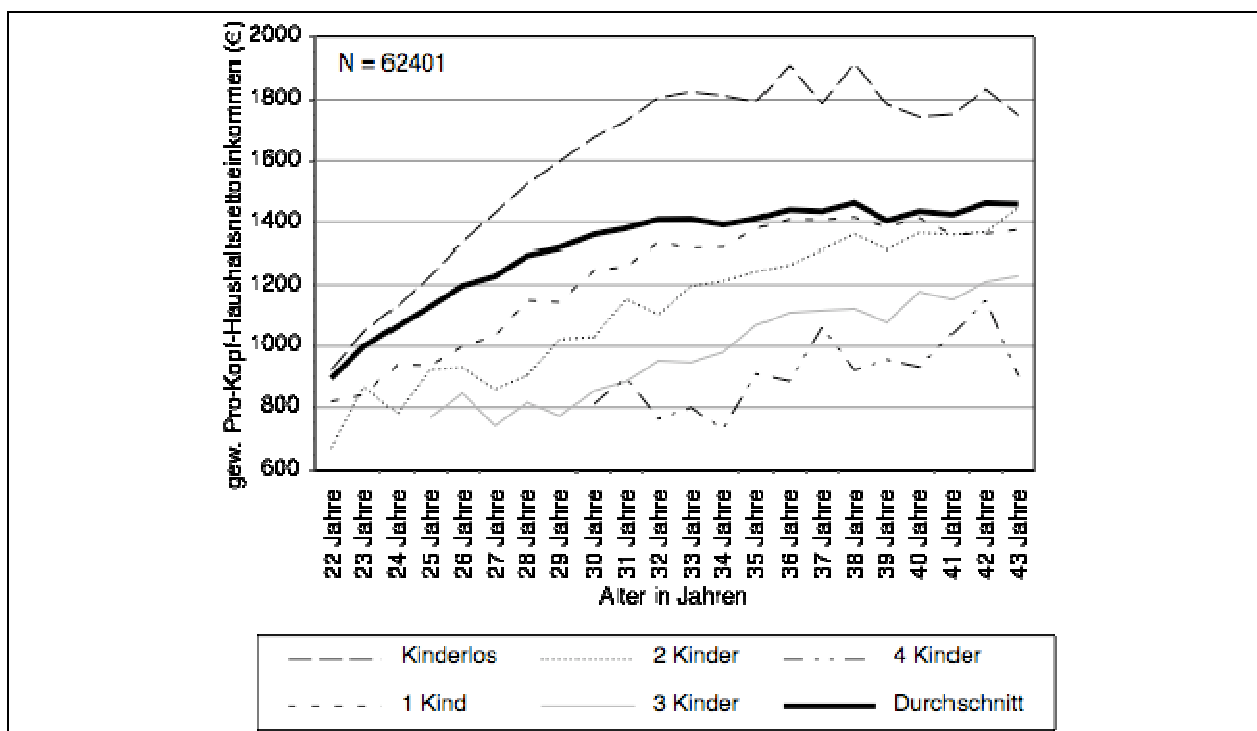
Abbildung 17: Pro-Kopf-Einkommen von Familien, je nach Alter der Mutter



Quelle: Eggen 2006

Das hier aufscheinende ökonomische Dilemma reflektiert die Tatsache, dass zwischen Familiengründung und der Erziehung von kleinen Kindern auf der einen Seite und den Erwartungen und Möglichkeiten, beruflich erfolgreich zu handeln, auf der anderen Seite heute kein Zusammenhang mehr besteht. Der Zusammenhang zwischen dem Lebensalter der Eltern und dem zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen der Familie führt notwendigerweise dazu, dass vor allem sehr kleine Kinder in Haushalten mit einem sehr geringen Pro-Kopf-Einkommen aufwachsen, während sich in den späteren Lebensjahren die ökonomische Situation derselben Kinder besser darstellt.

Abbildung 18: Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im Altersverlauf von Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren sind⁸



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Nach den Daten dieser Grafik liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf bei einer 21-jährigen Mutter bei etwa 850 Euro, bei einer Mutter mit 53 Jahren im Durchschnitt bei 1400 Euro. Eine Mutter mit drei Kindern verfügt als Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf aber auch noch mit 30 Jahren nur über 800 Euro; das steigt mit 35 Jahren auf 1000 Euro, um mit 43 Jahren bei etwa 1200 Euro pro Kopf zu liegen.

Demgegenüber liegt das Pro-Kopf-Einkommen einer kinderlosen Frau in jungen Jahren ähnlich niedrig wie bei einer Mutter bei etwa 800 Euro, steigt aber mit etwa 30 Jahren bereits auf 1800 Euro netto und verändert sich dann kaum noch. Da es sich hier um die gewichteten, entsprechend der neuen OECD-Skala berechneten Nettoeinkommen pro Kopf der Haushalte handelt, geben diese Differenzen recht gut die unterschiedliche sozioökonomische Situation von Familien wieder. Eine Familie mit drei Kindern, deren Mutter 30 Jahre alt ist, hat pro Kopf ungefähr die Hälfte zur Verfügung von dem, was eine junge Frau im gleichen Alter zur Verfügung hat, wenn sie mit einem Partner ohne Kinder lebt.

⁸ Anmerkung: Aufgrund geringer Fallzahlen werden die Werte von Frauen mit 3 Kindern erst ab dem 25. und für Frauen mit 4 und mehr Kindern erst ab dem 30. Lebensjahr abgebildet.

* Gewichtet nach der neuen OECD-Skala: Die 1. Person hat ein Bedarfsgewicht von 1, weitere Personen über 15 Jahre ein Gewicht von 0,5 und Personen unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen beinhaltet sowohl staatliche Transferleistungen als auch private Unterstützung durch Verwandte.

** Die Kinderzahl umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1961 bis 1981 geborenen Frauen.

Diese erhebliche Einkommensdifferenz in derselben Altersgruppe der jungen Frauen, die sich möglicherweise auch als Freundinnen kennen, macht den Entschluss, sich mit 30 oder 35 Jahren für Kinder zu entscheiden, nicht nur zu einer persönlichen Herausforderung, die viele andere Bereiche der eigenen Lebensbalance, wie die beruflichen Perspektiven, infrage stellt. Ein solcher Entschluss ist unter einer ökonomischen Perspektive nur dann plausibel, wenn der eigene Lebensstandard und die eigenen beruflichen Perspektiven dem oder der Einzelnen wenig bedeuten, jedoch Kinder demgegenüber sehr viel. Selbst wenn man nicht die Situation der jungen Mutter mit drei Kindern als Vergleich heranzieht, sondern eine junge Mutter mit einem Kind, sind etwa 1200 Euro Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf gegenüber 1700 bis 1800 Euro noch immer eine erhebliche Differenz, die auch subjektiv zu akzeptieren ist, weil davon auszugehen ist, dass sich diese Differenz auch auf Dauer nicht schließen lässt.

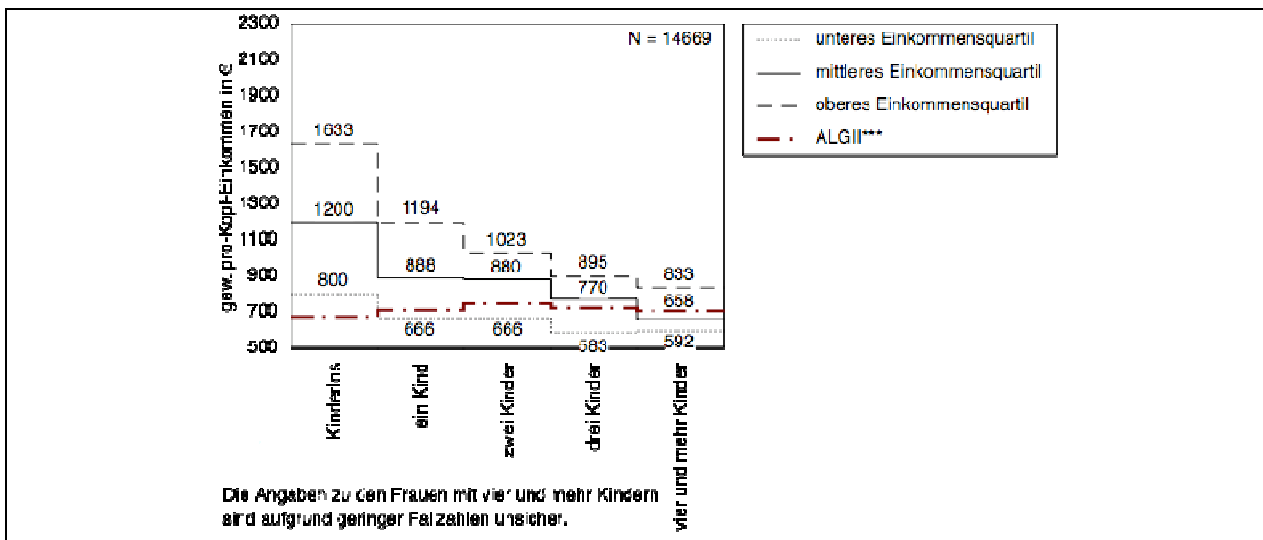
Aus diesen Daten wird allerdings auch deutlich, warum das einkommensabhängige Elterngeld, zumindest für die jungen Familien mit zwei erwerbstätigen Partnern, möglicherweise eine wichtige Grundlage bei der Entscheidung für Kinder sein kann. Denn auch wenn Eltern unter einer ökonomischen Perspektive bereit sind, auf einen durchschnittlichen Geldbetrag von 400 bis 600 Euro zu verzichten, wenn sie sich für Kinder entscheiden, muss doch realistisch gesehen werden, dass junge Erwachsene, genauso wie ältere Erwachsene, auch die ökonomischen Aspekte mit bedenken, wenn sie sich auf zusätzliche Herausforderungen einlassen, und zwar sowohl für sich selbst, wie aber auch darüber, ob sie dies auch gegenüber ihren zukünftigen Kindern verantworten können.

Wenn man alle Frauen, die zwischen 1961 und 1981 geboren wurden, betrachtet und zunächst nicht nach ihrem Alter differenziert, sondern das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) dieser Gruppe, differenziert nach Einkommensquartilen, in Abhängigkeit von der Kinderzahl analysiert, stellt man mit Erschrecken fest, dass in dieser ganzen Altersgruppe eine Familie mit vier Kindern, wenn das Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf dem untersten Einkommensquartil entspricht, auf ein Einkommen unterhalb der Basis von ALG II kommt. Auch in einer Familie mit drei Kindern liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf von 711 Euro gerade auf dem Niveau von ALG II. Demgegenüber liegt eine kinderlose Frau mit dem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) von 1000 Euro etwa 300 Euro über dem ALG II-Satz. In der hier untersuchten Altersgruppe erzielt ein Viertel der Haushalte mit drei und mehr Kindern ein geringeres Einkommen, als es auf der Basis von ALG II als angemessen betrachtet wird.

An diesen Beispielen wird aber auch deutlich, dass die ökonomisch prekäre Situation von Familien mit mehreren Kindern allein durch eine Lohnpolitik kaum verbessert werden kann. Denn heute sind die Löhne Individualverdienste und nicht mehr wie in der Industriegesellschaft Familienlöhne. Eine generelle Erhöhung der Löhne verbessert zwar das allgemeine Einkommensniveau, nicht aber das von Familien, wie aus

diesem Schaubild und auch aus den nachfolgenden Grafiken hervorgeht. Denn die Einkommensdifferenzen zwischen Familien mit mehreren Kindern und jenen mit einem Kind und noch eindeutiger zu den Haushalten ohne Kinder sind so groß, dass eine Lohnpolitik diese Differenzen nicht ausgleichen kann. Daraus wird aber auch deutlich, dass der als ein wichtiges familienpolitisches Ziel immer wieder genannte Nachteilsausgleich zwischen Familien mit mehreren Kindern und denjenigen mit wenigen oder keinen Kindern in Deutschland nicht funktioniert.

Abbildung 19: Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf von Frauen, die zwischen 1975 bis 1981 geboren sind⁹



Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die jüngste Gruppe der hier untersuchten Frauen, die zwischen 1965 und 1981 geboren sind, in ihrem Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf vergleicht. Denn nach dieser Grafik verfügen alle jungen Frauen dieser Altersgruppe mit Kindern ausnahmslos über ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf, als ihnen auf der Basis von ALG II (Berechnungen siehe Anhang) zustünde. Der Vergleich mit den Kinderlosen in der gleichen Einkommensgruppe zeigt, dass bei den Kinderlosen im untersten Einkommensquartil die Differenz zwischen dem ALG II-Betrag und dem tatsächlich erzielten Nettoeinkommen immerhin noch etwa 150 Euro zugunsten des Einkommens ausmacht. Dagegen beträgt die negative Einkommensdifferenz für die Mütter in dieser Altersgruppe bei drei Kindern, was in diesem Alter sicherlich eher selten ist, auch fast 150 Euro. Man mag unterschiedlich zu diesen Zahlen stehen, und möglicherweise stellt sich die Situation auch nach den jüngeren Daten als nicht so dramatisch dar, wie

⁹ * Gewichtet nach der neuen OECD-Skala: Die 1. Person hat ein Bedarfsgewicht von 1, weitere Personen über 15 Jahre ein Gewicht von 0,5 und Personen unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen beinhaltet sowohl staatliche Transferleistungen als auch private Unterstützung durch Verwandte.

** Die Kinderzahl umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der 1975 bis 1981 geborenen Frauen.

*** Das gewichtete pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen nach ALG II basiert auf eigenen Modellrechnungen siehe Anhang.

es hier skizziert wurde. In der Tendenz ist jedoch durchaus die Aussage zu formulieren, dass die bisherige finanzielle Unterstützung von Familien, insbesondere für die Mehrkinderfamilien bei Müttern in einem jüngeren Lebensalter, nämlich zwischen 23 und 29 Jahren, nicht dazu beitragen konnte, den Nachteilsausgleich zwischen denjenigen, die sich aus persönlichen Erwägungen nicht für Kinder entschieden haben, und denjenigen, die sich aus ebenso persönlichen Erwägungen für Kinder entschieden haben, herbeizuführen.

Nun lässt sich mit einer Reihe von Gründen durchaus die Frage stellen, ob ein solcher Nachteilsausgleich wirklich erforderlich ist. Schließlich handelt es sich hier um private Lebensentscheidungen, die den Staat und die Politik nichts angehen, weil dies eine Entscheidung eines Paares ist, die über ihre Option für Kinder ihre eigene Lebensperspektive definieren. Aber selbst wenn man diesen Nachteilsausgleich nicht als ein politisches Argument akzeptiert, aber akzeptiert, dass die Menschen in einer demokratischen Gesellschaft unabhängig von Staat und Gesellschaft für sich selbst privat entscheiden dürfen, ob sie Kinder haben, wann sie Kinder haben und wie viele Kinder sie haben, so stellt sich natürlich aus der Sicht der Kinder die Frage, ob eine Gesellschaft es für richtig hält, dass die Kinder von Müttern zwischen 23 und 29 Jahren, die als volljährig Erwachsene über alle staatsbürgerlichen Rechte verfügen, aber durch ihre Entscheidung, ihre Kinder früher zu bekommen als andere, nicht über die gleichen Qualifikationen und den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt verfügen wie andere Eltern, deswegen auf einen Lebensstandard verzichten müssen, den die Gesellschaft und die Politik für Erwachsene als Existenzminimum bezeichnet.

Dies ist eine politische Frage, die hier nicht abschließend behandelt werden kann. Sofern eine Gesellschaft aber davon ausgeht, dass die Teilhabe eines Kindes an der gesellschaftlichen Entwicklung nur dann angemessen gesichert ist, wenn die Familie über ein soziokulturelles Existenzminimum verfügt, wie es inzwischen das ALG II definiert, dann muss hier auch festgehalten werden, dass diese Kinder zumindest die gleichen Rechte haben wie kinderlose Erwachsene, denen Politik und Gesellschaft dieses Existenzminimum zugestehen.

Das hier skizzierte Dilemma ist nicht durch das gleichmäßige Anheben des Kindergelds für alle Kinder zu lösen, denn die hier analysierten Einkommensunterschiede wurden jeweils unter Einbeziehung aller staatlichen Leistungen berechnet. Dass das Kindergeld in seiner gegenwärtigen Konstruktion diese Einkommensdifferenzen zwischen den Familien nicht auflösen kann, wird auch dann deutlich, wenn man die entsprechenden Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen in Abhängigkeit vom Alter der Kinder und der Zahl der Kinder berechnet wie in Grafik 9 "Der relative Anteil von Kindern zwischen 0 und 14 Jahren an unterschiedlichen Geschwisterkonstellationen, alte Bundesländer". Eine Familie mit vier Kindern, unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes, hat ein um 300 Euro geringeres Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) als Einkind- oder Zweikinderfamilien. Offenkundig besteht, zumindest im Durchschnitt, bei Familien mit einem oder zwei Kindern eine viel bessere ökonomische

Situation als bei den Familien mit drei und vier Kindern. Die Differenz zu einer Familie mit drei Kindern mit einem Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) von 1050 Euro und zu einer Familie mit vier Kindern mit einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf), das noch einmal etwa 150 bis 200 Euro darunter liegt, kann ein gleichmäßig angepasstes Kindergeld nicht ausgleichen.

Die Zahlen der vergleichbaren Grafik für die neuen Bundesländer sind in Bezug auf Familien mit drei und mehr Geschwistern mit Vorsicht zu interpretieren, weil es in Ostdeutschland solche Familienformen nur noch selten gibt. Aber auch bei einem insgesamt geringerem Pro-Kopf-Einkommen lässt sich generell die Aussage aus Westdeutschland wiederholen: Familien mit einem oder zwei Kindern kommen im Durchschnitt auch in den neuen Bundesländern auf ein um etwa 200 Euro höheres Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) als Familien mit drei und mehr Kindern.

Mit dem ALG II-Niveau als Maßstab lässt sich dieser Effekt der Haushaltseinkommen je nach Familientyp mit unterschiedlicher Kinderzahl noch einmal veranschaulichen. Nach Grafik 19 "relative Einkommen von Frauen die zwischen 1961 und 1981 geboren wurden" ist der Anteil der Familien, deren gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen in der gesamten hier untersuchten Altersgruppe unterhalb von ALG II liegt, mit etwa 15 Prozent relativ konstant. Erst bei den Familien mit drei und vier Kindern steigt dieser Anteil auf 25 beziehungsweise 38 Prozent an.

Zunächst ist nur festzuhalten, dass die bisherigen finanziellen Transferleistungen für Familien offenkundig weder die ökonomischen Differenzen von Familien mit Kindern zu denjenigen ohne Kinder angemessen verringern konnten, noch aber, und das scheint gegenwärtig gravierender zu sein, die unterschiedlichen finanziellen Belastungen einzelner familiärer Konstellationen je nach Kinderzahl und je nach Lebensalter der Mütter in angemessener Weise berücksichtigen.

Tabelle 1: Hochgerechnete Zahl von Kindern

Personen, die in Haushalten mit Kindern leben (inklusive der Kinder selbst)		Personen, die in Haushalten mit Kindern unter 18 leben (inklusive der Kinder selbst)	
N	304.266	Hochgerechnet (0,7% der Gesamtbev.) N	43.466.571
		N	230.486.00
		Hochgerechnet (0,7% der Gesamtbev.)	32.926.571
Familien mit Kindern im TH*		Familien mit Kindern unter 18 Jahren im HH	
N	89.122	Hochgerechnet (0,7% der Gesamtbev.) N	12.731.714
		N	64.305
		Hochgerechnet (0,7% der Gesamtbev.)	9.186.429

Quelle: MZ 2004 (SUF), eigene Berechnungen

Daher ist das Ergebnis nicht erstaunlich, dass bei Hochrechnung dieser Zahlen auf die betroffenen Kinder, von den 13 Millionen Kindern, die bei Müttern aufwachsen, die zwischen 1961 und 1981 geboren wurden, 2,4 Millionen Kinder unterhalb von ALG II leben. Das sind, wie aus den vorhergehenden Ergebnissen schon abzuleiten war, rund eine Million Kinder mit zwei oder drei Geschwistern und rund 1,4 Millionen Kinder, die ohne oder mit einem Geschwister aufwachsen.

Dabei muss aber auch beachtet werden, dass diese Zahl von 2,4 Millionen Kindern, die nach diesen Berechnungen von ALG II zuzuordnen sind, um eine Million höher ausfällt, als es die internationale Forschung auf der Basis der OECD-Skalen als relative Kinderarmut berechnet. Legt man die Daten von UNICEF zu Grunde, müssen diese Ergebnisse zumindest im internationalen Kontext noch einmal sorgfältig diskutiert werden, weil sich die jetzt im deutschen Kontext auf der Basis von ALG II berechneten Zahlen, die den meisten jüngst publizierten Kinderstudien zugrunde liegen, international nicht vergleichen lassen (UNICEF, 2005; Bertram 2007). Es lässt sich sehr genau zeigen, dass mit dem Maßstab von ALG II die Rückkehr zur alten OECD-Skala aus den achtziger Jahren vollzogen wurde, deren Gewichtungsfaktoren viel höher waren als bei der neuen OECD-Skala, womit auch damals die relative Armut von Familien mit Kindern viel höher gewichtet wurde.

Die internationale Forschung tendiert heute dazu, den Skalenvorteil, den man beim Zusammenleben in einem größeren Haushalt mit einer Familie hat, höher einzuschätzen als in der alten OECD-Skala. Wurde ein Kind in der alten Skala mit 0,5 gewichtet, ist das heute nur noch 0,3, wenn es unter 15 Jahre alt ist. Es ist wichtig, auf diese Berechnungsunterschiede hinzuweisen, nicht um die prekäre ökonomische Situation, wie sie aufgezeigt wurde, zu beschönigen, sondern um zwei Konsequenzen daraus abzuleiten. Bei weiteren internationalen Vergleichen werden Deutschland und die deutschen Forscher gezwungen sein, sich diesen internationalen Standards anzupassen, weil es auch wissenschaftlich-empirische Begründungen dafür gibt, wie die Skalenvorteile des Haushaltes anders zu berechnen sind (Rainwater, 2003). Doch selbst bei der Berechnung auf der Basis internationaler Skalen, wie es hier zuerst gemacht wurde, bleibt die erhebliche Differenz zwischen den Kinderlosen und den Familien mit Kindern bestehen, mit noch einmal einer besonderen Differenz zwischen Familien mit drei und mehr Kindern und Familien mit einem oder zwei Kindern.

Als eine erste vorläufige Handlungsempfehlung aus diesen Ergebnissen lässt sich ableiten, dass die Bündelung ökonomischer Transferleistungen für Familien, und insbesondere für Familien mit drei und vier Kindern, die Benachteiligung von Kindern unverhältnismäßig viel effektiver bekämpft als ein genereller Nachteilsausgleich zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen. Beim internationalen Vergleich wird aufgezeigt, dass das französische Modell der Unterstützung von Familien genau dieser Logik folgt.

Aber es dürfte aus der gegenwärtigen Analyse auch klar geworden sein, dass sich der ökonomische Transfer für Familien nicht notwendigerweise an nur einem Familientypus festmachen darf, weil das Lebensalter der Mutter eine mindestens ebenso entscheidende und wichtige Variable ist wie die Größe der Familie. Denn die ökonomischen Schwierigkeiten von Familien mit jungen Müttern sind besonders groß. Dabei ist noch einmal zu betonen, dass es sich hier nicht um Teenager, sondern um junge Frauen von 23 bis 30 Jahren handelt. Das ist insoweit bemerkenswert, weil auch andere Länder, etwa Schweden (Trost 1989), solche ökonomischen Probleme kennen, diese aber viel eher in Nordeuropa bei den häufigeren Teenagerschwangerschaften bestehen. Die Besonderheit in Deutschland liegt vor allem darin, dass diese ökonomische Deprivation in einem Alter auftritt, in dem sich diese jungen Frauen unter einer medizinisch-biologischen Perspektive genau im richtigen Alter für die Geburt eines Kindes befinden. Krasser kann das Missverhältnis zwischen ökonomischen Transferleistungen, Nachteilsausgleich für Familien und der natürlichen Entwicklung für Mütter und Kinder nicht ausfallen.

9. Das dreifache demographische Dilemma

Beim Versuch, aus den bisherigen empirischen Ergebnissen jene Faktoren zu benennen, die den jungen Erwachsenen in Deutschland heute die Entscheidung für Partnerschaft und Kinder besonders schwer machen, lassen sich bei der Gesamtanalyse der hier diskutierten Faktoren drei Grundwidersprüche identifizieren (Tab. 33 im Anhang).

Die geringste Kinderzahl in den alten Bundesländern ist sowohl bei den jüngeren Frauen zwischen 23 und 29 Jahren, bei den 30- bis 36-jährigen wie bei den 37- bis 43-jährigen Frauen festzustellen, wenn sie voll erwerbstätig und nicht verheiratet sind. Die durchschnittliche Kinderzahl beträgt in dieser Gruppe bei den 37- bis 43-jährigen Frauen 0,28 Kinder, und die jüngste Gruppe ist mit 0,06 Kindern so gut wie kinderlos. Von den unverheirateten erwerbstätigen Frauen in den neuen Bundesländern haben die 37- bis 43-jährigen Frauen mit 0,8 Kindern nur unwesentlich mehr Kinder; auch für die jüngste Altersgruppe gilt in den neuen Bundesländern mit 0,25 Kindern, dass in dieser Lebensform in West- wie in Ostdeutschland Kinder eher selten geboren werden. Die wenigen Kinder in dieser Lebensform sind aber nicht, wie man meinen könnte, allein auf die volle Erwerbsbeteiligung zurückzuführen, denn voll erwerbstätige Frauen, die schon lange, nämlich mehr als 14 Jahre, verheiratet sind, haben 1,36 Kinder. Diese Zahl kann allerdings die hohe Kinderlosigkeit der voll erwerbstätigen unverheirateten Frauen nicht ausgleichen.

Offensichtlich gibt es einen Interaktionseffekt zwischen Vollerwerbstätigkeit und Verheiratung. Wenn eine Frau sich voll dem Beruf widmet und gleichzeitig in einer aus eigener Sicht auf Dauer angelegten langen Partnerschaft lebt, dann ist die Entscheidung für Kinder offenbar leichter möglich als ohne eine auf Dauer angelegte Partnerschaft. Ein ähnlicher Interaktionseffekt zwischen Kindern und dauerhafter Partnerschaft zeigt sich auch bei den nicht erwerbstätigen Frauen. Die Lebensform mit langer Ehedauer, nämlich mehr als 12 Jahren, und der Entscheidung, als Hausfrau und Mutter zu leben, führt mit 2,2 Kindern zu dem demographisch notwendigen Reproduktionsniveau. Aber auch hier wird bei Teilzeittätigkeit, aber ähnlich langer Ehedauer, eine relativ hohe Reproduktionsrate von immerhin 1,8 Kindern pro Frau erreicht.

Auch wenn heute in der Öffentlichkeit die Bedeutung der Ehe kritisch diskutiert wird und dabei vor allem die ökonomischen Aspekte des Ehegattensplittings im Vordergrund stehen, ist zumindest aus Sicht derjenigen, die sich für Kinder entscheiden, festzustellen, dass die Ehe noch eine überragende Bedeutung hat. Auch bei internationalen Vergleichsuntersuchungen ist immer wieder hervorzuheben, dass die Entscheidung für Kinder auch davon abhängt, dass die eigenen Einstellungen in Bezug auf Kinder vom Partner oder der Partnerin geteilt werden und dass beide Partnerschaft und Kinder als eine auf Dauer angelegte gemeinsame Lebensperspektive begreifen. Auch bei der Analyse der anderen Lebensformen im Zusammenhang von Arbeit und Einkommen

spielt die Dauer der Ehe eine relativ große Rolle in Bezug auf die Zahl der Kinder. Ist man unverheiratet und verfügt über ein geringes Haushaltsnettoeinkommen, ist die Kinderzahl relativ klein. In der gleichen ökonomischen Situation steigt die Kinderzahl bei verheirateten Paaren bei den 37- bis 43-jährigen Frauen von 0,5 auf 1,36 Kinder. Diese wenigen Zahlen machen auch deutlich, dass nicht die ökonomische Förderung der Ehe die Eheschließung beeinflusst, sondern viel mehr die gemeinsame Lebensvorstellung eines Paares, sich für Kinder zu entscheiden. Denn unabhängig von der Höhe des Einkommens haben diejenigen, die verheiratet sind, viel mehr Kinder als die Nicht-Verheirateten.

Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit ist festzuhalten, dass die Vollerwerbstätigkeit in allen Altersgruppen, und zwar sowohl bei den jungen Frauen, die am Beginn ihrer Reproduktionsphase stehen, wie auch bei den Frauen am Ende der Reproduktionsphase immer dann einen negativen Effekt auf die Kinderzahl hat, wenn die Frauen nicht verheiratet sind. Hingegen führt eine längere Ehe zu einer deutlich höheren Kinderzahl als bei den Unverheirateten, aber wiederum zu einer deutlich niedrigeren Kinderzahl als bei den verheirateten Frauen, die entweder teilzeittätig oder nicht erwerbstätig sind.

Bei der Entscheidung für Kinder sind offenbar Einkommensüberlegungen nicht als Faktoren zu betrachten, die wichtiger sind als andere Faktoren, denn es gibt keinen systematischen Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe, und zwar hinsichtlich des erzielten Haushaltsnettoeinkommens, und der Kinderzahl. Vielmehr scheint die Entscheidung, in einer bestimmten Lebensform zu leben und mehr als ein Kind aufzuziehen, schon sehr früh im Leben zu fallen, unabhängig von der Höhe des tatsächlichen gegenwärtigen Einkommens. Denn auch schon die jungen Frauen, die mit 23 bis 29 Jahren mindestens sechs Jahre in einer Ehe leben, haben, wenn sie nicht erwerbstätig sind, 1,8 Kinder und die Frauen der gleichen Altersgruppe, die Teilzeit berufstätig sind, 1,6 Kinder. Ähnliches gilt in derselben Konstellation für die Frauen in der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 36 Jahren, die mit 2,1 und 1,38 Kindern pro Frau überdurchschnittliche Kinderzahlen haben.

Aus dieser eher knappen Zusammenfassung lassen sich nun die demographischen Prämissen für eine moderne Familienpolitik relativ einfach ableiten. Die Daten legen den Schluss nahe, dass die Entscheidung für eine größere Familie in einer Partnerschaft schon früh fällt und dann vermutlich die dafür geeignete Lebensform gewählt wird, die dazu führt, dass die Fürsorge für Kinder und die Familie als wichtiger eingestuft werden als ein volles berufliches Engagement. Diese Aussage entspricht in hohem Maß unseren früheren Ergebnissen der Analyse unterschiedlicher Präferenzen für Beruf und Familie, dass nämlich eine Gruppe von Frauen, etwa 15 Prozent, diese Lebensform für sich persönlich allen anderen Lebensformen vorzog (Bertram et al., 2005).

Auch die etwas geringeren Kinderzahlen derjenigen, die sich für eine Teilzeittätigkeit im Kontext einer gleichzeitigen längeren Partnerschaft für wesentlich mehr Kinder entscheiden als jene, die voll erwerbstätig

und unverheiratet sind, entspricht dem Präferenzmodell von Catherine Hakim, die darauf hingewiesen hat, dass etwa 70 Prozent der Frauen Beruf und Familie in gleicher Weise miteinander in Beziehung setzen wollen (Hakim, 2003).

Diejenigen, die sich voll für den Beruf entscheiden und es gleichzeitig aber vorziehen, nicht zu heiraten, entscheiden sich auch eher gegen Kinder. Sie entsprechen damit dem Präferenzmodell, das etwa 15 Prozent der Frauen als dominant berufsorientiert einschätzt. Allerdings führen die hier zusammengetragenen Ergebnisse über dieses Präferenzmodell hinaus, weil sie deutlich machen, dass Ehe und Partnerschaft eine ganz überragende Bedeutung bei der Entscheidung für Kinder haben. Offenkundig kommt es nicht nur darauf an, dass bestimmte Präferenzen vorhanden sind, sondern es braucht offenkundig auch einen bestimmten Kontext zur Umsetzung, nämlich einen Partner, mit dem gemeinsam eine bestimmte Lebensform mit Kindern für sich selbst entwickelt und dann auch versucht wird, so zu leben.

Die ökonomischen Konsequenzen dieser Entscheidung (vgl. Tabelle im Anhang) sind allerdings sehr schmerzhaft. Schon im letzten Abschnitt wurde gezeigt, dass die Entscheidung für Kinder, insbesondere für mehr als zwei Kinder, vor allem die jungen Familien unter das Existenzminimum drückt, weil offenkundig ihre ökonomische Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, dieser größeren Kinderzahl tatsächlich auch in angemessener Weise das soziokulturelle Existenzminimum zur Verfügung zu stellen. Da die Entscheidung für mehrere Kinder offenkundig sehr früh fällt, bedeutet das für diese jungen Frauen, die sich für mehrere Kinder entscheiden, eine erhebliche Benachteiligung nicht nur gegenüber den Männern, sondern eben auch gegenüber jenen Frauen, die sich nicht für mehrere Kinder entscheiden, hinsichtlich ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Nun wird häufig argumentiert, dies sei eine freie und persönliche Entscheidung dieser jungen Erwachsenen, die sie nun auch selbst tragen müssten. So richtig diese Auffassung in Bezug auf den Entscheidungsprozess ist, so deutlich muss jedoch schon die Frage gestellt werden, ob die jungen Frauen, die sich für mehrere Kinder entscheiden und dies auch bereits mit 23 bis 25 Jahren tun, für die ganze weitere Perspektive eines sehr langen Lebens, das viel länger dauert als das Leben der eigenen Mütter, einzig auf die Perspektive der Mutterrolle zurückgeworfen werden können.

Schon der Siebte Familienbericht hat betont, dass auch bei Familien mit mehreren Kindern die Mutterrolle kein dauerhaftes Lebensmodell in dem Sinne mehr ist, dass die unterschiedlichen Lebensphasen mit unterschiedlichen Aufgaben von Mutter- und Großmuttersein ausgefüllt werden können. Um ein sinnvolles Leben führen zu können, das heute für junge Frauen im Schnitt bis etwa zum 85. oder 86. Lebensjahr dauert, müssen also weitere Ideen entwickelt werden, um diese sehr frühe Mutterschaft in ein langen Lebensverlauf einzubetten, der auch dann,

wenn die Kinder größer sind, eine sinnvolle und erfüllte Lebensperspektive ermöglicht.

Unter einer Gleichstellungsperspektive lässt sich das noch viel härter formulieren. Junge Frauen, die sich gemeinsam mit ihrem Partner für mehrere Kinder entscheiden, nehmen dafür nicht nur erhebliche ökonomische Benachteiligungen in Kauf, sondern diese jungen Frauen müssen dafür auch einen Preis bezahlen, der sie aufgrund der geringeren Qualifikation und des längeren Ausscheidens aus dem Berufsleben auch dann von qualifizierten beruflichen Tätigkeiten und damit einer gesellschaftlich akzeptierten und wichtigen Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung ausschließt, wenn sie selbst auch aus ihrer eigenen Perspektive die Erziehung und die Entwicklung ihrer Kinder so weit gefördert haben, dass diese nun auch zunehmend unabhängig von den eigenen Eltern ihr Leben gestalten können.

Dieser langfristige Ausschluss und die damit verbundene Diskriminierung von Müttern mit mehreren Kindern, die sich in jungen Jahren für Kinder entscheiden, gilt aber eben nicht nur für Mütter mit Kindern mit einer geringen Qualifikation, sondern in gleicher Weise auch für hoch qualifizierte junge Frauen. Denn in der Phase, in der diejenigen, die sich nicht für Kinder entscheiden, ihre Karrierewege entwickeln, investieren diese jungen Frauen ihre Zeit in die Fürsorge ihrer Kinder. In unserer demokratischen Gesellschaft, in der die Entscheidung für Kinder eine private Angelegenheit der Eltern ist, lässt es sich aber nicht hinnehmen, dass ausgerechnet die Frauen, die sich zu einem Zeitpunkt für Kinder entscheiden, der aus medizinischer wie biologischer Sicht eigentlich sinnvoll ist, dafür ihr Leben lang sowohl im Beruf wie aber auch im Rentensystem systematisch benachteiligt werden. Eine nachhaltige Familienpolitik, die die Rahmenbedingungen für Mehrkinderfamilien verbessern will, muss sich eben auch daran messen lassen, ob und inwieweit es ihr gelingt, die Lebensverläufe und Lebensperspektiven auch für Mütter mit mehreren Kindern so attraktiv zu gestalten, dass die oben erwähnten Benachteiligungen nicht so massiert auftreten wie gegenwärtig in Deutschland.

Dieses demographische Dilemma, dass die jungen Frauen, die sich relativ früh in ihrem Leben für mehrere Kinder entscheiden, dann aber ökonomisch, beruflich und in ihrer Alterssicherung gegenüber Männern und Frauen mit einer kontinuierlichen Erwerbsbiografie deutlich benachteiligt sind, führt gleich zum nächsten demographischen Dilemma bei der Förderung von Mehrkinderfamilien. Denn die ökonomische Leistungsfähigkeit junger Paare unter 30 Jahren ist nicht so stark, dass sich die Entscheidung für mehrere Kinder durch die Einkommen des Paares tatsächlich so abdecken lässt, dass die Kinder in diesen Familienkonstellationen nicht signifikant häufiger unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums leben als Kinder in Familien, bei denen sich die Eltern später zur Geburt eines Kindes entscheiden. Unter einer demographischen Perspektive, aber auch unter medizinischen und biologischen Aspekten ist es sinnvoll, sich früher für Kinder zu entscheiden, jedoch unter sozialen, ökonomischen und bildungspolitischen

Gesichtspunkten ist es sinnvoll, die Geburt von Kindern möglichst hinauszuschieben und sich gleichzeitig auch in der Kinderzahl zu begrenzen, weil sich nur auf diese Weise die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen unterschiedlichen Lebensbereiche einigermaßen aufeinander beziehen lassen.

Unter einer gesellschaftspolitischen Perspektive ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland darauf angewiesen, dass die nachwachsende Generation über ein möglichst hohes Bildungsniveau verfügt und damit auch entsprechend lange in ihre Bildung investiert. Lange Bildungsinvestitionen führen notwendigerweise dazu, dass die jungen Erwachsenen dann relativ hoch spezialisiert dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, was wiederum dazu führt, dass es relativ lange dauert, bis eine Passung zwischen dem Profil des jungen Erwachsenen und entsprechenden Positionen in der Berufswelt gefunden werden kann. In Deutschland, und das gilt ebenso für die Bundespolitik wie auch für die Politik der Länder und Kommunen, wurde bisher gehofft, diese Widersprüchlichkeit zwischen den steigenden Erwartungen an das Qualifikationsniveau des Nachwuchses und der wachsenden Zeitknappheit bei der Entscheidung für Kinder würde sich quasi natürlich von selbst erledigen. Dabei sind diese Prozesse aber keinesfalls quasi natürlich, sondern gesellschaftlich und politisch gewollt und auch gesellschaftlich und politisch so organisiert. Die negativen Konsequenzen einer solchen Organisation der Lebensläufe der jungen Erwachsenen werden zwar von Politikern, die die Renten und die Sicherung der sozialen Systeme thematisieren, immer wieder betont, doch nehmen jene Politikfelder, wie die Bildungspolitik oder die Arbeitsmarktpolitik, bisher keinerlei Rücksicht auf diese Entwicklungen, so dass man dieses Dilemma zwischen der demographischen Entwicklung und den Erwartungen an die Qualifikation des Nachwuchses schon als Ergebnis politischen Handelns interpretieren kann.

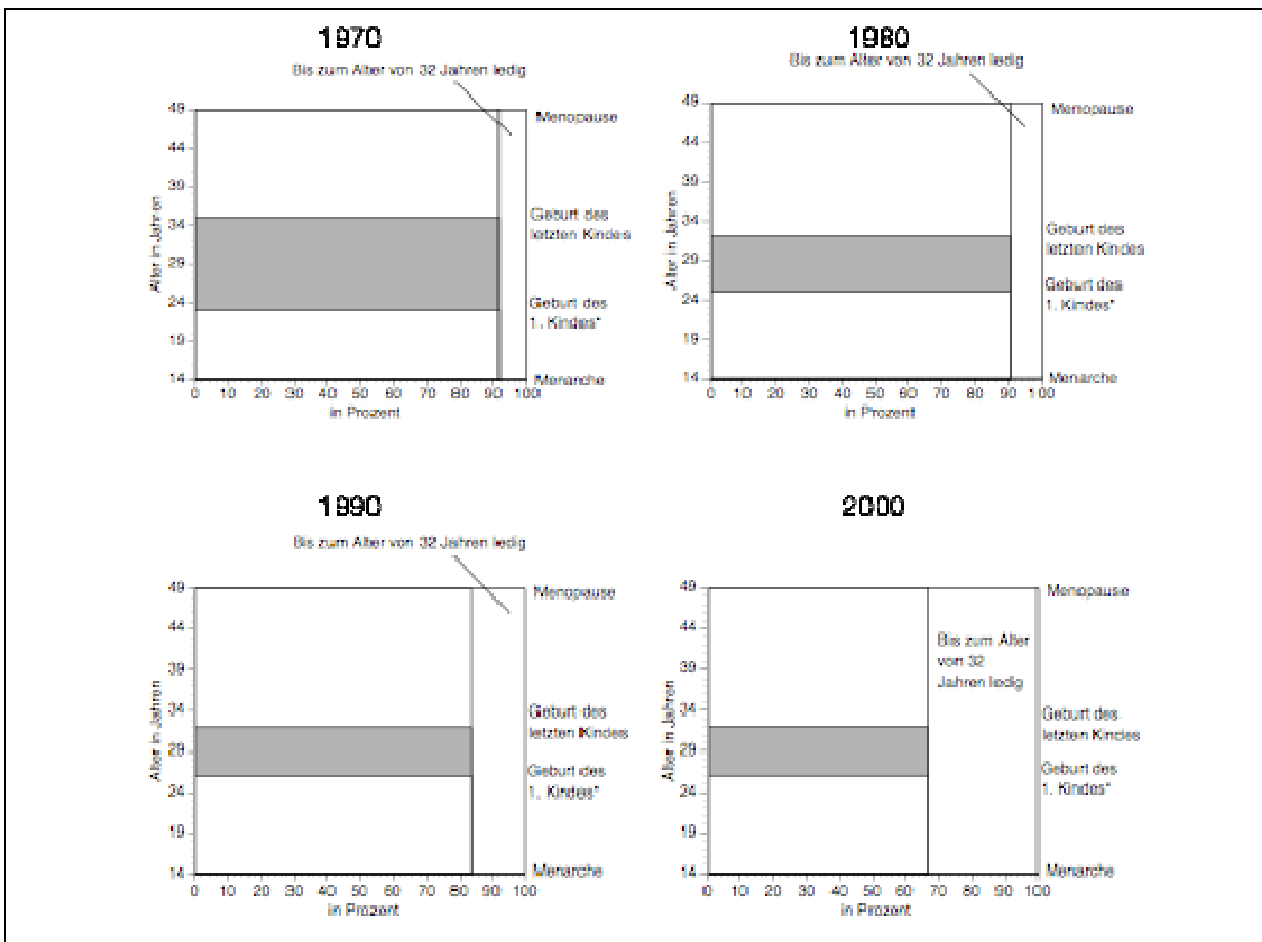
Die mangelnde Berücksichtigung individueller und privater Lebensentscheidungen für Kinder bei der Organisation von Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt und Planung von Karrieren ist im Wesentlichen Ergebnis politischen Handelns. Daher stellt sich auch hier die Frage, ob tatsächlich im Sinn einer nachhaltigen Familienpolitik in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik darüber nachgedacht wurde, ob hier den jungen Erwachsenen die gleichen Entscheidungsgrundlagen und Handlungsmöglichkeiten bei ihrer Entscheidung für Kinder eingeräumt wird wie in der Elterngeneration.

Das dritte demographische Dilemma ergibt sich als Folge der Neuorganisation des Lebensverlaufs junger Erwachsener, von denen nicht nur erwartet wird, sehr viel in ihre Qualifikation zu investieren, sondern eben auch, dass sie diese Qualifikation aus eigenen Mitteln bestreiten, über die sie nicht verfügen, so dass ihnen die Eltern diese Mittel zur Verfügung stellen müssen mit der Konsequenz, dass die ökonomische Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen immer weiter hinausgeschoben wird. Ist diese Selbstständigkeit erreicht, wird von den jungen Erwachsenen erwartet, sich flexibel den Erfordernissen des

Arbeitsmarktes anzupassen und möglichst auf feste Bindungen oder Verpflichtungen gegenüber Kindern zumindest solange zu verzichten, bis sie eine Berufsposition erreicht haben, die solche Bindungsverpflichtungen ermöglicht. Da dies ausgerechnet vor allem in jenen Berufen erwartet wird, die sich in den letzten 20 Jahren als neue und zukunftsorientierte Beruf entwickelt haben, erleben wir gegenwärtig, wie im ersten Kapitel beschrieben, eine zunehmende Kluft zwischen diesen eher modernen Berufen und Berufsbereichen und den eher traditionellen Berufen der Industriegesellschaft, die sich auch als Polarisierung von Lebensbereichen und Lebensentwürfen bezeichnen lässt.

Diese Polarisierungstendenzen führen dazu, dass es zunehmend Berufsbereiche gibt, in denen das Leben mit einem Partner und das Leben mit Kindern zur Ausnahme und damit als etwas Ungewöhnliches betrachtet wird, das nicht zur eigenen Lebensführung gehört. Hier zeigt sich das dritte demographische Dilemma, dass ausgerechnet die gesellschaftlich besonders attraktiven Bereiche zunehmend von Menschen geprägt werden, die diese Form der Fürsorge für andere, der festen Bindungen und auch der damit verbundenen notwendigen Zeit entweder nur noch von den eigenen Eltern kennen oder es als etwas betrachten, das den Erfordernissen des beruflichen Lebenswegs entgegensteht. Unter einer rein demographischen Perspektive lässt sich leicht veranschaulichen, welche Effekte diese Polarisierungsentwicklung auf das Reproduktionsverhalten der Bevölkerung hat.

Abbildung 20: Heiratsmuster und Fertilität deutscher Frauen von 1970 bis 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007; *Statistisches Bundesamt: Geburten in Deutschland S.31, Wiesbaden 2007; eigene Darstellung

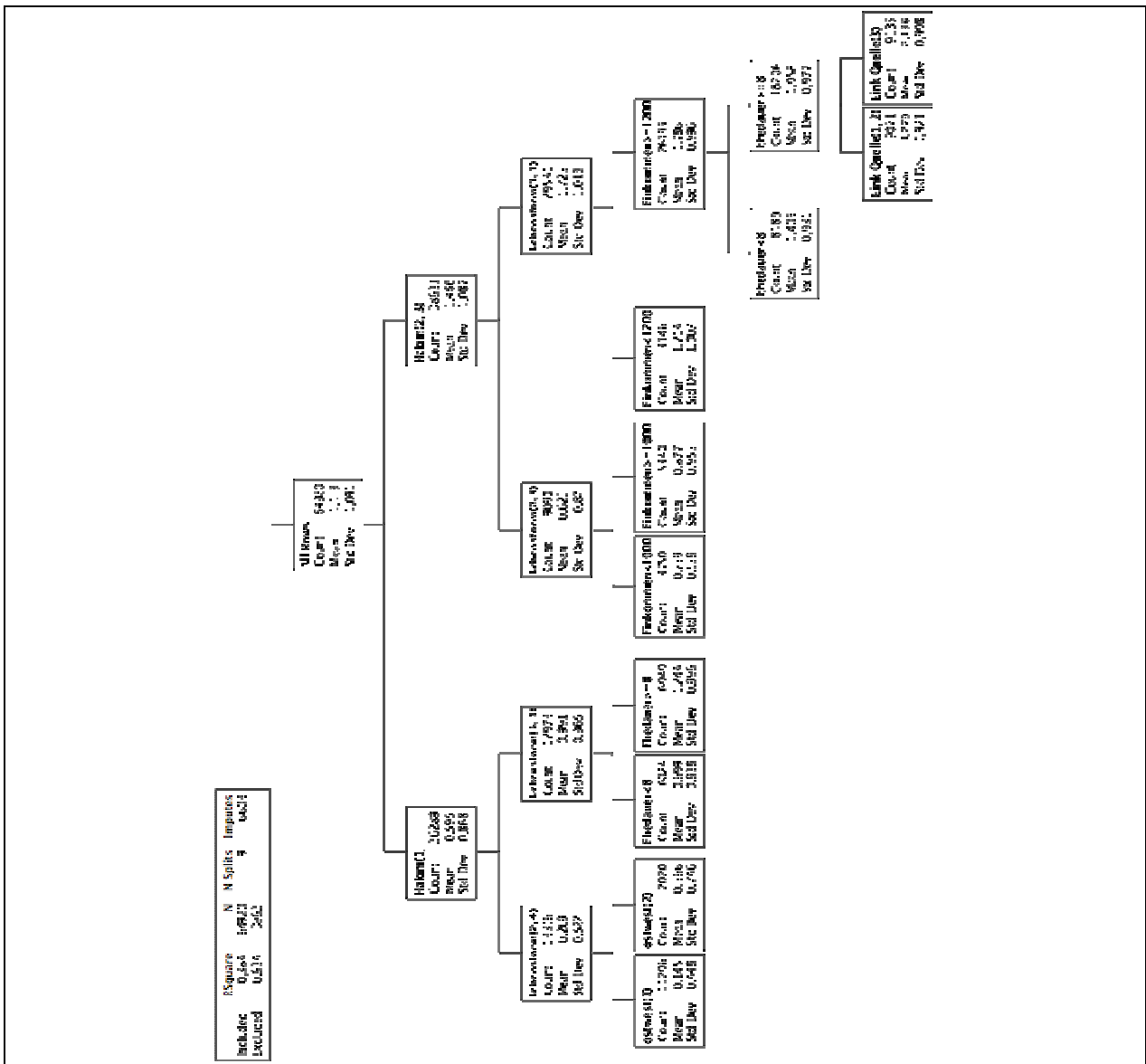
Die drei Diagramme verdeutlichen die drei hier beschriebenen Dilemmata von demographischer Entwicklung und nachhaltiger Familienpolitik. 1970 lag das Erstgeburtsalter weit unter 24 Jahren, die Geburt des letzten Kindes zwischen 34 und 35 Jahren, und die Kinderlosigkeit betrug etwa 10 Prozent. 1990 lagen das Erstgeburtsalter bei etwa 27 Jahren und die Geburt des letzten Kindes bei nur noch 33 Jahren, bei einer Kinderlosigkeit von knapp 20 Prozent. In 2000 betrug das Erstgeburtsalter inzwischen etwa 29 Jahre, die Geburt des letzten Kindes lag bei etwa 33 Jahren und 33 Prozent der Frauen im Alter von 32 Jahren waren noch kinderlos. Dieser Wandel begann Anfang der siebziger Jahre, setzte sich bis 1990 fort und hat sich möglicherweise seitdem noch einmal etwas beschleunigt. Er führt dazu, dass die Chancen, sich in der relativ kurzen Zeit, sich für Kinder zu entscheiden und möglicherweise für mehrere Kinder, notwendigerweise deutlich sinken. Gleichzeitig ließen sich die Chancen, sich überhaupt für Kinder zu entscheiden, bei einer deutlich wachsenden Kinderlosigkeit insbesondere jüngerer Frauen vermutlich dann verbessern, wenn sich ein zunehmender Prozentsatz von Frauen entscheiden würde, ihre Kinder später zu

bekommen. Für Deutschland hat sich diese Hoffnung bisher nicht erfüllt, mit dem hier beschriebenen Ergebnis.

Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist allerdings auch, dass sich diejenigen, die sich in einem Alter für Kinder entscheiden wie schon ihre eigenen Eltern, zunehmend mit der Tatsache konfrontiert sehen, dass sie ein von der Mehrheit ihrer Altersgruppe abweichendes Verhalten zeigen. Solche abweichenden Verhaltensweisen werden in Gesellschaften aber eher weniger toleriert, denn alle sich daraus ergebenden Konsequenzen, wie das geringere Qualifikationsniveau derjenigen, die sich für Kinder entschieden haben, die geringeren Erwerbschancen und die ökonomischen Benachteiligungen auch noch denjenigen selbst zugeschrieben werden, die sich so entschieden haben. Diesen Prozess hat Franz-Xaver Kaufmann schon 1995 beschrieben, als er die strukturelle Rücksichtslosigkeit der modernen Gesellschaften gegenüber Familie und Kindern beschreibt. Wir haben das hier umgedeutet als strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Lebenslaufsentscheidungen junger Erwachsener.

Daraus ergibt sich natürlich die Frage, ob und inwieweit in anderen Ländern, wo solche Prozesse ja in ähnlicher Weise ablaufen, Möglichkeiten und Perspektiven entwickelt wurden, damit konstruktiver umzugehen, als Deutschland das bisher gemacht hat. Ein solcher Vergleich scheint auch deswegen sinnvoll zu sein, weil etwa die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes zumindest die Entscheidungssituation für junge Erwachsene, sich auch in einer Zeit, in der sie ökonomisch noch nicht voll etabliert sind, für Kinder zu entscheiden, erleichtert hat.

Abbildung 21: Lebensformtypen der 1961 bis 1981 geborenen Frauen in Deutschland, 2004¹⁰



Quelle: MZ 2004 (SUF), eigene Berechnungen

10 Hakim: 1=Vollzeit; 2;3=Teilzeit und nicht Erwerbstätig. Lebensform: 2;4=NEL & Singles, 1;3=Verheiratet, Gesch., Verwitwet, Geschieden. Ostwest: 1=ABL; 2=NBL. Ehedauer (in Jahren). Einkommen=Haushaltseink. in Euro. Eink.Quelle: primäre Einkommensquelle 1;2=Erwerb staatl. Transferleistg. 3=Unterst. durch Angehörige. Count=Fallzahl. Mean= durchschn. Kinderzahl im Haushalt. Quelle: Mikrozensus 2004; eigene Berechnungen. Methode: Partition.

Tabelle 2: Frauen in verschiedenen Lebensphasen, differenziert nach Lebensformtypen, Kinderzahl* und Einkommen anhand des Mikrozensus 2004 und Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung¹¹

	Kinderzahl in %	Hausnetto- einkommen (in €)	Anteil an Frauen in Kategorie (in %)	Hausnetto- einkommen (in €)	Hausnetto- einkommen (in %)	Anteil an Frauen in Kategorie (in %)	Anteil der Frauen in Kategorie zur Gesamtbevöl- kerung	Anteil der Frauen in Kategorie zur Gesamtbevöl- kerung
Lebensformtypen								
1. Lebensformtyp: keine Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	0,22	2462	1,85	192	1,1	1,1	1,1	2,2
2. Lebensformtyp: keine Kinder, eigenes HA-Einkommen (28.014 €)	0,28	2200	1,82	716	1,7	4,6	4,9	1,1
3. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	0,51	2319	1,95	212	1,2	2,8	2,9	5,3
4. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, eigenes HA-Einkommen (28.014 €)	1,06	2332	1,96	395	2,2	5,9	6,1	13,3
5. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	0,56	731	0,54	33	0,2	0,1	0,1	1,0
6. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, eigenes HA-Einkommen (28.014 €)	1,18	2861	18,67	1406	8,0	17,8	20,6	4,2
7. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	1,36	813	0,78	176	0,9	2,6	2,6	6,0
8. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, eigenes HA-Einkommen (28.014 €)	1,52	3015	18,82	4155	23,5	22,5	24,6	17,8
9. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	1,24	2012	1,67	906	5,0	9,9	9,9	21,1
10. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, eigenes HA-Einkommen (28.014 €)	2,22	2383	18,82	4416	24,4	24,4	24,4	24,4
11. Lebensformtyp: 9-10 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen (19.328 €)	1,43	2351	14,37	2344	13,6	13,6	13,6	13,6
Lebensformtypen, differenziert nach Kinderzahl*								
1. Lebensformtyp: keine Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,12	2359	1,87	192	1,1	1,1	1,1	2,4
2. Lebensformtyp: keine Kinder, eigenes HA-Einkommen	0,72	2332	18,46	716	4,1	4,1	4,1	10,7
3. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,82	2319	18,54	264	1,5	1,5	1,5	7,7
4. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, eigenes HA-Einkommen	1,14	2315	15,74	3106	17,3	16,0	16,0	18,0
5. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,48	607	0,57	76	0,4	0,4	0,4	1,4
6. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, eigenes HA-Einkommen	1,02	1955	12,65	1736	9,3	9,3	9,3	11,4
7. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,31	775	0,46	193	1,1	1,1	1,1	3,2
8. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, eigenes HA-Einkommen	1,48	2565	14,11	3695	20,6	17,2	17,2	21,8
9. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	1,23	2443	13,38	3165	16,0	14,2	14,2	17,1
10. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, eigenes HA-Einkommen	2,17	2353	11,75	3124	16,1	14,1	14,1	17,1
11. Lebensformtyp: 9-10 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	1,15	2393	13,92	2344	13,6	13,6	13,6	13,6
Lebensformtypen, differenziert nach Einkommen								
1. Lebensformtyp: keine Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,22	1800	14,78	192	1,1	1,1	1,1	2,8
2. Lebensformtyp: keine Kinder, eigenes HA-Einkommen	0,78	1858	11,08	716	3,9	3,9	3,9	10,7
3. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,28	2031	16,61	125	0,6	0,6	0,6	6,5
4. Lebensformtyp: 1-2 Kinder, eigenes HA-Einkommen	0,98	2067	18,23	346	1,8	1,8	1,8	6,3
5. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,11	461	3,78	198	1,0	1,0	1,0	2,8
6. Lebensformtyp: 3-4 Kinder, eigenes HA-Einkommen	0,48	1470	10,88	354	1,8	1,8	1,8	5,3
7. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,41	535	4,27	454	2,3	2,3	2,3	5,1
8. Lebensformtyp: 5-6 Kinder, eigenes HA-Einkommen	1,02	1953	14,95	3199	16,5	14,5	14,5	17,8
9. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	1,22	2012	15,11	428	2,3	2,3	2,3	6,0
10. Lebensformtyp: 7-8 Kinder, eigenes HA-Einkommen	1,82	1914	14,92	3124	16,1	14,1	14,1	17,1
11. Lebensformtyp: 9-10 Kinder, kein eigenes HA-Einkommen	0,91	2015	15,73	2344	13,6	13,6	13,6	13,6

Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; Statistisches Bundesamt 2006 (A1 - Bevölkerung 2004 insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren); eigene Berechnungen

11 Die Kinderzahl umfasst ohne Altersbeschränkung alle im Haushalt lebenden Kinder der Frauen der jeweiligen Geburtsjahre. **Anmerkung : Gewichtet nach der neuen OECD-Skala: Die 1. Person hat ein Bedarfsgewicht von 1, weitere Personen über 15 Jahre ein Gewicht von 0,5 und Personen unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen beinhaltet sowohl staatliche Transferleistungen als auch private Unterstützung durch Verwandte.

Tabelle 3: Lebensformtypen nach Kinderzahl

	kinderlos					vier und mehr Kinder				
	kein Kind	zwei Kinder	drei Kinder	vier Kinder	wir und mehr Kinder	kein Kind	zwei Kinder	drei Kinder	vier Kinder	wir und mehr Kinder
Frauen qb.b. 1961-1987										
Vollverbstätig, unverheiratet, alte Bundesländer	79,3%	14,6%	5,3%	0,7%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Vollverbstätig, unverheiratet, neue Bundesländer	38,1%	41,3%	17,2%	2,8%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
Vollverbstätig, Ehedauer <14 Jahre	44,3%	25,9%	23,2%	4,9%	0,7%	0,7%	0,7%	0,7%	0,7%	0,7%
Vollverbstätig, Ehedauer >14 Jahre	21,1%	33,7%	36,6%	6,6%	1,9%	1,9%	1,9%	1,9%	1,9%	1,9%
unverheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 733 €)	61,7%	27,7%	6,9%	1,4%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
unverheiratet, hohes HH-Einkommen (Z 2351 €)	29,2%	36,4%	25,0%	7,1%	2,3%	2,3%	2,3%	2,3%	2,3%	2,3%
Verheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 912 €)	22,3%	35,9%	30,0%	9,3%	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%
Ehedauer <12 Jahre, sehr hohes HH-Einkommen (Z 3095 €)	11,0%	31,1%	43,1%	11,6%	3,0%	3,0%	3,0%	3,0%	3,0%	3,0%
Leistungen	5,9%	26,6%	50,6%	13,4%	3,4%	3,4%	3,4%	3,4%	3,4%	3,4%
Ehedauer >=12 Jahre, Einkommen aus Unterhalt von Angehörigen	3,0%	16,2%	50,4%	21,7%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%
Insgesamt (absolut) N = 28.414	5879	7653	10102	2904	876					
Frauen qb.b. 1968-1974										
Vollverbstätig, unverheiratet, alte Bundesländer	98,6%	6,6%	2,2%	0,3%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Vollverbstätig, unverheiratet, neue Bundesländer	45,1%	40,0%	13,3%	1,0%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
Vollverbstätig, Ehedauer < 6 Jahre	51,7%	32,6%	14,1%	1,4%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
Vollverbstätig, Ehedauer >= 6 Jahre	31,5%	51,2%	30,6%	5,0%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%
unverheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 607 €)	67,5%	23,8%	7,5%	1,4%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
unverheiratet, hohes HH-Einkommen (Z 1956 €)	35,8%	36,9%	20,5%	5,2%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%
Verheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 776 €)	23,0%	37,9%	28,3%	9,7%	2,1%	2,1%	2,1%	2,1%	2,1%	2,1%
Verheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 2659 €)	12,6%	41,7%	36,7%	7,6%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%
Ehedauer <=8 Jahre, sehr hohes HH-Einkommen (Z 2659 €)	4,6%	29,5%	49,3%	13,1%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%
Leistungen	2,3%	17,3%	52,0%	21,7%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%
Ehedauer >=8 Jahre, Einkommen aus Unterhalt von Angehörigen	1,3%	17,3%	52,0%	21,7%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%	6,5%
Insgesamt (absolut) N = 21.438	7672	5936	5874	1964	472					
Frauen qb.b. 1975-1981										
Vollverbstätig, unverheiratet, alte Bundesländer	95,2%	4,2%	0,6%	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Vollverbstätig, unverheiratet, neue Bundesländer	77,5%	19,6%	2,4%	0,2%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Vollverbstätig, Ehedauer < 5 Jahre	67,0%	27,9%	4,8%	0,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Vollverbstätig, Ehedauer >= 5 Jahre	43,3%	30,2%	22,8%	3,2%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
unverheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 469 €)	90,5%	6,2%	1,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
unverheiratet, hohes HH-Einkommen (Z 1476 €)	62,9%	27,4%	6,0%	1,3%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%
Verheiratet, sehr geringes HH-Einkommen (Z 636 €)	37,6%	35,4%	19,4%	4,1%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
Ehedauer < 6 Jahre, sehr hohes HH-Einkommen (Z 1963 €)	24,5%	49,3%	22,1%	3,6%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
Leistungen	12,7%	32,3%	43,3%	6,1%	3,6%	3,6%	3,6%	3,6%	3,6%	3,6%
Ehedauer >= 6 Jahre, Einkommen aus Unterhalt von Angehörigen	7,5%	24,6%	51,1%	13,4%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%
Insgesamt (absolut) N = 15.065	9966	3930	1549	264	66					

Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

10. Internationale Vergleiche: Kultur und Traditionen

Inzwischen gibt es eine Fülle von Klassifikationen, die die Familienpolitik in Europa zu systematisieren und bestimmten Typen zuzuordnen versuchen (Missoc, 2003; Esping-Andersen, 2000). Der Siebte Familienbericht ist dieser Typologie nicht gefolgt, weil die Kommission der Auffassung war, dass die kulturellen Traditionen eines Landes, seine politische Vergangenheit sowie die Konstellationen der politischen Kräfte in allen europäischen Ländern zu sehr heterogenen Familienpolitiken geführt haben, so dass sich vermutlich in einem europäischen Vergleich immer nur bestimmte Akzente unterscheiden lassen (Bundesministerium für Familie, 2006). Dies entspricht auch der Auffassung der meisten Familienhistoriker, dass in Europa immer schon ein reger Austausch von Gedanken, Ideen und auch politischen Maßnahmen zwischen den Ländern existiert hat (Mitterauer, 2003).

Diese Vorsicht begründet sich aber auch daraus, dass die internationalen Vergleiche zu den Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Bedeutung der Mutter für die Entwicklung des Kindes oder zur Arbeitsteilung der Geschlechter innerhalb der Familie in erheblichem Maße zwischen den verschiedenen Ländern in Europa variieren und sich nicht ohne Weiteres aus der politischen Verfasstheit oder der Systematik einer bestimmten Familienpolitik ableiten lassen. So wird in Deutschland immer betont, nur hier gäbe es den Begriff der "Rabemutter", um auszudrücken, dass Mütter kleiner Kinder, die erwerbstätig sind, möglicherweise ihren Kindern schaden. Zwar ist richtig, dass dieser Begriff in anderen Ländern nicht existiert, aber der Vergleich der Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeigt sehr deutlich, dass es entsprechende kritische Einstellungen auch in anderen Ländern in gleicher Weise gibt wie in Deutschland. So sind in Polen 58 Prozent der Frauen der Meinung, dass Frauen nicht erwerbstätig sein sollten, wenn ihre Kinder im Vorschulalter sind; in Ungarn sagen das 47 Prozent, in Finnland 44 Prozent und in Frankreich 39 Prozent. Dagegen teilen in Westdeutschland nur 34 Prozent diese Meinung, in Ostdeutschland jedoch nur 9 Prozent. Die ostdeutschen Mütter unterscheiden sich in diesem Punkt deutlich von den anderen Ländern des früheren Ostblocks, artikulieren dafür aber ganz ähnliche Einstellungen wie die Frauen in Schweden, Dänemark oder den Niederlanden. Tschechien war vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein hoch entwickeltes Industrieland, und die dortige Nachkriegspolitik in der Kinderbetreuung hat sich nicht von der in den anderen osteuropäischen Ländern einschließlich der früheren DDR unterschieden. Dennoch sind die Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Tschechien oder der Slowakei, Polen und Ungarn größer als die Unterschiede zwischen Westdeutschland und diesen Ländern.

Nun könnte man argumentieren, dass eine empirische Untersuchung von 2002, also 13 Jahre nach dem Untergang des Ostblocks, möglicherweise nicht mehr die kulturellen Erfahrungen des früheren Ostblocks reflektiert. Beim Vergleich von unterschiedlichen Altersgruppen

der Frauen stellt man jedoch fest, dass sich die Einstellungsmuster in Europa in den einzelnen Ländern keinesfalls gleichförmig entwickelt haben. Während in ganz Deutschland auf die Frage, ob arbeitende Mütter eine warmherzige und stabile Beziehung zu ihren Kindern haben können, in der Altersgruppe der 35- bis 50-jährigen Frauen 34 Prozent der Meinung sind, das sei nicht möglich, sind das bei der jüngeren Generation der bis zu 34-Jährigen nur 21 Prozent. Ebenso sind heute bei den jüngeren Frauen nur 31 Prozent der Meinung, die Rolle der Mutter könne eine Frau genauso ausfüllen wie die Berufsrolle, im Gegensatz zu immerhin 40 Prozent bei der älteren Generation.

Der Vergleich einiger osteuropäischer Länder, wie Ungarn oder Tschechien, zeigt zunächst, dass in Tschechien heute mehr junge Frauen der Meinung sind, als berufstätige Mutter könne man keine angemessenen Beziehungen zu seinen Kindern entwickeln (21 Prozent), was eine Zunahme gegenüber der älteren Generation um 8 Prozent bedeutet. Offenbar wird die Mutterrolle in Tschechien viel positiver eingeschätzt als in Deutschland, denn dort sind noch bei der jüngeren Generation 68 Prozent der Frauen der Meinung, diese könne genauso erfüllend wie die Berufstätigkeit. In Ungarn wiederum hat sich die skeptische Einstellung gegenüber der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eher vermindert, gleichzeitig ist aber die Wertschätzung der Mutterrolle nicht so ausgeprägt wie in Tschechien. Das Beispiel von Frankreich zeigt hier, dass sowohl von den jüngeren wie von den älteren Frauen jeweils etwa 17 Prozent der Meinung sind, eine berufstätige Mutter könne keine warmherzige Beziehung zu ihren Kindern aufbauen, also bei den jüngeren Frauen nur 4 Prozent weniger als in Deutschland. Viel ausgeprägter und positiver wird in Frankreich jedoch die Einstellung zur Mutterrolle artikuliert, weil 53 Prozent auch der jüngeren Frauen der Meinung sind, dass sie die Mutterrolle genauso ausfüllen können wie die Berufsrolle. Deutschland weist mit 31 Prozent bei den jüngeren Frauen gemeinsam mit Griechenland mit 24 Prozent die geringste Zustimmung aller untersuchten Nationen zu einer positiven Bewertung der Mutterrolle auf. Auch Italien unterscheidet sich mit 39 Prozent in diesem Punkt deutlich von anderen Ländern, etwa Frankreich oder Finnland, wo von den jüngeren Frauen 78 Prozent der Meinung sind, dass die Mutterrolle genauso befriedigend sein könne wie die Berufsrolle.

Finnland bietet insofern eine interessante Konstellation, weil die positive Einschätzung der Mutterrolle mit einer in Europa eher unüblichen Toleranz gegenüber der Berufsrolle der Mutter korrespondiert. Nur 5 Prozent der jüngeren Frauen sind der Meinung, Berufstätigkeit und Mutterrolle könnten zu Schwierigkeiten führen, wie auch nur 8 Prozent der Meinung sind, dass Frauen für ihren Lebenssinn Kinder brauchen. Eine solche Auffassung wird in Frankreich von 60 Prozent der Frauen geäußert und in Deutschland von rund 40 Prozent der Frauen. Die Finninnen sind allerdings auch der Meinung, in Krisensituationen sollten Männer keine Priorität haben, wenn es um den Arbeitsplatz geht, während es in den meisten europäischen Ländern wiederum nur zwischen 10 und 30 Prozent der befragten Frauen diese Meinung teilen.

Bei dieser Variation der Einstellungen in den europäischen Ländern ist zunächst festzuhalten, dass eine solche Toleranz zu unterschiedlichen Lebensentwürfen, wie es die Finninnen in allen Altersgruppen formulieren und ganz offenkundig die Mutterrolle ebenso gut finden wie sie keine Vorbehalte haben, wenn eine Frau berufstätig ist, nicht in allen Ländern zu finden ist. So wünschenswert es sicherlich wäre, wenn man in allen europäischen Ländern mit den unterschiedlichen Lebensentwürfen von Menschen so offen umginge wie die Finninnen in dieser Befragung, so ist familienpolitisch aus diesem Vergleich eigentlich nur abzuleiten, dass die kulturellen Traditionen der einzelnen Länder, ihre jeweilige politische Vergangenheit und vermutlich auch ihre aktuelle Gesellschaft mit ihren politischen Konstellationen auch in Bezug auf familienpolitische Konzepte für die geäußerten Einstellung eine solche Bedeutung haben, dass sich direkte Effekte von familienpolitischen Leistungen und Strategien daraus nicht ableiten lassen.

Vermutlich ist aus einem solchen internationalen Vergleich von Werten und Einstellungen zur Rolle von Frauen in modernen Gesellschaften nur abzuleiten, dass die überwältigende Mehrheit aller Frauen in Europa der Ehe eine große Wertschätzung entgegenbringt, dass mit wenigen Ausnahmen in vielen europäischen Ländern ein gewisser Prozentsatz von Frauen unabhängig vom Lebensalter Vorbehalte gegenüber der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat, wie es auch in ganz Europa selbst in dem so toleranten Finnland einen signifikanten Prozentsatz von Frauen gibt, die Vorbehalte gegen eine alleinige Elternschaft haben, wie auch in ganz Europa wiederum mit wenigen Ausnahmen die Rolle der Frau auch über ihre Kinder definiert wird; obendrein gibt es hinsichtlich ökonomischer Krisensituationen auch eine signifikante Gruppe von Frauen, die in solchen Situationen dem Mann Priorität beim Arbeitsplatz einräumt.

Über die Ursachen dieser Einstellungsvariationen lassen sich aus solchen Vergleichen jedoch keine Ableitungen machen. Das wäre zwar aufgrund der vorliegenden Daten möglich ist, aber gegenwärtig nicht geschehen. Familienpolitisch ist daraus zunächst nur die Konsequenz zu ziehen, diese unterschiedlichen Lebensentwürfe einerseits als Bestandteil der jeweiligen Kultur einer Gesellschaft zu akzeptieren und dadurch möglicherweise andererseits die Toleranz für andere Lebensentwürfe zu befördern. Durch öffentlich diskutierte positive Beispiele können die Ängste und Befürchtungen, die hinter den Einstellungen stehen, Mütter sollten möglichst nicht erwerbstätig sein oder kleine Kinder könnten durch die Erwerbstätigkeit Schaden nehmen, möglicherweise auch überwunden werden, indem positive Beispiele dokumentieren, dass ganz unterschiedliche Lebensentwürfe gelebt und zugleich von allen Beteiligten auch positiv und befriedigend erlebt werden können.

Diese Einschätzung entspricht der Position von Fagnani in ihrer Analyse der französischen Familienpolitik (Fagnani, 2006), die gezeigt hat, dass die französische Familienpolitik eigentlich nur bis zum Zweiten Weltkrieg ausgesprochen pronatalistisch war. Der Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Zweiten Weltkrieg war schon stark an der Frage des Kindeswohls orientiert, und die Entwicklung seit den siebziger Jahren war im

Wesentlichen durch die Frage geprägt, wie eigentlich die jungen und gut qualifizierten Frauen sowohl ihre Kinderwünsche realisieren wie aber auch beruflich in gleicher Weise am öffentlichen Leben partizipieren können wie die jungen Männer. Der französische Präsident Mitterrand wurde gerade von diesen jungen Frauen gewählt, und sowohl er wie seine Nachfolger haben versucht, diese Erwartungen programmatisch umzusetzen. Das zeigen auch Dokumente der jüngsten Regierungsperiode (Villepin), dass diejenigen, die sich Kinder wünschen und sich für Kinder entscheiden, auch die Rahmenbedingungen vorfinden sollen, um diese Wünsche zu realisieren und durch diese Entscheidung nicht gegenüber anderen benachteiligt zu sein. Darüber hinaus wird die eigenständige und unabhängige Berufstätigkeit von Frauen und Männern als wichtiges Ziel der Familienpolitik betont und gleichzeitig möglichst hohe Qualitätsstandards für die Angebote zur Unterstützung und Betreuung von Kindern gefordert.

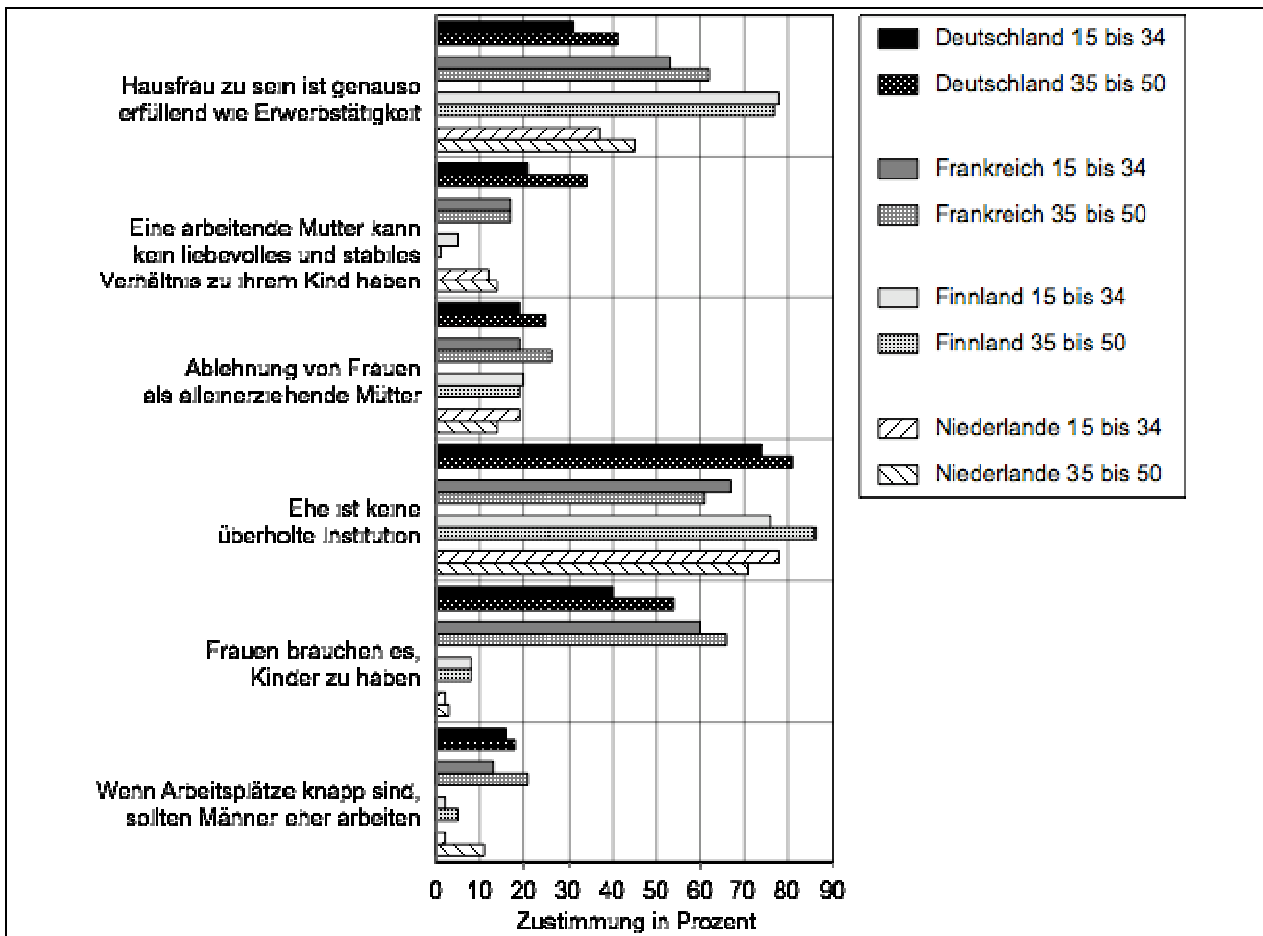
Denn die Realisierung dieser Ziele, nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen zur Realisierung von Kinderwünschen, Geringhalten der Nachteile einer solchen Entscheidung und Gestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Element der Familienpolitik bei gleichzeitiger Sicherung des Kindeswohls durch ein qualitativ gutes Angebot, sollten als familienpolitische Zielstellungen auch in anderen europäischen Ländern Beachtung und Umsetzung finden. Auch wenn aus vielen französischen Untersuchungen bekannt ist (Kaufmann, schmutzige Wäsche), dass eine solche Familienpolitik nicht notwendigerweise die spezifische innerfamiliäre Arbeitsteilung aufhebt, die sich auf der Basis jahrhundertelanger Tradition entwickelt hat, können solche Muster offenkundig neben modernen Lebensformen und -entwürfen weiter existieren.

Demgegenüber wird bei der Familienpolitik Finnlands immer wieder darauf verwiesen, dass in Finnland die lange Tradition einer Gleichstellungspolitik die Entwicklung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft dazu geführt hat, dass die finnische Gesellschaft der Frage der Gleichheit bei allen familienpolitischen Maßnahmen viel mehr Bedeutung beigemessen hat als in vielen anderen europäischen Ländern. Pfau-Effinger führt das darauf zurück, dass der Übergang der finnischen Gesellschaft in die postindustrielle Wissensgesellschaft direkt aus der agrarischen Gesellschaft erfolgte, in der die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau nie so eindeutig zwischen den häuslichen Aufgaben der Frau und außerhäuslichen Erwerbsaufgaben des Mannes getrennt war wie in der Industriegesellschaft etwa in Deutschland üblich (Pfau-Effinger, 1995). Daher war für die finnische Gesellschaft der Übergang in die modernen Produktionsweisen nicht notwendigerweise ein Abschied von der geschlechtsspezifisch organisierten Arbeitsteilung der Industriegesellschaft, sondern eher der Übergang von der agrarisch geprägten Gesellschaft mit gemeinsamen Aufgaben für Mann und Frau in der landwirtschaftlichen Produktion zur arbeitsteilig organisierten Wissensgesellschaft, in der die Arbeitsteilung stärker auf dem unterschiedlichen

Qualifikationsprofil aufsetzt, nicht jedoch auf der historischen Interpretation unterschiedlicher Geschlechterrollen.

Die nur kurz skizzierten französischen und finnischen Beispiele und die Variationen der Einstellungen in Europa, sowohl in den Ländern, die im Ostblock 50 Jahre lang eine rigorose Integrationspolitik der Frauen in das Arbeitsleben erlebt haben, wie auch in den nordwesteuropäischen Ländern mit ganz unterschiedlichen familienpolitischen Traditionen lassen als Schlussfolgerung eigentlich nur zu, dass Einstellungsänderungen in diesem Bereich als ein sehr langfristiger Prozess anzusehen sind. Vermutlich lassen sie sich nur dadurch erreichen, dass positive Beispiele auch in der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass unterschiedliche Lebensentwürfe für Kinder, für die Paarbeziehung, wie für die Ehe unter anderen Lebensformen zu außerordentlich befriedigenden und überzeugenden Ergebnissen beitragen können. Aufgrund dieser eher kursorischen Analyse scheint es viel sinnvoller zu sein, sich mit den konkreten Rahmenbedingungen für familiäres Leben auseinanderzusetzen, um familienpolitische Perspektiven als eine nachhaltige Familienpolitik umzusetzen.

Abbildung 22: Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den europäischen Ländern

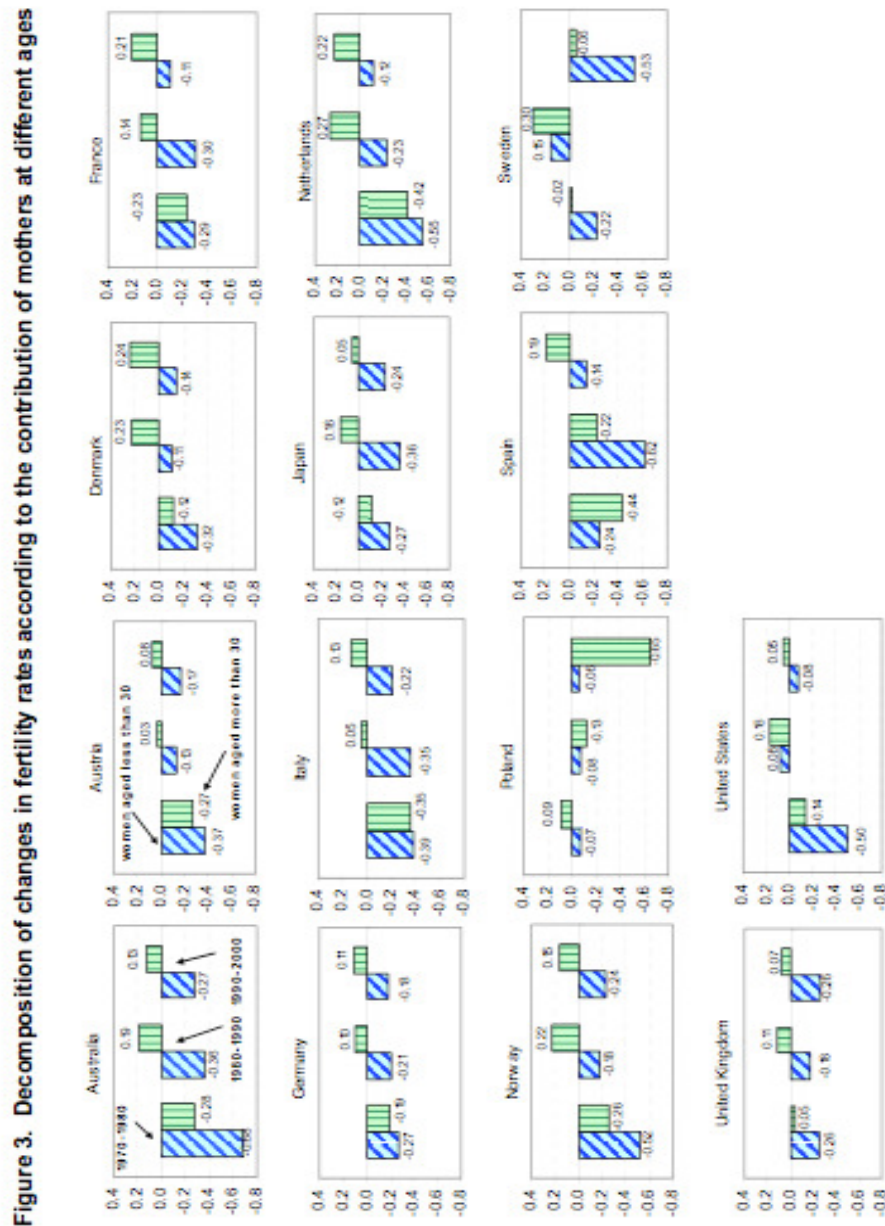


Quelle: Norbert Neuwirth, Georg Wernhart 2007, eigene Darstellung

11. Internationale Vergleiche: Integration von Zeit- und Infrastrukturpolitik

Die international vergleichende demographische Forschung ist sich heute weitgehend einig darüber, dass die zeitliche Verschiebung des Erstgeburtsalters in Europa als Folge der längeren Ausbildungszeiten und der damit entstandenen größeren Optionsvielfalt für junge Erwachsene einen wesentlichen Grund für den Geburtenrückgang darstellt (OECD, 2007; Lesthaege, 2000). Denn je später sich ein Paar entscheidet, Kinder zu bekommen, umso geringer ist die verbleibende Zeit für Kinder und gleichzeitig umso höher das Risiko der ungewollten Kinderlosigkeit. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist allerdings die Tatsache, dass der Prozess der zeitlichen Verschiebung des Erstgeburtsalters in manchen europäischen Ländern gleichzeitig dazu führte, dass die verbleibende Zeit besser genutzt wird. Das ist heute relativ unproblematisch, weil die Fruchtbarkeitsphase der Frau deutlich verlängert ist und junge Frauen auch viel gesünder leben und gesünder sind als die Generation ihrer Mütter und Großmütter.

Abbildung 23: Wandel der Geburtenraten in den europäischen Ländern



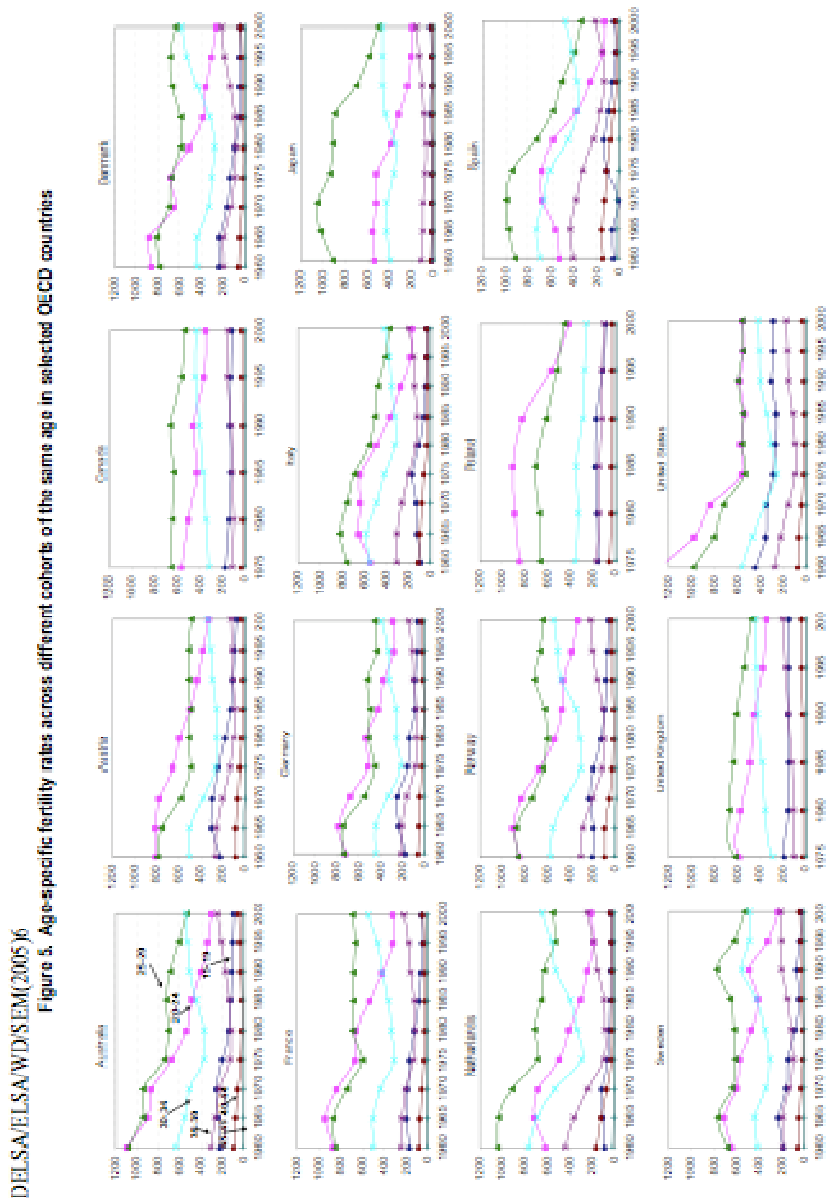
Quelle: OECD 2007

Von 1970 bis 1980 hat sich die Geburtenrate in Deutschland bei den unter 30 Jahre alten Frauen deutlich vermindert, ohne dass die über 30-Jährigen, deren Geburtenraten sich im selben Zeitraum auch verminderten, entsprechend mehr Kinder geboren haben. Die Analyse dieses Zusammenhangs in Frankreich ergibt dort einen ähnlichen Prozess der deutlich verminderten Geburtenraten bei den Frauen unter 30 Jahren, gleichzeitig aber sowohl zwischen 1980 und 1990 wie zwischen 1990 und 2000 eine deutliche Zunahme der Geburtenraten bei den Frauen über 30 Jahren. Dieses Muster findet sich auch in den Niederlanden, Dänemark und Norwegen; in Schweden ist nur zwischen 1980 und 1990

eine solche Verschiebung zu beobachten. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben auch einen deutlichen Rückgang der Geburtenraten bei den jüngeren Frauen erlebt, ohne entsprechende Gewinne bei den älteren Frauen. Das war aber in diesen Ländern nicht kritisch, weil dort die Geburtenraten Anfang der siebziger Jahre so hoch waren, dass die Verringerung der Geburtenzahlen bei den jüngeren Frauen und die relativ gleich bleibenden Geburtenzahlen der älteren Frauen immer noch zu einer Netto-Reproduktionsrate von etwa zwei Kindern pro Frau geführt hat.

Die detaillierte Analyse in noch feineren Untergruppen zu den Geburtenraten in unterschiedlichen Alterskohorten zeigt, dass zwar in den meisten Ländern heute immer noch die meisten Kinder in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen geboren werden, aber in Dänemark, Norwegen, Frankreich, Schweden und den Niederlanden die 30- bis 34-Jährigen inzwischen fast genauso häufig Kinder bekommen. Und in Frankreich liegt die Geburtenzahl der 35- bis 39-Jährigen fast so hoch wie bei den 20- bis 24-Jährigen, die noch Anfang der sechziger Jahre die meisten Kinder bekamen.

Abbildung 24: Geburtenraten in unterschiedlichen Alterskohorten im europäischen Vergleich



Note: Data refer to the age-specific fertility rates of different birth cohorts observed at the same age (e.g. 15-19). Birth cohorts of women are reported on the horizontal axis.
 Sources: Data from Council of Europe (2003) for European countries; National Institute for Population and Social Security Research (2003a); Population Statistics of Japan for Japan; US Census Bureau (2004), the International Data Base for the United States; Australia Bureau of Statistics (2004); Britis, Australia, Cat. N. 3307.0.

Quelle: Council of Europe 2003

In Deutschland sind diese Entwicklungen zwar auch zu beobachten, aber eher schwach ausgeprägt. Das hat möglicherweise kulturelle Faktoren als Ursache. Manche Autoren versuchen jedoch diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass die Länder mit einem positiveren Verlauf des Veränderungsprozesses bei der Verschiebung der Altersstruktur als in Deutschland oder auch Polen versucht haben, die familienpolitischen Maßnahmen von Zeitpolitik, Ausbau der Infrastruktur und finanziellen Transferleistungen so aufeinander zu beziehen, dass unterschiedliche Optionen im Lebensweg der jungen Frauen und jungen Männer nicht

notwendigerweise mit der Entscheidung für Kinder konfliktieren (Hoem, 2005; Chesnais, 2005). Dabei scheinen die politischen Konzeptionen, die diesem Policy-Mix zu Grunde liegen, in ihrer Kombination von Zeit, Infrastruktur und Geld vor dem Hintergrund einer expliziten Politik der Gleichstellung der Geschlechter wie aber auch der Wahlfreiheit, zu ähnlichen Ergebnissen bei der demographischen Entwicklung zu führen, nicht aber hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft.

Aus französischer Sicht mit dem Modell einer Politik von Wahlfreiheit ist vor allem die Vielfalt eines qualifizierten Angebots an Infrastruktur auch für die unter 3-jährigen Kinder, in Kombination mit einer verlässlichen vorschulischen Betreuung der 3- bis 6-Jährigen und einer verlässlichen Betreuung der 6- bis 10-Jährigen, ein zentraler Garant für diese Wahlfreiheit.

Während sich in Deutschland die aktuelle Diskussion fast ausschließlich auf die angemessene Betreuung der unter 3-Jährigen konzentriert, kann Frankreich auf eine lange und erfolgreiche Tradition eines ausgebauten, zeitlich zuverlässigen und auch qualifizierten Angebots von Vorschulen und ein verlässliches Angebot an Ganztagschulen für die 6- bis 10-Jährigen zurückgreifen. Die Konstruktion des Angebots für die unter 3-Jährigen ist außerordentlich ausdifferenziert und stellt ein vielfältiges Angebot an Betreuungseinrichtungen zur Verfügung. Bei den älteren Kindern wird eine klare und für die Eltern auch einfach zu kalkulierende Zeitstruktur offeriert als eine wesentliche Säule für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn in diesem System haben die Eltern kleinerer Kinder die Möglichkeit, die Betreuung so zu organisieren, wie dies aus ihrer eigenen Sicht für ihre Kinder und für ihre Zeitbedürfnisse sinnvoll ist. Sodann besteht für die größeren Kinder ein klares und gut nachvollziehbares Zeitarrangement, auf das sich auch die Arbeitgeber einlassen können, weil sich die Arbeitszeiten bei einer 4- bis 5-stündigen Vorschule sinnvoll planen lassen. Hingegen ist die zeitliche Planung aus Sicht der Arbeitgeber hinsichtlich ihrer Mitarbeiter bei einem 3-stündigen Kindergartenangebot und unterschiedlichen Zeitarrangements in der Grundschule außerordentlich schwierig.

Nach den Daten von Fagnani besuchen von den unter 3-Jährigen eher wenige Kinder eine Krippe (12 Prozent), während die meisten Kinder dieses Alters in anderen Arrangements betreut werden; dabei nimmt die Tagesmutter eine besonders herausragende Rolle ein (Fagnani, 2006). Das hängt damit zusammen, dass vor allem in vielen hoch qualifizierten Berufen die Flexibilität der elterlichen Arbeitszeit in einer kleineren Gruppe mit einer Tagesmutter leichter zu arrangieren ist als in einer größeren Gruppe mit festen Öffnungszeiten. Nun ist der Beruf der Tagesmutter in Frankreich ein akademischer Ausbildungsberuf, der in seiner Qualifikation sicherlich mit der Ausbildung einer Hebamme in Deutschland zu vergleichen ist: Diese Tätigkeit ist sozialversicherungspflichtig, die von den Eltern gezahlten Gebühren sind festgelegt und die Qualitätskontrolle wird durch einen Verband sichergestellt.

Wenn also in der deutschen Diskussion häufig betont wird, die Wahlfreiheit sei ein wichtiges Element für eine familienpolitische Perspektive, dann bildet das französische System hinsichtlich seines ausdifferenzierten vielfältigen Betreuungsangebotes bei den unter 3-Jährigen und seiner Verlässlichkeit bei den älteren Kindern mit Sicherheit einen zentralen Baustein für eine Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen an. Dabei sei noch einmal betont, dass dieses System in der französischen Gesellschaft entwickelt wurde, in der sich die Einstellungen zur Mutterrolle, zur Berufstätigkeit von Müttern und zur unterschiedlichen Bedeutung der Berufstätigkeit von Mann und Frau nicht von Deutschland unterscheiden.

Ohne hier das französische System der Kinderbetreuung im Einzelnen zu beurteilen, gewährleistet der französische Staat aus der Sicht der jungen Erwachsenen, die darüber nachdenken, ihre Lebensplanung mit ihren Kinderwünschen in Übereinstimmung zu bringen, in dieser Situation ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Es wird von den jungen Erwachsenen erwartet, sich zu entscheiden, ob und wie lange sie beispielsweise die auch in Frankreich 36 Monate dauernde Elternzeit in Anspruch nehmen. Es wird auch von ihnen erwartet zu entscheiden, wo und wie sie ihre Kinder betreuen lassen wollen. Aber in all den Unsicherheiten, die die Entscheidung für Kinder auch mit sich bringt, gibt es ein sicheres und verlässliches Angebot an Kinderbetreuung, das es ermöglicht, nach einem Zeitraum, wie man es persönlich für richtig hält, Beruf und Familie wieder in einer bestimmten Weise zu kombinieren.

Schon in dem früheren Gutachten haben wir gezeigt (Bertram et al., 2005), dass in ganz Europa junge Frauen eine klare Vorstellung davon haben, dass bei sehr kleinen Kindern die Betreuung durch die Mutter auch von den Müttern selbst gewünscht wird. Aber in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder sehen es junge Mütter für sich wie auch für ihre Kinder als sinnvoll an, Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen. Ähnlich verhält es sich mit der Arbeitszeit, die in ganz Europa in der Vorstellung der Eltern in Abhängigkeit von der zunehmenden Selbstständigkeit ihrer Kinder gestaltet wird (Hakim, 2000; ISSP, 2002). Das französische System reagiert genau auf diese Vorstellung mit hoher Verlässlichkeit, so dass für die Eltern kein Problem entsteht.

Auch wenn sich eine Frau erst in höherem Lebensalter für Kinder entscheidet, weiß sie, dass sie ihre berufliche Lebensplanung im französischen System, sofern sie das will, nur relativ kurz unterbrechen muss. Gleichzeitig kann sie sich darauf verlassen, dass der Staat Angebote zur Verfügung stellt, die nicht nur als Betreuung gelten, sondern gleichzeitig auch als Bildungsangebote zur Förderung der Entwicklung der Kinder zu interpretieren sind. Daher verwundert es auch nicht, dass französische Autoren, die dieses Konzept mit anderen Systemen vergleichen, in diesem frühzeitig entwickelten und weit ausdifferenzierten System mit seinem klaren Bildungsanspruch auch eine der wesentlichen Ursachen dafür ansehen, dass in Frankreich die Kinderlosigkeit für europäische Verhältnisse sehr niedrig liegt. Denn im französischen System können

auch Frauen, die in hoch qualifizierten Berufen arbeiten und Karriere machen wollen, davon ausgehen, dies von Seiten des Betreuungsangebots ohne Schwierigkeiten realisieren zu können (Carin 2002). In internationalen Vergleichen zur Arbeitszeit zeigen sich französische Eltern auch mit der verkürzten Arbeitszeit von 35 Stunden außerordentlich zufrieden (OECD, 2005), weil auch eine entsprechend verkürzte Arbeitszeit die unterschiedlichen Zeitarrangements in einer Familie deutlich entlastet.

Für die deutsche Situation ist aus diesen wenigen Überlegungen zunächst abzuleiten, dass der Effekt des Ausbaus der Kinderbetreuung für die unter 3-jährigen Kinder erst dann erfolgreich im Sinne eines neuen Timings der Entscheidung für Kinder auch im höheren Lebensalter und auch für eine längere Zeit zu erwarten ist, wenn die Betreuung der unter 3-Jährigen mit einem ähnlich verlässlichen Angebot für Bildung und Betreuung auch für die 3- bis 10-Jährigen verknüpft wird. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland zwar wesentlich in Länderhoheit, doch wird sich ohne eine entsprechende Weiterentwicklung der Infrastruktur für Kinder für junge Erwachsene, vor allem wenn sie jenseits von 30 Jahren sind, die bisherige Entscheidungsstruktur kaum verändern. Denn wer sich bei der Entscheidung für Kinder nicht sicher sein kann, ein verlässliches Angebot des Staates oder der Kommune zur Unterstützung der Bildung und Betreuung von Kindern vorzufinden, wird sich vielfach eben nicht für Kinder entscheiden, weil das Risiko und die Unsicherheit in der eigenen Lebensplanung in Hinblick auf die eigenen Kinder nicht kalkulierbar ist. Das gilt besonders für die hoch und höchst qualifizierten Berufe. Die eingangs beschriebenen Polarisierungstendenzen können erst dann wieder auf ein Maß im europäischen Durchschnitt zurückgeführt werden, wenn entsprechende Angebote hier nicht nur für die unter 3-Jährigen, sondern auch für die 3- bis 10-Jährigen entwickelt werden.

Die Beobachtung der gegenwärtigen Bemühungen in diesen Bereichen führt allerdings zu erheblichen Zweifeln, ob in Deutschland bei den Ländern und den Kommunen tatsächlich die Bereitschaft besteht, in diesem Bereich zu investieren. Offenkundig herrscht immer noch die Vorstellung vor, die Investitionen in diesen Bereichen müssten für die Kommunen und Länder kostenneutral zu entwickeln sein. Daher wäre es ausgesprochen sinnvoll und hilfreich, die demographische Dividende, die sich in den letzten 20 Jahren durch den Rückgang der Kinderzahlen ergeben hat und die den Kommunen erhebliche Einsparungen in diesen Bereichen ermöglicht hat, umgekehrt gerade in diesem Bereich zu investieren.

12. Lebenszeit und Arbeitszeit: Allianz für Familien

In diesem Zusammenhang sind gerade in Deutschland allerdings auch die Arbeitgeber und dabei vor allem der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber gefordert. Denn die Arbeitgeber und insbesondere der Öffentliche Dienst haben es wesentlich in der Hand, die Karrieremuster und Zeitplanungen für junge Erwachsene in diesem Lebensalter so zu organisieren, dass die Entscheidung für Kinder auch möglich wird. Hier geht es nicht nur um flexiblere Arbeitszeiten und die Berücksichtigung der Bedürfnisse von kleinen Kindern, sondern auch und gerade darum, Karriereplanungen so neu zu organisieren, dass Auszeiten und Unterbrechungen nicht als Karrierenachteil gelten. Und vor allem im öffentlichen Bereich geht es darum, Konzepte und Modelle zu entwickeln, die die für höher qualifizierte Mitarbeiter übliche Projektzeit und befristeten Arbeitsverhältnisse mit einer verbindlichen Perspektive versehen, um auch eine längerfristige Planung zu ermöglichen.

Hier liegt eine originäre Aufgabe der "Allianz für Familien", in der schon jetzt die großen Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften, große Stiftungen und die Politik im Interesse von Familien zusammenwirken wollen. Eine solche Allianz für Familien wäre geradezu der ideale Rat, um beispielhafte Modelle und Ideen in diesem Bereich entwickeln zu lassen und auch öffentlich zu machen. Dabei geht es nicht darum, einzelne Firmen oder Institutionen für "best practice" auszuzeichnen, sondern eher darum, herauszuarbeiten, wie etwa in Tarifverträgen oder in Personalplanungsprozessen solche Auszeiten systematisch eingefügt werden können, ohne sich für den oder die Einzelnen nachteilig auszuwirken.

Vor allem aber liegt hier eine zentrale Aufgabe für die Allianz für Familien, aus einem Frauenthema ein Thema für alle zu machen. Gegenwärtig sind nämlich alle Pläne und Entwicklungsperspektiven darauf konzentriert, Frauen und Mütter in höherem Maße an der Arbeitswelt partizipieren zu lassen. Das männliche Gegenstück jedoch, nämlich das Modell der Fürsorge für andere durch Männer, wird gegenwärtig in keiner Weise thematisiert. Daher ist durchaus zu fragen, ob die Allianz für Familien nicht auch zu überlegen beginnt, ähnlich wie in den USA, wie männliche Fürsorge in die Personalplanung der Firmen zu integrieren sei und wie dieses auch von Mitgliedsfirmen oder auch von den Gewerkschaften zu erwarten sei. Denn nur wenn eine verlässliche Infrastruktur mit einer entsprechenden flexiblen Zeitstruktur in der Alltagsorganisation und gleichzeitig mit einer einigermaßen nachvollziehbaren zeitlichen Lebensperspektive verbunden wird, ist davon auszugehen dass die in Deutschland besonders ausgeprägte Polarisierung zwischen bestimmten Berufsgruppen und dem Verzicht auf Kinder einerseits und anderen Berufsgruppen mit vielen Kindern andererseits aufzubrechen ist.

Diese Aufgabe ist nicht allein vom Staat selbst oder von den verschiedenen Gebietskörperschaften zu bewältigen, doch wäre es eine große Herausforderung für die Allianz für Familien, dieses zu ihrer zentralen

Aufgabe zu machen. Inzwischen sind bei vielen Gewerkschaften ebenso wie auch bei vielen Einrichtungen der Arbeitgeber entsprechende Überlegungen entwickelt worden und es gibt inzwischen auch weltweit eine Fülle von Modellen. Möglicherweise ist gerade diese Plattform der Allianz für Familien geeignet, um hier die Initiative zu ergreifen und entsprechend auf ihre eigenen Mitglieder einzuwirken.

13. Arbeitsmarkteffekte und demographische Effekte

Die Kombination aus Zeitpolitik und der Entwicklung einer verlässlichen Infrastruktur hat aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl Arbeitsmarkt- wie aber auch demographische Effekte. Kenjoh hat auf der Basis von Längsschnittdaten Länder mit einer verlässlichen Infrastruktur für Kinder unter 6 Jahren verglichen mit Ländern ohne eine entsprechende Infrastruktur und dabei auf der Basis der monatlichen Beschäftigungsquoten jeweils die Jahre 1980 und 1990 analysiert (Kenjoh, 2005). Er zeigt zunächst für Schweden, dass Anfang der achtziger Jahre etwa 80 Prozent der schwedischen Mütter vor der Geburt eines Kindes Vollzeit beschäftigt waren; in den neunziger Jahren war diese Quote auf etwa 60 Prozent gesunken, während gleichzeitig weitere 20 Prozent der Mütter eine Teilzeittätigkeit ausübten. Zu beiden Zeitpunkten waren etwa 5 bis 8 Prozent der Mütter arbeitslos. Die restlichen rund 12 bis 15 Prozent standen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Nach der Geburt des Kindes nahm die große Mehrheit aller Mütter den Mutterschutz und die Elternzeit in Anspruch; ab dem 6. bis 12. Monat des Kindes erhöhte sich die Teilzeittätigkeit in den achtziger Jahren deutlich. Jetzt in den neunziger Jahren war der Anstieg der Teilzeittätigkeit auch zu beobachten, verlief aber etwas kontinuierlicher; nach 60 Monaten sind etwa 10 bis 15 Prozent der schwedischen Mütter voll erwerbstätig, etwa 70 Prozent teilzeitbeschäftigt, 5 bis 8 Prozent in Elternzeit bei einem weiteren Kind und wiederum etwa 5 bis 8 Prozent arbeitslos. Das bedeutet, dass die hohe Erwerbsquote in Schweden bei Müttern mit kleinen Kindern wesentlich das Ergebnis von Teilzeitbeschäftigung ist, die aber in dieser Form auch nur möglich ist, weil eine entsprechende Infrastruktur für Kinder zur Verfügung steht und gleichzeitig Arbeitgeber und Gewerkschaften entsprechende Modelle der Arbeitszeit in dieser Lebensphase ermöglichen.

Beim Vergleich dieses Modells mit der Situation in Deutschland verlaufen hier die Tendenzen ähnlich, aber mit einem entscheidenden Unterschied, dass nämlich die Erwerbsquote der Mütter mit Kindern im Verlauf der ersten fünf Lebensjahre nach der Geburt des ersten Kindes von etwa 90 Prozent auf 65 Prozent sinkt. Vor der Geburt des ersten Kindes sind die meisten deutschen Mütter voll erwerbstätig, nämlich etwa 80 Prozent, etwa 5 bis 10 Prozent teilzeitbeschäftigt und wie in Schweden sind etwa 5 bis 8 Prozent arbeitslos. Nach der Geburt des Kindes nehmen fast alle Mütter die Möglichkeit des Mutterschutzes und der Elternzeit wahr, und ähnlich wie in Schweden beginnt nach dem 6. Monat ein leichter Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, der bis zum 60. Monat des ersten Kindes auf etwa 30 Prozent steigt. Die volle Erwerbstätigkeit spielt in Deutschland in dieser Phase eine nur untergeordnete Rolle mit knapp 5 bis 10 Prozent; weitere 10 Prozent der Mütter sind wieder in Elternzeit und etwa 5 Prozent arbeitslos. Das Defizit gegenüber der Erwerbsbeteiligung vor der Geburt des ersten Kindes liegt bei etwa 20 Prozent. Dieses geht zum Teil darauf zurück, dass die volle Erwerbstätigkeit bei den deutschen Müttern nur etwa die Hälfte der schwedischen Quote ausmacht und die Teilzeittätigkeit zwar ansteigt, aber deutlich unter den schwedischen Werten bleibt.

Nun könnte man meinen, dieses Ergebnis sei nicht der fehlenden Infrastruktur und einer angemessenen Arbeitszeitorganisation zuzurechnen, sondern den unterschiedlichen kulturellen Mustern in Schweden und in Deutschland. Solche Effekte lassen sich nicht ausschließen. Da aber Kenjoh zudem noch Japan, die Niederlande und Großbritannien in gleicher Weise verglichen hat, ist zunächst festzustellen, dass in allen Ländern die mütterliche Erwerbsquote zwischen den achtziger und neunziger Jahren gestiegen ist, während sie im Gegenteil in Deutschland leicht gefallen ist, aber alle Länder außer Schweden zeigen das gleiche charakteristische Muster wie Deutschland, dass nach dem ersten Kind ein Rückgang bei der Beschäftigung von Müttern zu beobachten ist, der überall zwischen 20 und 40 Prozent liegt.

Zudem arbeiten die besser ausgebildeten jungen Mütter tendenziell in allen Ländern mehr als die jungen Mütter mit einer geringeren Ausbildung, dies allerdings auch wieder mit Ausnahme von Schweden. Das heißt die Schweden haben es aufgrund ihrer Entwicklung von Infrastruktur- und Zeitpolitik geschafft, dass die Mütter entsprechend ihren Vorstellungen in Abhängigkeit vom Alter der Kinder nach der Geburt des Kindes zunächst nicht arbeiten, um dann langsam, aber kontinuierlich ihre Arbeitstätigkeit und diese überwiegend als Teilzeittätigkeit wieder auf das alte Niveau hochzuschrauben. Hingegen ist in Deutschland eine Reduktion der Erwerbsquote von rund 20 Prozent zu beobachten, wobei eine ähnliche Reduktion auch in den anderen Ländern auftritt, die mit einer privat organisierten Kinder-Infrastruktur oder wie in Japan mit praktisch kaum einer Infrastruktur für Kinder ausgestattet sind.

Jedenfalls entspricht das Verhalten der schwedischen Mütter den Überlegungen der französischen Kollegen, dass bei einem hinreichend ausdifferenzierten Angebot an Infrastruktur und einer angemessenen Zeitpolitik, in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder, schrittweise auch die Reintegration der Mütter in das Arbeitsleben erfolgt, und zwar ohne entsprechende Differenzen zwischen den Bildungsgruppen. Die Annahme, die Länge der Elternzeit beeinflusse dieses Verhalten in Deutschland, weil hier die Freistellung von der Arbeit mit 36 Monaten erheblich länger ist als in Schweden, ist vermutlich nicht richtig, weil Länder mit ähnlich langen Freistellungen erheblich höhere Erwerbsquoten aufweisen als Deutschland. So hat Finnland ähnlich wie Deutschland 36 Monate Elternzeit, die zum Teil die gesamte Zeit finanziert wird, aber trotzdem hat Finnland die höchste Frauenerwerbsquote in ganz Europa.

Das schwedische Modell entspricht überraschend genau den Prognosen, die Catherine Hakim mit ihrem Modell der Dreiteilung der Erwerbsorientierung von Müttern vermutet. Sie geht davon aus, dass etwa 15 Prozent der Frauen überwiegend berufsorientiert sind, was ziemlich genau der Quote der erwerbstätigen Mütter in der Untersuchung von Kenjoh entspricht. Etwa 70 Prozent schätzt sie als "adaptive Mütter" ein, was in der Beschäftigungsquote von den 60 bis 65 Prozent teilzeitbeschäftigten Frauen mit Kindern reflektiert ist, und den Rest von 15 bis 20 Prozent schätzt sie als überzeugte Haus- und Familienfrauen ein.

Leider ist es nicht möglich, trotz entsprechend vorliegender Daten, hier einen Vergleich zwischen Deutschland, Schweden und anderen euro-

päischen Ländern durchzuführen. Es spricht jedoch viel dafür, dass die Länder mit einer verlässlichen Infrastruktur für Kinder, wie sie aus der Sicht der Mütter für die Bildung und das Wohlbefinden ihrer Kinder von erheblicher Bedeutung ist, und die gleichzeitig eine Zeitpolitik entwickelt haben, die es den Müttern ermöglicht, sowohl Familie wie Beruf miteinander zu vereinbaren, ganz offenkundig auch den Wunschvorstellungen der meisten Mütter entsprechen.

Allerdings muss hier angemerkt werden, dass auch in einem betont auf die Gleichheit der Geschlechter hin orientierten Land wie Schweden nur eine spezifische Form der Wahlfreiheit für Mütter geschaffen wurde, während die Väter bei der Betreuung und Erziehung von Kindern auch in diesen Ländern nur eine eher untergeordnete Rolle spielen. Hier lässt sich nur darüber spekulieren, ob dieses das Ergebnis fehlerhafter politischer Anstrengungen oder auch möglicherweise der Tatsache geschuldet ist, dass die Lebensentwürfe von Männern und Frauen in Europa eben doch unterschiedlich sind. Möglicherweise wird der Ausgleich der unterschiedlichen Arbeitsbelastungen von Männern und Frauen nicht dadurch geleistet, indem auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung verzichtet wird, sondern indem ein Ausgleich über das unterschiedliche außerhäusliche und innerhäusliche Engagement der beiden Geschlechter herbeigeführt wird. Diese Frage ist hier nicht zu beantworten, sie scheint aber für eine familienorientierte "Geschlechterpolitik" von erheblicher Bedeutung zu sein. Neben diesen eher arbeitsmarktbezogenen Argumenten, die aber, soweit das gegenwärtig zu beurteilen ist, den Vorstellungen einer großen Mehrheit von jungen Erwachsenen in Deutschland entspricht, sollte nicht vergessen werden, dass gegenwärtig in Deutschland viel unternommen wird, um die Erwerbsquote der hoch und höchst qualifizierten jungen Erwachsenen weiter zu steigern.

Die Geburtenrate der hier im Wesentlichen untersuchten Altersgruppe, nämlich der zwischen 1961 und 1981 geborenen Frauen, liegt bei etwa 1,42. Diese Zahl lässt sich nur dann stabilisieren, wenn die Geburtenrate der Akademikerinnen steigt und die Kinderlosigkeit dieser Gruppe zurückgeht. Denn da sich in Deutschland gegenwärtig mehr junge Frauen mit mittlerem Ausbildungsabschluss für Kinder entscheiden und schon oben darauf hingewiesen wurde, dass auch in der Mehrkinderfamilie häufig sowohl Vater wie Mutter über mittlere Bildungsabschlüsse verfügen, bedeutet eine weitere Expansion der hoch und höchst qualifizierten Abschlüsse notwendigerweise, dass die Zahl der Kinder mit steigendem Erstgeburtsalter in ihrem Anteil in Deutschland eher weiter zurückgehen wird. Das ist eine längerfristige Entwicklung, aber sowohl die französischen wie die schwedischen Daten zeigen, dass eine Politik, die eine Balance zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen ermöglicht, tatsächlich die Differenzen hinsichtlich der Entscheidung für Kinder zwischen den Bildungsgruppen zu reduzieren vermag, so dass eigentlich auch in einer solchen Perspektive nur dafür zu plädieren ist, entweder dem nordeuropäischen Weg oder dem französischen Weg zu folgen und entsprechende Infrastrukturangebote und entsprechende Zeitmodelle zu entwickeln, die die lebbare Kombination der beiden Lebensbereiche ermöglicht.

14. Bildung und Mehrkinderfamilie

Diese Forderung gilt aber nicht nur, um die Polarisierungstendenzen zwischen eher kinderlosen Akademikern und Akademikerinnen in den neuen und modernen Berufen auf der einen Seite und denjenigen mit Kindern mit mittleren Berufen zu schließen, sondern sie gilt auch, wie in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt wurde, insbesondere für die Förderung der Mehrkinderfamilie.

Wir haben hier den Nachweis geführt, dass Kinder in Mehrkinderfamilien früher geboren werden als in Familien mit einem oder zwei Kindern. Diese frühe Entscheidung für Kinder erfolgt im Durchschnitt zwischen dem 23. und 25. Lebensjahr und damit zu einem Zeitpunkt, der auf jeden Fall unter medizinischen, biologischen und sozialen Gesichtspunkten als vernünftig einzuschätzen ist und der in etwa auch dem Zeitpunkt entspricht, zu dem die Mütter der heutigen jungen Erwachsenen ihre Kinder bekamen. Hier stellt sich die Frage, wie auf Dauer sicherzustellen ist, dass diese Entscheidung für Kinder in der Mitte des dritten Lebensjahrzehnts nicht letztlich damit bestraft wird, dass für die Mütter und die Väter dieser Kinder weitere Qualifikationen und berufliche Karrieren schon deswegen ausgeschlossen sind, weil der junge Vater im Wesentlichen die ökonomische Basis der jungen Familie sichern muss und die junge Mutter in dieser Lebensphase mit drei oder mehr kleinen Kindern kaum Zeit dafür hat, Qualifikation, Familie und mögliche Berufstätigkeit tatsächlich aufeinander beziehen zu können.

Das ist ein spezifisch deutsches Problem, weil die meisten europäischen Länder in ihrem Bildungssystem die Möglichkeit vorhalten, nach einem ersten recht frühen Abschluss auch noch im späteren Lebensverlauf berufsbegleitende weitere Bildungsqualifikationen zu erwerben, die für weitere berufliche Entwicklungschancen notwendig sind. Das ist in Deutschland nicht vorgesehen, weil hier die Erstausbildung einen fast deterministischen Effekt auf die weiteren beruflichen Chancen im Lebensverlauf hat. Insbesondere gilt das für die Berufe, die von den jungen Frauen präferiert werden. Denn viele dieser Berufe sind so genannte "Schul-Berufe", die in öffentlicher Trägerschaft zu einer beruflichen Qualifikation führen, die im Rahmen eines Tarifvertrages eine bestimmte Zuordnung erhält, aber keine Möglichkeit vorsieht, sich durch weitere Qualifikationen im späteren Lebensverlauf beruflich zu verbessern.

Diese Art der Qualifikation war für die jungen Frauen so lange kein Problem, wie sie davon ausgingen, nach einer eher kurzen Berufstätigkeit ihr Leben als Hausfrau und Mutter zu gestalten. Selbst bei einer jungen Mutter mit drei Kindern ist aber heute davon auszugehen, wie im Siebten Familienbericht herausgearbeitet wurde, dass spätestens in der Mitte des fünften Lebensjahrzehnts der Mutter selbst das jüngste Kind 15 Jahre alt ist und sich langsam verselbständigt und die Mutter dann noch eine Lebenserwartung von weiteren 40 Jahren hat. Daher kann hier nur eine Forderung aus dem Siebten Familienbericht wiederholt werden: Wenn für diese Berufe, wie etwa Pflegeberufe oder Erzieher-

berufe, nicht endlich Berufskarrieren und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden, die Unterbrechungen zulassen, aber auch daneben immer wieder die Möglichkeit geben, durch einen Neuanfang Neues zu lernen und das auch in der Mitte des Lebens, dann muss die Gesellschaft in Deutschland davon ausgehen, dass der Typus der Familie mit mehreren Kindern weitgehend verschwinden wird. Denn einerseits wird, wie oben beschrieben, der Anteil der jungen Erwachsenen mit einer hohen oder sehr hohen Ausbildung deutlich ansteigen, bei denen gegenwärtig eine hohe Kinderlosigkeit oder eine geringe Kinderzahl zu beobachten ist. Zum anderen muss Deutschland gleichzeitig davon ausgehen, dass der Anteil der Kinder in größeren Familien, bei denen die Eltern im Durchschnitt über eine geringere Qualifikation verfügen als die Eltern von ein oder zwei Kindern. Das hat zur Konsequenz, dass Kinder aus Mehrkinderfamilien zunehmend gegenüber anderen Kindern hinsichtlich ihrer Bildungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten benachteiligt werden.

Wie auch immer man im Einzelnen politisch zu einer solchen Entwicklung stehen mag, ist diese Entwicklung aus der Sicht der Kinder aber in mehrfacher Hinsicht problematisch. Kinder aus Ein- oder Zweikinderfamilien, deren Eltern über eine hohe Qualifikation verfügen, können in diesen Familien von den Eltern entsprechend hoch individuell gefördert werden und die Eltern verfügen über ein der Qualifikation entsprechendes Einkommen, das auch die Möglichkeit verschafft, zusätzliche Bildungsressourcen zu mobilisieren. Die Kinder aus Mehrkinderfamilien haben diese Chancen schon deswegen nicht, weil ihre Eltern sich zu einem Zeitpunkt für die Kinder entschieden haben, zu dem sich schon die Eltern dieser Eltern für Kinder entschieden haben. Aber die daraus resultierende Benachteiligung ist nicht einer irgendwie unvernünftigen Entscheidung der Eltern zuzurechnen, sondern der bisherigen Unfähigkeit der Politik, im Bereich von Bildung und Ausbildung neue und flexible Angebote und Modelle zu schaffen, die es ermöglichen, auch noch mit 35 oder 40 Jahren Qualifikationen neu zu erwerben; das deutsche Bildungssystem ist in seiner zünftig ständischen Ordnung noch im Mittelalter und in der frühen Neuzeit verhaftet, als man solche Angebote noch nicht benötigte.

Wenn Franz-Xaver Kaufmann zu Recht darauf hinweist, dass bei einer geringer werdenden Zahl von Kindern die Förderung des Humankapitals jedes einzelnen Kindes im Vordergrund stehen müsse (Kaufmann, 2005) und wir gleichzeitig wissen, welche große Bedeutung die Eltern für die Förderung ihrer Kindern haben, so ist kaum zu verstehen, dass die Bundesrepublik Deutschland sehr große Summen in die sozialen Sicherungssysteme investiert, aber so gut wie keine ausreichenden Investitionen in die Förderung des Humankapitals sowohl der Kinder wie auch der Eltern fließen lässt. Diese Tatbestände sind von der OECD und anderen immer wieder kritisch thematisiert worden, so dass zu hoffen ist, dass hier endlich in zunehmender Menge entsprechende Angebote geschaffen werden. Dabei ist das nicht allein ein Problem des Staates, vielmehr haben es die Arbeitgeber, und dabei vor allem die öffentlichen Arbeitgeber, aber auch die Gewerkschaften bisher weitgehend ver-

säumt, hier überhaupt Angebote zu formulieren oder auch nur Strategien zu entwickeln, wie mit diesen Fragestellungen umzugehen ist. Auch das wäre in meinen Augen eine sehr wichtige und nachhaltige Perspektive und Fragestellung für die Allianz für Familien, denn nur alle gesellschaftlichen Gruppen, die in diesem Bereich engagiert sind, können gemeinsam dazu beitragen, hier differenzierte Förderstrategien insbesondere für Mütter mit mehreren Kindern zu entwickeln, die diesen Frauen auch später berufliche Perspektiven eröffnen, die über die ursprüngliche Erstausbildung hinausgehen.

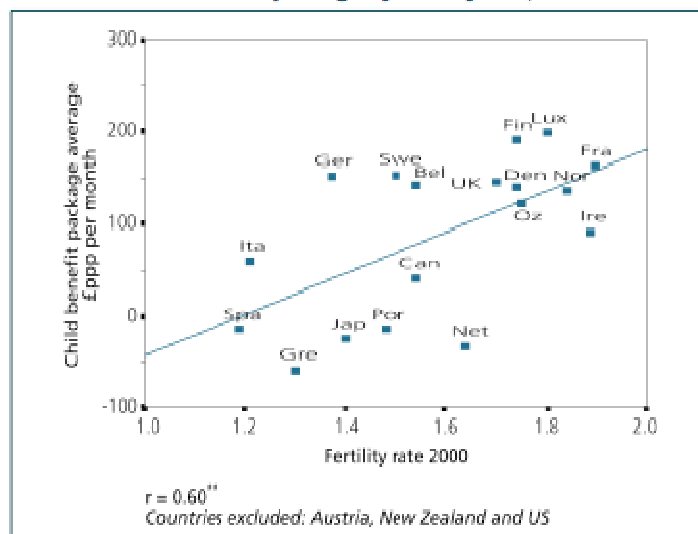
Wenn sich in diesem Bereich kein neues und entschiedenes Engagement entwickelt, ist davon auszugehen, dass die eingangs skizzierten Polarisierungstendenzen sich in Deutschland verschärfen werden. Denn auf der einen Seite haben die Eltern aus Mehrkinderfamilien hinsichtlich der Aufgabenbewältigung ihres Alltags und der fehlenden Angebote kaum eine Chance, sich entsprechend weiter zu qualifizieren, und auf der anderen Seite verfügen genau jene Familien, die aufgrund der Qualifikation der Eltern und der Beschränkung der Kinderzahl als Familien über bessere Chancen und können diese besseren Chancen bei einer differenzierteren Infrastruktur für ihre Kinder dann auch noch viel effizienter nutzen als heute. Auch ohne hier im Einzelnen detaillierte Vorschläge zu machen, scheint mir darin auch wiederum ein zentrales Thema einer Familienpolitik als Gleichstellungspolitik zu liegen, weil diese Konstellation insbesondere bei Müttern mit mehreren Kindern zutrifft, die solange die Kinder sehr klein sind, außerhalb der Familie wenig Handlungsoptionen haben, aber dann wenn die Kinder etwas größer sind, einer besonderen Förderung und Unterstützung bedürfen. Diese Förderung muss sich aber explizit auf die berufliche Teilhabe und die berufliche (Nach-)Qualifikation dieser Gruppe von Frauen konzentrieren, da ein großer Teil ihres Lebens auch bei mehreren Kindern nicht allein über die Erziehung der Kinder strukturiert wird.

15. Finanzielle Transferleistungen, demographische Entwicklung und ökonomische Lage von Kindern

Beim Vergleich der finanziellen Leistungen für Familien insgesamt in den OECD-Ländern ist festzustellen, dass sich Deutschland hinsichtlich seiner finanziellen Transferleistungen im Mittelfeld der Zuwendungen für Familien befindet, aber sowohl hinsichtlich der demographischen Entwicklung wie aber auch in Bezug auf die Kinderarmut nicht die positiven Effekte auftreten, die angesichts der eingesetzten Mittel im europäischen Vergleich zu erwarten wären. Im Vergleich der Aufwendungen, die pro Kopf eines Kindes im Durchschnitt in einem Land pro Jahr geleistet werden, ist festzuhalten, dass es eine sehr enge Korrelation zwischen Geburtenraten und finanziellen Leistungen gibt. Frankreich, Finnland, Dänemark und Großbritannien erreichen wie Norwegen oder Luxemburg Geburtenraten zwischen 1,7 und 2,0 Kindern.

Abbildung 25: Geburtenraten und finanzielle Transferleistungen im europäischen Vergleich

Figure 11.13 Child benefit package by fertility rate, 2000



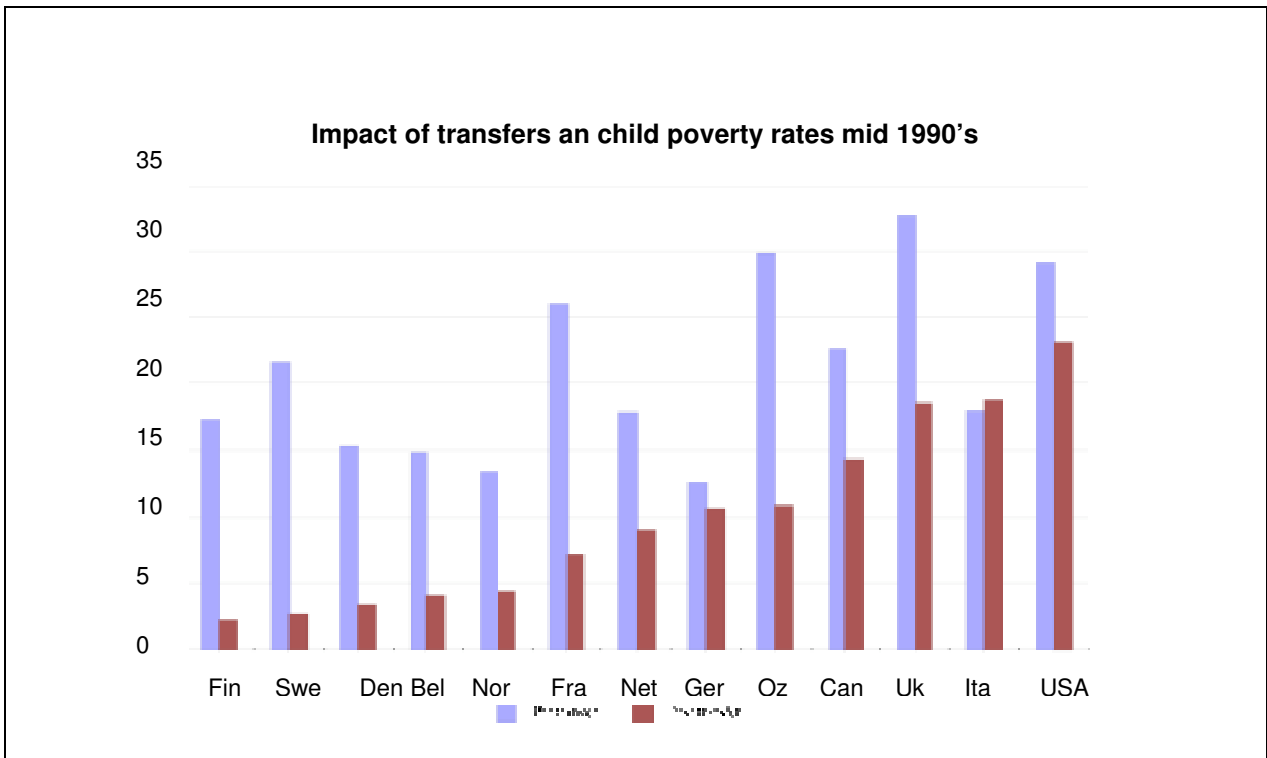
Quelle: Bradshaw/Finch (2002)

Die Länder, die wie Spanien, Italien und Griechenland relativ wenig Aufwendungen und Leistungen für Kinder erbringen, weisen auch geringe Geburtenraten unterhalb von 1,4 auf. Deutschland wendet relativ viel für Kinder auf und unterscheidet sich bei den finanziellen Transfers nur wenig von Dänemark, Norwegen, Frankreich und Großbritannien. Es liegt jedoch hinsichtlich der demographischen Ergebnisse eher bei den Ländern, die nur wenig in Kinder investieren. Das kann kulturelle Gründe haben oder auch bestimmten ökonomischen Entwicklungen geschuldet sein, möglicherweise aber auch der spezifischen

historischen Situation der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren zuzurechnen sein. Das lässt sich mit einem solchen Querschnittsvergleich nicht begründen. Die hier aufgeführten Mittel für Kinder enthalten nicht nur die direkten Transferleistungen, sondern auch die Unterstützung für Miete und ähnliches. Es ist zumindest nicht unplausibel zu vermuten, dass die in Deutschland aufgewandten Mittel nicht besonders gut gebündelt sind, so dass zwar viel Geld fließt, dieses Geld aber breit gestreut wird. Dieser Zusammenhang lässt sich aus der Grafik zunächst nicht ableiten, weil hier nur die Relation zwischen Zahlung und Aufwand und Zahl der Kinder hergestellt wird, ohne im Einzelnen zu differenzieren.

Vergleicht man die ökonomische Situation von Kindern auf der Basis der von den Eltern erzielten Einkommen und berücksichtigt die entsprechenden Transferleistungen, so ist für Deutschland nur festzustellen, dass die relative Kinderarmut von 12 bis 13 Prozent durch die Transferleistungen um lediglich 2 bis 3 Prozent gedrückt wird. Demgegenüber ist für Finnland, Schweden und Dänemark, aber auch Norwegen, Frankreich und Belgien zu zeigen, wenn man nur die jeweiligen Einkommen der Eltern ohne Transferleistungen betrachtet, dass teilweise viel höhere Quoten von Kinderarmut vorliegen als in Deutschland, jedoch die Kinderarmut in diesen Ländern nach den Transferleistungen deutlich gesenkt ist.

Abbildung 26: Kinderarmut und finanzielle Transfers



Quelle: Finch/Bradshaw (2003)

Bei diesen Vergleichen ist zwar in Rechnung zu stellen, dass diese Differenzierungen auch dadurch entstehen können, dass in manchen europäischen Ländern Mindestlohnmodelle oder auch Kombilohnmodelle üblich sind, die zu einem entsprechenden Ausgleich führen können. Wenn in Deutschland auf solche Modelle wesentlich verzichtet wird, lässt sich notwendigerweise das Existenzminimum bei vielen Familien nicht erreichen, und als Folge sind die relativen Armutsquoten höher als in anderen Ländern, selbst dann, wenn sich die sozioökonomische Situation der Familien nicht wesentlich unterscheidet. Diese Frage wird sich absehbar leichter beantworten lassen, weil in Zukunft die nationalen Haushaltsstichproben EU-weit vergleichbar gezogen werden und daher solche Vergleiche leichter ermöglichen als gegenwärtig. Trotzdem zeigen sowohl die Zusammenhänge zwischen der demographischen Entwicklung und den finanziellen Aufwendungen wie aber auch die Relationen zwischen den Quoten von relativer Armut vor und nach Transferleistungen, dass das deutsche System nicht besonders effektiv ist.

16. Fazit

Die Botschaften dieses Gutachtens entbehren nicht einer gewissen Härte und Kritik an den früheren Entscheidungen im Bereich der Familienpolitik. Daher sei in dieser abschließenden Zusammenfassung und den Schlussfolgerungen zunächst noch einmal betont, dass viele Entscheidungen, die in Deutschland in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem Verzicht auf den Ausbau der Infrastruktur für Kinder geführt haben, sowie die "gießkannenförmige" Verteilung von Mitteln an Familien mit einer Fülle von Einzelmaßnahmen im Kontext einer Familienpolitik, die den gewandelten Lebensrhythmus von jungen Erwachsenen und ihre geänderten Lebensperspektiven weitgehend ignoriert, auch als Ergebnis wissenschaftlicher Beratungen anzusehen sind.

Hier kann keine Kritik früherer Familienberichte, Gutachten und wissenschaftlichen Positionen zu den verschiedenen Aspekten der demographischen Entwicklung, der Armutsentwicklung und der veränderten demographischen Muster in der modernen Gesellschaft formuliert werden, doch muss gesehen werden, dass Familienpolitik in Deutschland immer eine eng durch die Wissenschaft beratene Politik gewesen ist. Eine große Schwäche vieler dieser Beratungen, Gutachten und Überlegungen ist aber darin zu sehen, dass anders als beispielsweise in der historischen Demographie oder der historischen Familienforschung darauf verzichtet wurde, durch einen sorgfältigen Vergleich internationaler Entwicklungen zu analysieren, welche Konsequenzen sich bei der Übertragung von Maßnahmen aus anderen Ländern für Deutschland ergeben könnten. Viele internationale Vergleiche noch in den neunziger Jahren und im neuen Jahrtausend haben sich wesentlich darauf konzentriert, die verschiedenen Länder zu typologisieren und auf der Basis solcher Typologien die einzelnen Länder als sozialdemokratisch oder liberal oder als konservativ zu bezeichnen.

Bei dieser Typologisierung wurde aber übersehen, dass die meisten Länder in Europa immer wieder einen erheblichen Wandel der politischen Orientierungen und die Herrschaft unterschiedlicher Parteien erlebt haben. Daher greift eine generelle Klassifizierung der einzelnen Länder als "liberal" oder "konservativ" oder auch "sozialdemokratisch" zu kurz, um damit bestimmte politische Modelle im Umgang mit Familien und mit Kindern zu charakterisieren. England wird heute immer als ein liberales Land dargestellt, galt jedoch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Siebziger Jahre zu Zeiten der konservativen Familienpolitik der CDU als das Land, das von allen westeuropäischen Ländern dem Sozialismus am nächsten stand. Spanien wird als ein konservatives Land charakterisiert, obwohl es seit dem Untergang der Diktatur die längste Zeit sozialdemokratische Regierungen erlebt und beispielsweise intensiv in die Infrastruktur für Kinder investiert hat. Frankreich wiederum, das als konservatives Land bezeichnet wird, hat nach Auffassung der meisten französischen Wissenschaftler unter dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand auch im Bereich der

Familienpolitik den Übergang von einer pronatalistischen Politik zu einer Gleichberechtigungspolitik zu vollziehen versucht. Die Bundesrepublik Deutschland hat unter Willy Brandt und Helmut Schmidt keinesfalls eine aus damaliger Sicht konservative Familienpolitik betrieben, vielmehr waren die damaligen Familienministerinnen fest davon überzeugt, eine gute sozialdemokratische Politik zu betreiben.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass solche Typologien, wie sie in den wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Publikationen gern erörtert werden, möglicherweise der Reputation der Kollegen dienen, aber keine familienpolitische Beratungsrelevanz erkennen lassen. Vermutlich ist die Einschätzung der historischen Demographen und Familienforscher wie Michael Mitterauer plausibler, dass die Länder in Europa schon vor der Europäischen Union gerade im Bereich der Familienpolitik immer in die Nachbarländer geschaut haben und dann viele dieser Überlegungen auch in die entsprechenden nationalen Maßnahmen eingeflossen sind (Mitterauer, 2003).

Bei der Argumentation dieses Gutachtens haben wir uns auch an dieser durch die Familienhistoriker begründeten Tradition orientiert und dabei, dem Konzept des Siebten Familienberichts folgend, den Wandel von Bildung und beruflichen Qualifikationen unter der Perspektive der Reorganisation der zeitlichen Verläufe von Berufsintegration und Familiengründung analysiert. Dabei wurde in Anlehnung an französische Autoren auch für Deutschland der Nachweis geführt, dass die mangelnde politische Reaktion auf diesen Wandlungsprozess in Deutschland ebenso wie auch in manchen anderen Ländern dazu geführt hat, dass heute Polarisierungstendenzen auftreten zwischen den Berufsgruppen der modernen Wissensgesellschaft mit spezifischen Qualifikationen und anderen Berufsgruppen, die eher der klassischen Industriegesellschaft zuzuordnen sind. Denn in diesen neuen Berufsgruppen ist die Kinderlosigkeit zu einem Teil der Lebensform einer immer größeren Gruppe von Menschen geworden, wie das am Beispiel der Medien- und der IT-Industrie, aber auch bei weiblichen Entscheidungsträgern im öffentlichen Bereich einschließlich der Abgeordneten verdeutlicht wurde. Diesen eher kinderlosen und partnerlosen Berufsgruppen stehen traditionelle Berufsgruppen gegenüber, wie Industriefacharbeiter, Erzieherinnen, aber auch Lehrerinnen und Verkäuferinnen, die sich für Kinder entscheiden.

In den Abschnitten zu den internationalen Vergleichen wurde sehr deutlich, dass in den Ländern, die wie Frankreich, Finnland oder Schweden rechtzeitig auf diese Veränderungen von Qualifikation und Berufsstruktur reagiert und in eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder nicht nur für die unter 3-Jährigen, sondern auch für die 6- bis 10-Jährigen investiert haben, in der Konsequenz für einen großen Teil ihrer jungen Erwachsenen die Alternative Kinder oder Beruf in der Lebensplanung kein Thema ist. Im internationalen Vergleich ist extrem hohe Kinderlosigkeit in Deutschland wesentlich darauf zurückzuführen, dass hier diese Polarisierungstendenzen, die es auch in anderen Ländern gibt, extrem ausgeprägt sind. Für diese These spricht im Übrigen auch, dass

in den neuen Bundesländern mit ihrer besseren Betreuungsinfrastruktur für Kinder die Kinderlosigkeit auch in diesen Berufen bisher jedenfalls erheblich geringer ausfällt als in den alten Bundesländern.

Wer immer in Deutschland die hohe Kinderlosigkeit beklagt, insbesondere im Bereich der Politik, sollte in Rechnung stellen, dass in Deutschland Politik und Wirtschaft in erheblichem Umfang Verantwortung für diese im internationalen Vergleich hohe Kinderlosigkeit tragen. Bis heute ist die Politik in den Bundesländern nicht bereit, in eine sichere und verlässliche Ganztagsbetreuung für Kinder zwischen 3 und 10 Jahren zu investieren, ähnlich wie Frankreich, Nordeuropa, aber auch viele Länder Südeuropas, weil die Bundesrepublik Deutschland in ihren Gebietskörperschaften bisher nicht bereit ist, die in diesem Bereich notwendigen Investitionen zu tätigen, wie alle internationalen Organisationen immer wieder bestätigen.

Nach den hier vorgelegten Analysen reicht es nicht aus, nur in die Betreuung der unter 3-Jährigen zu investieren, denn die Verlässlichkeit gilt auch für die Kinder über 3 Jahren. Dabei ist von Frankreich, Finnland, Schweden und anderen Ländern zu lernen, dass die Akzeptanz dieser Betreuungsangebote durch die Eltern auch in diesen Ländern erheblich davon abhängt, dass es bei diesen Angeboten nicht nur um Betreuung geht, sondern immer auch ein Bildungsanspruch formuliert wird, den die Eltern in diesen Einrichtungen auch realisiert sehen wollen.

Am Beispiel von Schweden und anderen europäischen Ländern konnte aber auch gezeigt werden, dass die Balance zwischen Beruf und Familie nur dann gewährleistet ist, wenn es neben der verlässlichen Infrastruktur auch hinreichend Teilzeitstellen gibt, denn die durchgängig hohe Beschäftigungsquote der Mütter von 80 Prozent in Schweden ist auch darauf zurückzuführen, dass für Mütter mit Kindern hinreichend Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stehen und von den 80 Prozent beschäftigten Müttern drei Viertel, nämlich gut 60 Prozent bis zum 5. Lebensjahr des Kindes teilzeittätig sind.

Die mangelnde Reaktion auf die veränderten Qualifikations- und Berufsstrukturen hat aber nicht nur das demographische Problem der Polarisierung zwischen verschiedenen Berufsgruppen in Deutschland besonders befördert, sondern darüber hinaus auch dazu geführt, dass Familien mit mehreren Kindern in mehrfacher Hinsicht armutsgefährdet sind.

Entsprechend vieler demographischer Untersuchungen bekommen junge Frauen, die sich für mehrere Kinder entscheiden, diese viel früher als Frauen, die sich nur für ein Kind entscheiden. Als Folge ist das Qualifikationsprofil der Frauen mit mehreren Kindern geringer als bei den Frauen mit einem oder zwei Kindern. Dabei muss in Bezug auf die frühere Entscheidung für Kinder klar artikuliert werden, dass unter einer medizinisch-biologischen Perspektive der Zeitpunkt der ersten Geburt, der von den Frauen mit mehreren Kindern gewählt wird, mit etwa 23 bis 25 Jahren optimal ist, und diese Frauen entscheiden sich zu einem Zeitpunkt für Kinder wie schon ihre Mütter in der Mehrzahl. Deutschland hat

im Gegensatz zu anderen Ländern keine sehr hohe Zahl von so genannten Teenagerschwangerschaften. Das Problem liegt eher darin, dass unser auf die Erstausbildung fixiertes Berufssystem es überhaupt nicht vorsieht, dass in dieser Phase von Qualifikation und Berufseintritt auch die Lebensentscheidungen für Kinder getroffen werden, und diese Entscheidung im höheren Lebensalter nach der beruflichen Etablierung zu einer klaren Reduktion der Kinderzahl führt. An keinem Beispiel ist so klar zu verdeutlichen, dass in Deutschland bei einer Entscheidung für mehrere Kinder die Wahlfreiheit für Kinder und berufliche Entwicklung a priori ausgeschlossen ist.

Das ist wiederum hart formuliert, weil natürlich eine Reihe von Müttern mit mehreren Kindern beides kombinieren konnte. Aber eine Gesellschaft und eine Politik, die sich darauf verlassen, dass die wenigen Frauen, die solche Lebensmodelle aufgrund eigener Kompetenz, glücklicher Lebensumstände oder auch unterschiedlicher Zufälle realisieren, ohne dafür stützende Rahmenbedingungen zu setzen, dürfen sich nicht wundern, dass Deutschland seit dem Beginn der Bildungsreform in den Sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern nur noch sehr wenige Familien mit mehreren Kindern kennt und gleichzeitig die Gefahr besteht, dass die Qualifikation der Eltern in diesen Familien hinter der Qualifikation der Eltern von wenigen Kindern zurückbleibt.

Daher liegt heute eine der größten familien- und bildungspolitischen Herausforderungen darin, Qualifikationsangebote und Bildungsangebote zu entwickeln, die auch und gerade den Müttern, die sich mit 23 bis 24 Jahren für Kinder und für mehrere Kinder entscheiden, die Möglichkeit gibt, entweder in ihrer Erziehungszeit oder danach, mit entsprechenden Qualifikationen die Chance zu haben, diese Zeit der Fürsorge nicht als einen arbeitsmarkt- und sozialversicherungsrechtlichen Makel und lebenslangen Nachteil tragen zu müssen. Das ist nicht allein Aufgabe der Politik, sondern gerade auch Aufgabe der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und auch der Wissenschaft, hier entsprechende Konzepte und Angebote zu entwickeln. Hier lässt sich auch gut vorstellen, dass die Allianz für Familien nicht nur mehr einzelne Beispiele würdigt, sondern konzeptionell Strategien zu entwickeln beginnt, wie sich diese Bereiche besser miteinander verzahnen lassen als heute möglich. Hier ist möglicherweise auch eine neue Aufgabe von Stiftungen zu sehen, sich in diesem Bereich zu engagieren.

Die Gefahr, dass Mehrkinderfamilien hinsichtlich ihres Bildungskontextes gegenüber anderen Familien zurückfallen mit dem Risiko der Bildungsarmut für Kinder, ist für Deutschland ebenso klar zu benennen wie die Gewissheit für einen großen Teil der Familien mit mehreren Kindern, ihre Kinder in relativer Armut aufziehen zu müssen. Das ist kein neues Phänomen, sondern auch Ergebnis einer Familien- und Sozialpolitik, die bisher die besondere Situation von Mehrkinderfamilien in einer Gesellschaft, in der die Haushalte immer kleiner werden, überhaupt nicht berücksichtigt hat.

Der entscheidende Unterschied des französischen zum deutschen Modell liegt darin, dass die Mittel grundsätzlich auf die Kleinkindphase konzentriert werden und dass zudem das erste Kind überhaupt nicht, sondern erst ab dem zweiten oder dritten Kind, dann aber großzügig, gefördert wird. Gleichzeitig zeigt das französische Modell auch, dass es für die Familien sinnvoll sein kann, zwischen der Geburt des ersten, zweiten und dritten Kindes größere Abstände zu haben, um in der Kleinkindphase den Kontakt zur Berufswelt zumindest über Teilzeittätigkeit nicht zu verlieren, was der französische Staat durch entsprechende flankierende Leistungen unterstützt.

Das französische Modell der direkten Transferleistungen für Kinder ist in seiner Grundkonstruktion klar auf eine Lebensverlaufsperspektive angelegt, in der sich unterschiedliche Lebensphasen abwechseln. Damit entspricht es auch den Vorschlägen des Siebten Familienberichts. Nun kann man nicht einfach empfehlen, das französische Modell auf Deutschland zu übertragen, doch dürfte deutlich geworden sein, dass ein Umbau des deutschen Systems in Anlehnung an französische Optionen möglicherweise finanzielle Spielräume schafft, die sowohl die Bildungsarmut der Mehrkinderfamilien effektiv bekämpfen wie aber auch die relative Armut der Mehrkinderfamilien, die gerade bei jungen Familien mit vier Kindern in ihrer Mehrheit gilt. Das französische Modell hat zudem gegenüber dem deutschen System den unabwiesbaren Vorteil, dass die Maßnahmen einzeln und in ihrer Summe überschaubar sind.

Es war im Rahmen dieses Gutachtens nicht möglich, dieses Modell jetzt in seinen ökonomischen, rechtlichen und sozialen Konsequenzen in allen Einzelheiten auf Deutschland zu übertragen und entsprechend vergleichend zu diskutieren. Jedoch erscheint es zwingend erforderlich, mehrere solcher europäischer Modelle, etwa das finnische Modell, das in einem früheren Gutachten diskutiert wurde, in der gleichen Weise auf die Situation in Deutschland zu übertragen und zu prüfen, wie sich unter den politischen Zielen einer besseren Balance von Familie und Beruf, der Verringerung der Bildungsarmut von Familien mit mehreren Kindern und der möglichen Vermeidung der ökonomischen Armut von Kindern auch gleichzeitig eine verbesserte Lebensperspektive von Müttern mit mehreren Kindern in der modernen Gesellschaft schaffen lässt.

Eine solche vergleichende Vorgehensweise von familienpolitischen Maßnahmen hat aus unserer Sicht gegenüber Neukonstruktionen, wie sie gegenwärtig in Deutschland diskutiert werden, den unbestreitbaren Vorteil, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit nicht auf Plausibilitätsannahmen zurückgreifen zu müssen, sondern sich in ihrer Funktionsweise in den jeweiligen Ländern im Einzelnen untersuchen zu lassen. Das setzt allerdings voraus, dass in der hier gewählten Perspektive nicht auf der Ebene globaler und summarischer Aufwendungen für Familien argumentiert wird, sondern der Versuch unternommen wird, auf der Mikroebene, d.h. aus Sicht der einzelnen Einkommens- und Familientypen zu argumentieren. Dazu gibt es auch international inzwischen eine Reihe von wirklich eindrucksvollen Beispielen. In diesem Punkt wird nur die

Rückständigkeit der deutschen Familienforschung deutlich, die bisher solche Beispiele als konsequentes Instrument von Politikberatung nur selten genutzt hat. Es reicht aber eben nicht, darauf zu verweisen, was andere Länder tun, sondern im Unterschied zu jenen Empfehlungen hat dieses Gutachten, ähnlich wie Bradshaw oder UNICEF, bei der Diskussion der Kinderarmut die Konsequenzen der Maßnahmen, wie andere Länder sie vorhalten, auf Familien in Deutschland angewandt (Finch and Bradshaw, 2003).

17. Literaturverzeichnis

Bachu, Amara and Martin O'Connell (1998), 'Fertility of American Women: June 1998', Current Population Reports, P20-526.

Bertram, Hans (2007), Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung für die Bundesrepublik Deutschland, ed. Centre, UNICEF - Unicef Innocenti Research, (Ergänzung der deutschen Situation der Report Card 7 „An Overview of Child Well-Being in Rich Countries“).

Bertram, Hans/ Rösler, Wiebke/ Ehlert, Nancy (2005), 'Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftspolitik durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik', Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bradshaw, Jonathan/ Finch, Naomi (2002): A Comparison of Child Benefit packages in 22 countries. Research Report, 174.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000), 'Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen - Belastungen - Herausforderungen'.

——— (2006), Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilisierung und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslauforientierte Familienpolitik, eds. Bertram, Hans, et al., (Berlin: Deutscher Bundestag. Drucksache 16 / 1360).

Carin (Hg.) (, Fertility, Timing of Births and Socio-economic Status in France and Britain. Social Policies and Occupational Polarization; Discussion paper, Institut National Etudes Démographiques Population 2002/3 - Volume 57 ; Paris.

Chesnais, Jean-Claude (2005), 'Why French Fertility is preserved from a collapse?', Population Association of Germany. National Population Policies in Post-Transitional Context.

Eggen, Bernd (2006), 'Zur ökonomischen Situation der Familien', in Bertram, Hans/ Krüger, Helga/ Spieß, Katharina C. (ed.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung (Opladen: Leske + Budrich), 457-84.

Esping-Andersen, Gosta (2000), Social indicators and welfare monitoring (Social policy and development programme paper), (ISBN: B0000CPEFX edn., United Nations Research Institute for Social Development).

Eurostat 'Europäischer Datenservice. Online Portal: <http://www.eds-destatis.de>'.

Fagnani, Jeanne (2006), 'Familienpolitik in Frankreich: Vor- und Nachteile', in Bertram, Hans/ Krüger, Helga/ Spieß, Katharina C. (ed.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung (Opladen: Leske + Budrich), 383-402.

Finch, Naomi and Jonathan Bradshaw (2003), 'Fertility and supporting the Costs of Children', Paper for conference on Recent fertility trends in Northern Europe.

Friedeburg, Ludwig von (1965), Jugend in der modernen Gesellschaft, (Köln: Kiepenheuer & Witsch).

Hakim, Catherine (2003), Models of the Family in Modern Societies. Ideals and Realities, (Adlershot: Ashgate).

Hochschild, Arlie Russel (1995), 'The Culture of Politics: Traditional, Postmodern, Cold-modern, and Warmmodern Ideals of Care', Social Politics, 331-46.

Hoem, Jan M. (2005), 'Why does Sweden have such a high fertility?', Demographic research, 13, Article 22 559-72.

ISSP (2000), 'Work-Lifestyle Choices in the 21st Century. Preference Theory'.

——— (2002), 'Family and Gender Roles III - Questionnaire',

Jürgens, Hans. W./ Pohl, Katharina (1975), Kinderzahl - Wunsch und Wirklichkeit, (Band 1; Wiesbaden: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung).

Kaufmann, Franz-Xaver (1995), Zukunft der Familie im vereinten Deutschland, (Literatur UB edn., München: Beck) IX, 282 S.

——— (2005), Schrumpfende Gesellschaft, (Frankfurt am Main: Suhrkamp).

Kenjoh, Eiko (2005), 'New Mothers Employment and Public Policy in the UK, Germany, the Netherlands, Sweden, and Japan', Labour (Special Issue), 19 5-49.

Laslett, Peter (1997), 'Die europäische Familie der Gegenwart: Einzigartig in der Geschichte?', in Ehmer, Hareven, Wall (ed.), Historische Familienforschung. Ergebnisse und Kontroversen (Frankfurt/New York: Campus Verlag), 39-56.

Lesthaeghe, Ron (2000), 'Europe's Demographic Issues: Fertility, Household Formation and Replacement Migration', EPD Working Paper, 6 42.

MISSCOC (2003), 'Mutual Information System on Social Protection: http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/missoc_de.htm', Europäische Kommission.

Mitterauer, Michael (2003), Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, (München: Beck Verlag).

Neuwirth, Nibert / Wernhart, Georg (2007), 'Die Entscheidung von Müttern zur Erwerbspartizipation. Institutionelle Rahmenbedingungen, Werthaltungen und Aufteilung der Hausarbeit', Nr. 65, (Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung).

OECD (2005), 'Mehr Chancen für alle durch eine aktive Sozialpolitik: Kurzbericht.

OECD Publishing (2007), 'Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life: A Synthesis of Findings for OECD Countries'.

Pfau-Effinger, Birgit (1995), 'Teilzeitarbeit und Modernisierung des Geschlechtskontrakts im europäischen Vergleich', in Gräbe, Sylvia (ed.), Private Haushalte und neue Arbeitsmodelle (Frankfurt am Main / New York: Campus), 53-68.

Pfeil, Elisabeth (1961), Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien, (Tübingen: J.C.B. Mohr).

Popitz, Heinrich/ Bahrtdt, Hans P. et al. (1957), Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, (Tübingen: Mohr).

Popitz, Heinrich/ Bahrtdt, Hans Paul et al. (1961), Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, (Tübingen: Mohr).

Rainwater, Lee / Smeeding, Timothy (2003), Poor Kids in a Rich Country: America's Children in Comparative Perspective, (New York: Russell Sage Foundation).

Roloff, Juliane (2007), 'Familienpolitik und Geburtenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der ehemaligen DDR', in Auth, Diana/ Holland-Cunz, Barbara (ed.), Grenzen der Bevölkerungspolitik - Strategien und Diskurse demographischer Steuerung (Opladen: Barbara Budrich).

Schmucker, Helga (1954), 'Studie zur Frage des Familieneinkommens', Allgemeines Statistisches Archiv, 38, 28-47.

——— (1959), 'Einfluss der Kinderzahl auf das Lebensniveau der Familien. Empirische Untersuchung an Hand der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik', Allgemeines Statistisches Archiv, 43, 35-55.

Schubnell, Hermann (1973), Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 6.

Schwarz, Karl/ Zimmermann et al. (1984), 'Wirtschaftswissenschaftliche Ansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens', in Dokumentation der Jahrestagung 1984 der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V., Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Selbstverlag der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V.).

Statistisches Bundesamt (2007), 'Pressekonferenz am 28. November 2007 in Berlin: Mikrozensus 2006'.

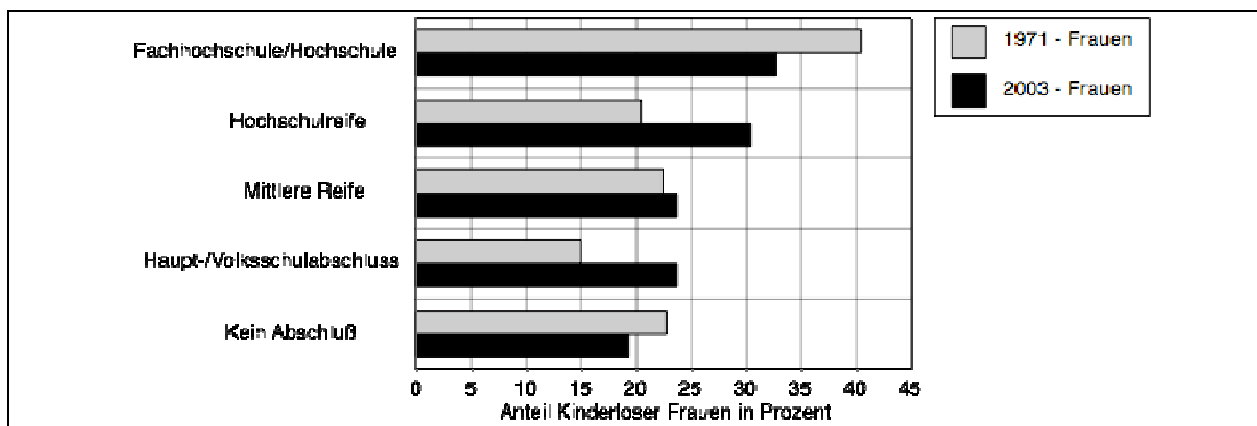
Statistisches Bundesamt 2007 (S. 17 - Anstellungsdauer im aktuellen Betrieb).

Trost, Jan (1989): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften, in R. Nave-Hertz & M. Markefka (eds.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Luchterhand, 198,9UNICEF (2005), 'Kinderarmut in reichen Ländern'.

Waldfoegel, Jane (2005), 'International Policies toward parental leave and child care', The Future of Children, 11/No.1 99-111.

18. Anhang

Abbildung 27: Kinderlosigkeit nach Bildung und Berufsabschluss 1971 und 2003



Quelle: Sonderauswertungen der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 durch ZUMA, Mannheim; Statistisches Bundesamt: Auswertungen des Mikrozensus 2003

18.1. Datenvalidität

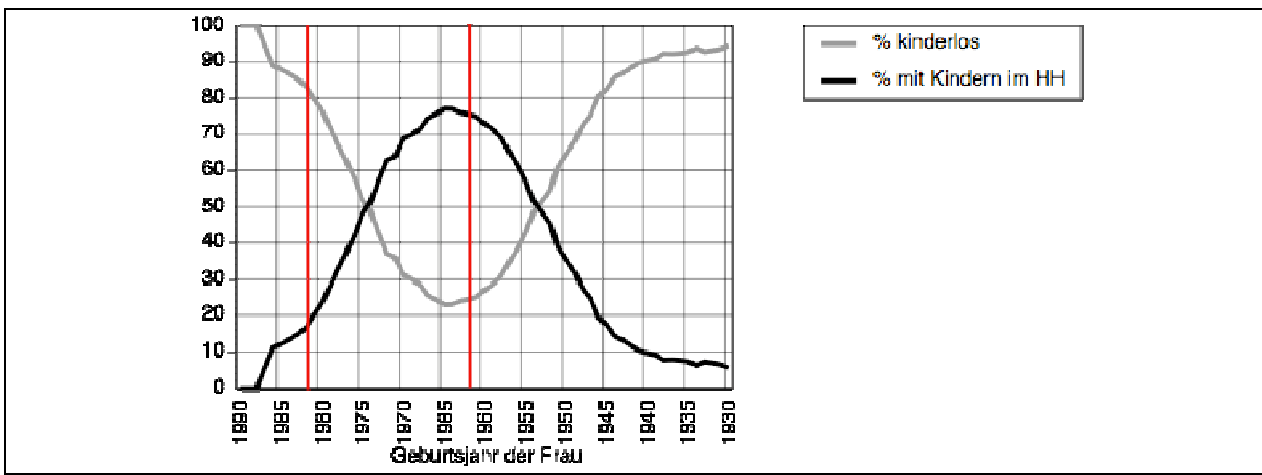
Die Analyse stützt sich auf den Mikrozensus Scientific Use File 2004, eine faktisch anonymisierte 70-Prozent-Substichprobe des Original Mikrozensus. Diese wird als systematische Zufallsauswahl aus dem Originalmaterial des Statistischen Bundesamts gezogen. Der Mikrozensus selbst repräsentiert ein Prozent der Haushalte in Deutschland¹², die in der Regel in vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt werden. Jährlich kommen somit nur ein Viertel der Befragten neu hinzu. Da die Befragung anonymisiert ist, ist ein Poolen von Mikrozensus-Scientific-Use-Files mit einem Abstand von unter vier Jahren nicht möglich. Der Mikrozensus 2004 wurde ausgewählt, da er der letzte vor den Reformen ist. Die Wirkung der Reformen ist erst mit der Mikrozensususerhebung 2008 abschätzbar.

Da in der vorliegenden Studie in erster Linie Aussagen zu den Familien nach Kinderzahl getroffen werden, musste die Fallzahl auf bestimmte Alterskohorten eingeschränkt werden. Im Mikrozensus gilt das Resi-

12 "Insgesamt nehmen etwa 370.000 Haushalte mit 820.000 Personen an der Erhebung teil. Das gleich bleibende Erhebungsprogramm beinhaltet soziodemographische Fragen zur Person, Fragen zum Familien- und Haushaltszusammenhang sowie zu den Bereichen Erwerbstätigkeit, Einkommen und Ausbildung. Für den Großteil der Fragen besteht Auskunftspflicht. Daneben werden auf freiwilliger Basis in jeweils vierjährigen Abständen zusätzliche Angaben (...) erhoben. Aufgrund des breiten Spektrums an Erhebungsmerkmalen und der großen Zahl an Erhebungseinheiten eignet sich der Mikrozensus besonders für die Analyse von Teilpopulationen wie zum Beispiel einzelner Nationalitäten oder Berufsgruppen. Regionalisierte Ergebnisse lassen sich etwa auf Ebene der Regierungsbezirke (...) darstellen..." (<http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/GML/daten/mz/MZ-Info/SUF.htm>)

denzprinzip: es wird nicht nach den leiblichen Kindern, sondern nur nach den Kindern im Haushalt gefragt. Da Kinder im Anschluss an ihre Schulbildung häufig das Elternhaus verlassen, fallen diese Kinder aus dem Datensatz heraus. Die ältesten Frauen, die in der vorliegenden Studie betrachtet werden, sind 1961 geboren und 44 Jahre alt, da danach die Kinderlosigkeit im Mikrozensus wieder ansteigt und die durchschnittliche Kinderzahl sinkt. Unsere Analyse beschränkt sich deshalb auf die 1961 bis 1981 geborenen Frauen.

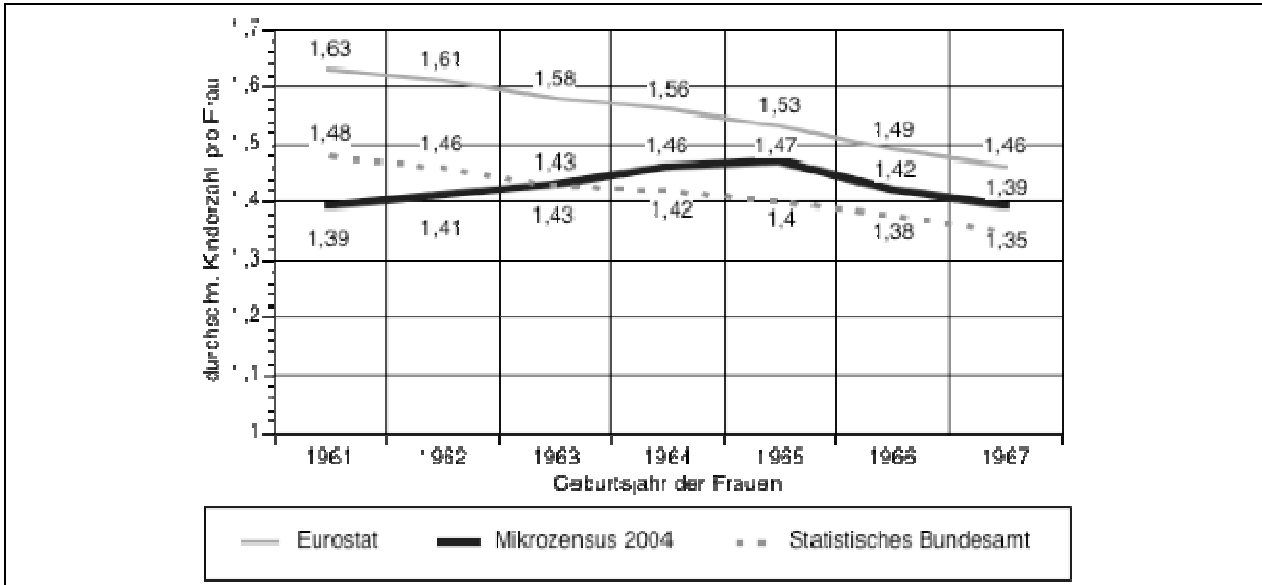
Abbildung 28: Fallauswahl: Frauen geboren 1961 bis 1981 im MZ 2004 (SUF)



Quelle: MZ 2004 (SUF), eigene Auswertung

In der folgenden Grafik sind die durchschnittlichen Kinderzahlen für die drei verschiedenen Datenquellen Mikrozensus 2004 (SUF), Statistisches Bundesamt (Geborenenstatistik der Standesämter) und Eurostat dargestellt. Deutlich wird, dass durchaus Abweichungen vorhanden sind, allerdings bewegen sie sich doch auf einem akzeptablen Niveau und ermöglichen eine weitere Analyse. Die höchste Validität weisen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf, da sie auf den Registerdaten der Geburtenstatistik der Standesämter beruhen.

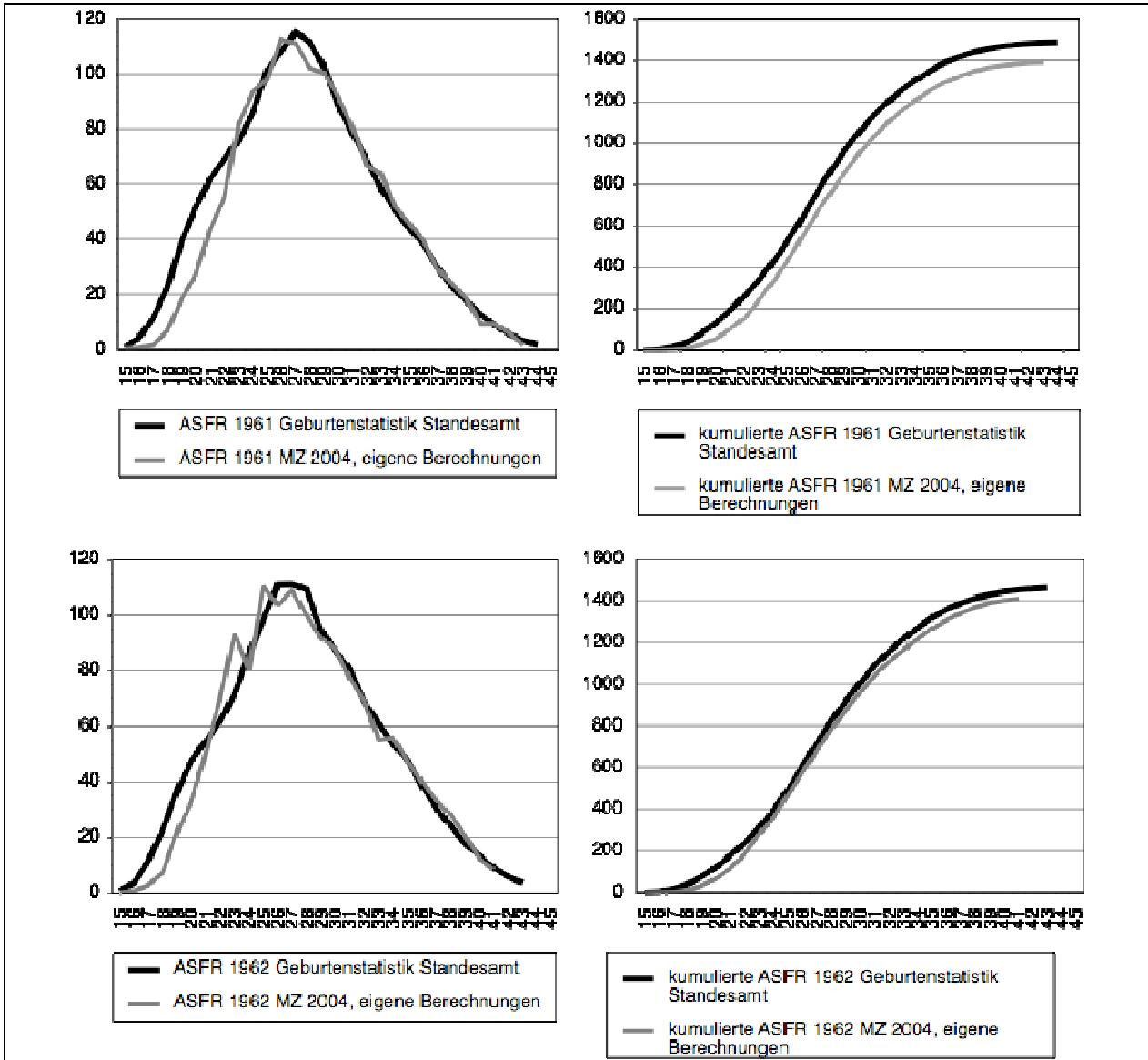
Abbildung 29: Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau der Geburtsjahrgänge 1961-1967 im Mikrozensus 2004 (SUF), in der amtlichen Statistik der Europäischen Union sowie in den Registerdaten des Statistischen Bundesamtes



Quelle: eigene Darstellung, Quellen: - Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen - Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2005. S70 - Statistisches Bundesamt: Geborenenstatistik der Standesämter; VIB-178 Altersspezifische Geburtenziffern nach Kohorten

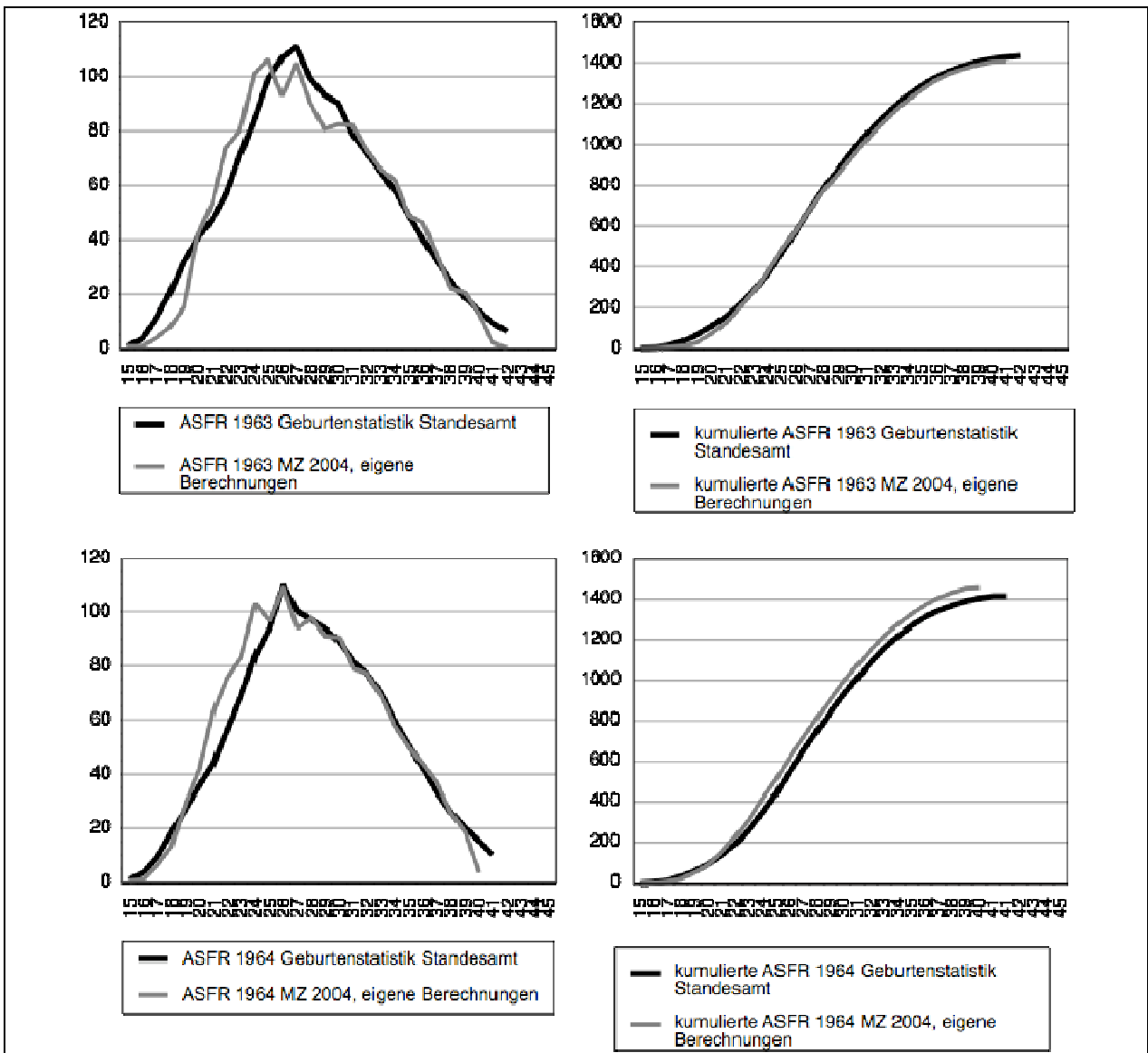
Am verlässlichsten testet sich die Validität der Kinderzahlen im Vergleich der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (Zahl der Kinder, die Frauen einer bestimmten Kohorte oder eines einzelnen Geburtsjahrgangs im jeweiligen Lebensalter gebären). Im Vergleich der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des MZ (SUF) 2004 mit der Geburtenstatistik des Statistischen Bundesamt wird für die Frauen-Geburtsjahrgänge 1961 bis 1967 eine recht hohe Übereinstimmung deutlich, so dass Analysen, die sich auf das Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder beziehen, ebenfalls möglich sind.

Abbildung 30: Altersspezifische Geburtenziffern für Frauen der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1967 - Vergleich Mikrozensus (SUF) 2004, eigene Berechnungen mit Geburtenstatistik des Statistischen Bundesamts



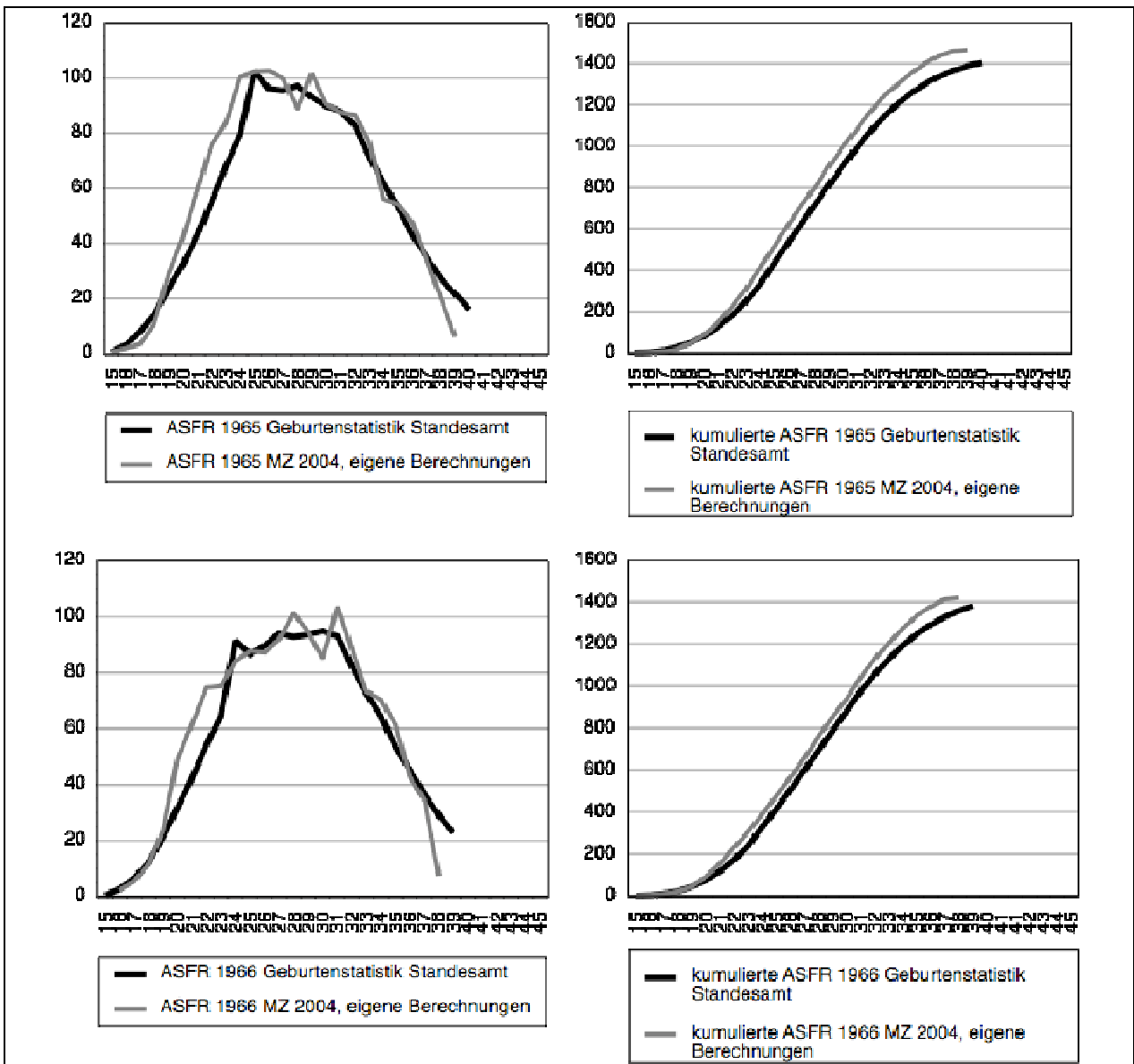
Quelle schwarze Linie: Statistisches Bundesamt, VIB - 178. Datengrundlage: Registerdaten der Standesämter

Quelle graue Linie: Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004, N der Frauen der jeweiligen Geburtsjahrgänge jeweils etwa 4000



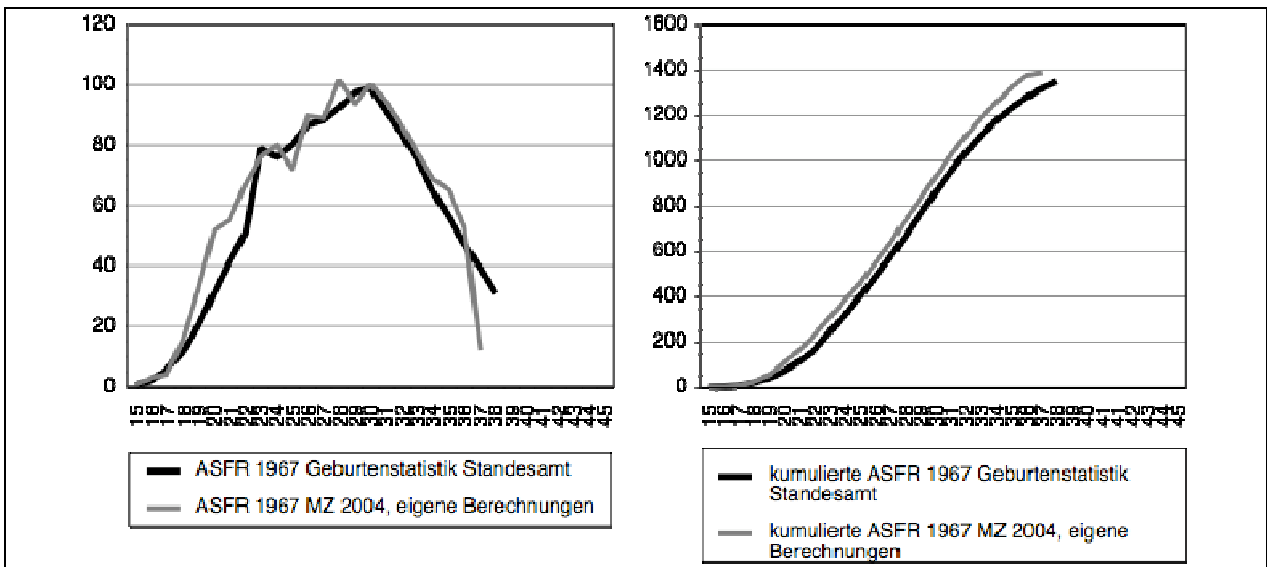
Quelle schwarze Linie: Statistisches Bundesamt, VIB - 178. Datengrundlage: Registerdaten der Standesämter

Quelle graue Linie: Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004, N der Frauen der jeweiligen Geburtsjahrgänge jeweils etwa 4000



Quelle schwarze Linie: Statistisches Bundesamt, VIB - 178. Datengrundlage: Registerdaten der Standesämter

Quelle graue Linie: Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004, N der Frauen der jeweiligen Geburtsjahrgänge jeweils etwa 4000



Quelle schwarze Linie: Statistisches Bundesamt, VIB - 178. Datengrundlage: Registerdaten der Standesämter

Quelle graue Linie: Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004, N der Frauen der jeweiligen Geburtsjahrgänge jeweils etwa 4000

18.2. Grundgesamtheit und Hochrechnungen

Die in den folgenden Analysen berücksichtigten Frauen sind zwischen 1961 bis 1981 geborenen und weisen insgesamt eine Befragtenzahl von 70.570 Personen auf. Nach der Bereinigung von Dateninkonsistenzen verbleiben für die folgenden Analysen 64.920 Frauen und deren im Haushalt lebende Kinder (N=72.258).

Tabelle 4: Beschreibung der Fallzahlen der Frauen der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1981 und die Fallzahl deren Kinder* im Mikrozensus (SUF) 2004

Frauen die zwischen 1961 und 1981 geboren sind						
Geburtsjahr	Insgesamt	Kinderlos	mit einem Kind	mit 2 Kindern	mit drei Kindern	mit vier und mehr Kindern
1961-1967	28417	6878	7552	10106	2902	879
1968-1974	21438	7612	5953	5890	1568	425
1975-1981	15065	9943	3209	1552	293	71
Insgesamt	64920	24433	16814	17538	4763	1375

Kinder von Frauen die zwischen 1961 und 1981 geboren sind						
Geburtsjahr	Insgesamt	Kinderlos	Einzelkinder	mit 1 Geschwister-kind	mit 2 Geschwister-kindern	mit 3 und mehr Geschwister-kindern
1961-1967	40470	3	7552	20212	8706	3900
1968-1974	24290	3	5953	11760	4704	1873
1975-1981	7498	3	3209	3104	679	306
Insgesamt	72258	3	16814	35076	14289	6079

*Die Kinderzahl umfasst ohne Altersbeschränkung die im Haushalt lebenden Kinder.
Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

Im MZ SUF-File 2004 leben 304.000 Personen in Haushalten mit Kindern sowie 230.000 Personen in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung ergibt sich, dass somit 32.926.000 Personen in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren leben und 43.466.571 Personen in Haushalten mit Kindern ohne Altersbegrenzung der Kinder. Auf der Personenebene stimmen diese Zahlen recht genau mit jenen des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus überein. Abweichungen ergeben sich jedoch auf der Familienebene: hier leben in den Hochrechnungen des Scientific Use Files 9,2 Mio. Menschen in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren, in den Hochrechnungen des Statistischen Bundesamtes jedoch nur knapp 9 Mio. Menschen.

Tabelle 5: Hochrechnung MZ 2004 (SUF) auf die Gesamtbevölkerung - Vergleich mit MZ 2004

Personen, die in Haushalten mit Kindern leben (inklusive der Kinder selbst)		Personen, die in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren leben (inklusive der Kinder selbst)		Statistisches Bundesamt: Personen mit Kindern im Haushalt unter 18 Jahren
N	Hochgerechnet (0.7% der Gesamtbev.)	N	Hochgerechnet (0.7% der Gesamtbev.)	
304.266	43.466.571	230.486	32.926.571	32.693.000
Familien mit Kindern im SUF		Familien mit Kindern unter 18 Jahren im SUF		Statistisches Bundesamt: Familien mit Kindern im Haushalt unter 18 Jahren
N	Hochgerechnet (0.7% der Gesamtbev.)	N	Hochgerechnet (0.7% der Gesamtbev.)	
89.122	12.731.714	64.305	9.185.429	8.985.000

Quelle: MZ SUF 2004, eigene Berechnungen, Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2006, Pressekongress am 28. November 2007 in Berlin, online pdf-Dokument

Für die Hochrechnung der Kosten einer möglichen Übertragung französischer Familienleistungen auf Deutschland wurde stets die Bevölkerungsstatistik (Anzahl der in Deutschland lebenden Personen nach Alter - Statistisches Bundesamt Wiesbaden) zugrunde gelegt.

18.3. Partitions

Für die Bildung der Lebensformtypen wurden in einem ersten Schritt eine Reihe von Variablen betrachtet: dazu zählen Variablen zur Beschreibung des regionalen Kontextes wie Bundesländer, Ost/West und Gemeindegrößenklassen, Variablen zur Beschreibung der ökonomischen Lage (Einkommensquelle, Familieneinkommen, Arbeitszeit), der sozialen Lage (Erwerbstätigkeit, Ehedauer, Lebensform, Stellung im Beruf nach Featherman, Berufsklassifikation nach Blossfeld, Dauer der Anstellung und Staatsangehörigkeit) sowie Bildungsvariablen (Berufsbildung, Bildungsjahre, Schulbildung). Für die weitere Analyse wurden die Variablen dann auf jene sechs mit der höchsten Erklärungskraft reduziert. Die möglichen Ausprägungen wurden so zusammengefasst, dass größtmögliche Gegensätze entstehen. Letztlich sind an den gebildeten Lebensformtypen folgende Variablen mit jenen Ausprägungen beteiligt:

1. Hakim - in Vollzeit versus in Teilzeit oder nicht erwerbstätig
2. Lebensform - nichteheliche Lebensgemeinschaft und Singles versus verheiratet, geschieden, verwitwet
3. ostwest - alte Bundesländer versus neue Bundesländer
4. Ehedauer - über ... Jahre versus unter ... Jahre (je nach Alter der betrachteten Kohorte)
5. Einkommen - Haushaltseinkommen über ... € versus unter ... € (je nach Alter der betrachteten Kohorte)
6. primäre Einkommensquelle - Erwerbsarbeit oder staatliche Transferleistungen versus Unterstützung durch Angehörige.

In der folgenden Tabelle ist der geschätzte erklärte Varianzanteil für die zu erklärende Variable "Zahl der Kinder im Haushalt" nach einer multiplen Regression dargestellt. Deutlich wird, dass mit dem Alter der Befragten die unabhängigen Variablen an Erklärungskraft verlieren und der Umfang der Erwerbstätigkeit mit Abstand die höchste Erklärungskraft aufweist, weshalb er auch in der gerechneten Partition als erster Split dient.

Tabelle 6: Die Güte des Lebensformtypenmodells

Variablen zur Erklärung der abhängigen Variable "Zahl der Kinder im Haushalt"		Verteilung der erklärten Gesamtvarianz über die unabhängigen Variablen		
		1961 bis 1967 geborene Frauen	1968 bis 1974 geborene Frauen	1975 bis 1981 geborene Frauen
Erklärte Gesamtvarianz		27,1%	38,0%	40,4%
Ausprägungen				
Erwerbs- tätigkeit	Vollzeit (>30h), Teilzeit (<30h), nicht erwerbstätig (0h)	12,6 %	20,4 %	12,7 %
primäre Einkommens- quelle	Einkommen primär aus Erwerb; aus staatlichen Transferleistungen; aus Unterstützung durch Angehörige	0,9 %	0,6 %	0,1 %
Alte/neue Bundesländer	Ost/West	0,4 %	0,8 %	0,4 %
Lebensform	Single, Verheiratet, verwitwet geschieden, nichteheliche Lebensgemeinschaft	8,8 %	10,9 %	20,6 %
Dauer der Ehe	in Jahren	2,0 %	3,8 %	4,5 %
Familien- einkommen	monatliches Netto- Haushaltseinkommen in Euro, inklusive nicht-Erwerbseinkommen	2,2 %	1,6 %	2,2 %

Quelle: Mikrozensus (SUF) 2004; eigene Berechnungen

18.4. Arbeitslosengeld II-Berechnungen

Das Arbeitslosen-Geld II setzt sich zusammen:

- aus dem Regelsatz in Prozent
- dem eventuellen Mehrbedarf
- den anteiligen Kosten für die Unterkunft sowie den Heizkosten.

Die Regelleistungen betragen 345 € für Alleinstehende/Alleinerziehende, 311 € für (Ehe-) Partner, 278 € für Kinder, die 14 Jahre und älter sind und 207 € für Kinder unter 14 Jahren. Alleinerziehende von Minderjährigen erhalten einen Aufschlag von 36 Prozent auf ihre Regelleistung, wenn sie ein Kind unter 7 Jahren oder zwei oder drei Kinder unter 16 Jahren haben. Kindergeld wird voll auf die Regelleistungen angerechnet, d.h. von ihnen abgezogen.

Tabelle 7: Regelsatz-Leistungen aus ALGII

Alleinstehende, Alleinerziehende	(Ehe-)Partner	Kinder U 14	Kinder 14-U25
345 Euro	311 Euro	207	276

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Für die Grundmiete (nettokalt) wurde ein Durchschnittswert von 4,50 € pro Quadratmeter zu Grunde gelegt - dies ist ein Durchschnittswert, der regional stark schwankt. Als Wohnungsgröße wurde je nach Familienform die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in ALG-II-Bezieher-Haushalten auf der Datenbasis der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt¹³. Das gleiche gilt für die Nebenkosten, bei denen die Heizkosten 18% der Nettokaltmiete und die Neben- und Betriebskosten 21 % der Nettokaltmiete entsprechen.

¹³ Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Grundsicherung für Arbeitsuchende: Wohnsituation und Wohnkosten, Nürnberg 2006 (Tabelle 1: durchschnittliche Wohnflächen pro Person in ALG-II-Bezieher-Haushalten).

Tabelle 8: Berechnungen der Wohnkosten

Lebensform	durchschnittl. qm	Unterkunfts-kosten (4,50 Euro/qm)	Heizkosten (18% der Nettokaltmiete)	Nebenkosten- und Betriebskosten (21% der Nettokaltmiete)	Summe der Mietkosten
Alleinstehend	38	171	31	36	238
Alleinstehend mit einem Kind im HH	60	270	49	57	375
Paar ohne Kinder	62	279	50	59	388
Paar mit einem Kind im HH	72	324	58	68	450
Paar mit zwei Kindern im HH	84	378	68	79	525
Paar mit drei Kindern im HH	90	405	73	85	563
Paar mit vier Kindern im HH	96	432	78	91	600

Quelle: eigene Berechnungen

Daraus ergeben sich folgende Geldleistungen aus dem Arbeitslosengeld II je nach Familiengröße und pro Kopf.

Tabelle 9: Geldleistungen aus dem ALG-II nach Lebensform: Summe und pro Kopf

Lebensform	Regel-leistung aus ALGII	Mietkosten	Summe	pro Kopf*
Single	345	238	583	583
Paar	622	388	1010	673
Paar mit einem Kind unter 14 Jahren	829	450	1279	711
Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren	1036	525	1561	744
Paar mit zwei Kindern U14 und einem Kind älter als 14 Jahre	1312	563	1875	721
Paar mit zwei Kindern U14 und zwei Kindern älter als 14 Jahre	1588	600	2188	706
Single mit einem Kind unter 14 Jahren	552	375	927	713
Single mit zwei Kindern unter 14 Jahren	759	375	1134	709

* Gewichtung pro Kopf auf Basis der neuen OECD-Skala
Quelle: eigene Berechnungen

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Stand: Februar 2008

Gestaltung Titelseite:

KIWI GmbH, Osnabrück

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 018 01/90 70 50*

Fax: 030 18/5 55 44 00

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

* nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent
pro angefangene Minute